

DIE WELTWOCH

80 JAHRE QUALITÄT



Luxus-Behandlung für Häftlinge

Die Kosten des Schweizer Strafvollzugs geraten ausser Kontrolle.

Von Philipp Gut und Lucien Scherrer

Bersets dreiste Irreführung

Die Propaganda-Lügen des Gesundheitsministers. *Von Urs Paul Engeler*

Die Muslim-Brüder

Warum sind sie in Ägypten so erfolgreich?

Von Pierre Heumann





Grosses *Engagement* erkennt man an kleinen Gesten.

Auf Schweizer Werte vertrauen und die Zukunft mit traditionellen Stärken anpacken: Das verbindet uns als Königspartner mit allen, die sich für das Eidgenössische begeistern.



Wir werden nicht ruhen



www.ubs.com/sponsoring

Intern

Nein, wir haben uns mit dem Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg nicht über Oprah Winfrey, teure Handtaschen und angeblichen Rassismus in der Schweiz unterhalten. Darüber äusserte sich der Befragte kürzlich im *Tages-Anzeiger*, ausgesprochen zornig. Mit Verlaub: Kann es sein, dass der Gestus der Empörung manchmal dem Durchblick des Betrachters schadet? Wir trafen den 79-jährigen Autor und Literaturwissenschaftler bei sich zu Hause in Männedorf, um mit ihm über Bücher, über grosse Autoren und über die segensreiche Wirkung des Lesens zu sprechen. Zur Sprache kam auch die Rolle des Intellektuellen in der heuti-



Wirkung des Lesens: Schriftsteller Muschg.

gen Zeit. Muschg erzählt im Gespräch mit Roger Köppel aus sehr persönlicher Sicht, wie und warum er aus Büchern lernte, «das Leben zu buchstabieren». Er erklärt, was Goethe für ihn bedeutet und warum es ein grosser Verlust ist, wenn wir den Kontakt zu den Wurzeln unserer Zivilisation durch die klassische Bildung verlieren. Man erfährt, anhand welcher Massstäben der Gesellschaftskritiker seine Einwürfe ausrichtet. Bei Tee und Keksen gelang es in Muschgs Arbeitszimmer – gegen die Absichten des Autors – sogar, eine Art Kanon der Literatur festzulegen. Welche Bücher man als Schweizer unbedingt gelesen haben muss, lesen Sie auf **Seite 44**.

Eine genaue Übersicht hat nicht einmal der Bund. Kürzlich schätzte die Schweizer Regierung die Kosten des Strafvollzugs auf rund eine Milliarde Franken. Regelrecht explodiert sind die Ausgaben für therapeutische Behandlungen.

Immer mehr gefährliche Täter kommen in den Genuss von teuren Therapien, Psychiater und Gutachter verdienen sich eine goldene Nase. Die Richter begünstigen den Trend: Sie ordnen lieber eine sogenannte therapeutische Massnahme an statt eine normale Freiheitsstrafe oder eine Verwahrung und schieben so die Verantwortung an Experten ab. Ob die luxuriösen Spezialbehandlungen auch den



Spezialbehandlungen: Gefängniszelle in Zürich.

gewünschten Erfolg zeitigten, bleibe fraglich, sagt der renommierte Kriminologe Martin Killias in der Titelgeschichte von Philipp Gut und Lucien Scherrer. **Seite 20**

«Daten sind das neue Geld der Schweiz», titelte die *Financial Times* Anfang 2011. Nun scheint sich der Wandel vom Bank- zum Datengeheimnis zu vollziehen – dank dem Snowden-Effekt. Die Enthüllungen über flächendeckende US-Spionage haben hierzulande zu einem Run auf die Datenspeicher geführt. Doch auch in der Schweiz liest der Feind mit. Sicherheitsexperten warnen: Der US-Geheimdienst könnte schon bald an den Schweizer Datenbunker Ohr anlegen. Wahrscheinlich ist die Vermutung längst Realität. Gemäss den Enthüllungen von Whistleblower Edward Snowden zwingt die amerikanische NSA US-Firmen aus aller Welt, Daten abzusaugen. IT-Fachleute sind überzeugt, dass die hervorragend positionierten US-Firmen in der Schweiz als Datendiebe missbraucht werden, wie die Recherche von Urs Gehrig zeigt. Die Schweizer Politik und die Behörden scheinen vor dem Problem die Augen zu verschliessen – und damit den neugewonnenen Status der Schweiz als Serverparadies bereits wieder zu verspielen. **Seite 12**

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 235.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*),

Alex Baur, Urs Gehrig, Christoph Landolt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Lucien Scherrer, Florian Schwab,

Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Pierre Heumann, Peter Holenstein,

Hansrudolf Kamer, Peter Keller,

Wolfram Knorr, René Lühinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Muscicono,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,

Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*),

Verena Tempelmann, Joël Hunn (*Assistent*)

Layout: Tobias Schär (*Leitung*),

Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: Tel. 044 533 09 93,

info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt

auf Recyclingpapier, das aus

100 % Altpapier hergestellt ist.

Es schont damit Ressourcen,

Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





UNTERSTÜTZEN SIE KINDER UND JUGENDLICHE IN KUBA!

Die Schweizer Hilfsorganisation Zunzún unterstützt benachteiligte Kinder und Jugendliche aus Rand- und Risikogruppen. Mittels Sport, künstlerischen Aktivitäten oder Workshops werden Wege zur Problemlösung erlernt und Sozialkompetenzen vermittelt. Helfen Sie mit, Kubas Kindern eine Zukunft zu geben. Besten Dank!

Spendenkonto:

Zunzún – Schweizer Entwicklungsprojekte in Kuba, Zürich
Bank: Swiss Post – PostFinance, Nordring 8, CH-3030 Bern
IBAN für Überweisungen in CHF: CH65 0900 0000 8560 0932 9
Weitere Infos auf www.zunzun.ch



zunzún
Schweizer Entwicklungsprojekte in Kuba



Economiesuisse

Fremde Richter. Starke linke Legionen und die Schweizer Wirtschaft in der Psychotherapie.
Von Roger Köppel

Soll sich die Schweiz in bilateralen Streitfragen mit der EU dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) unterwerfen, wie dies Bundesrat Didier Burkhalter vorschlägt? Oder wäre es ratsam, die Gerichtshöfe der Efta im Rahmen des EWR vorzuziehen, wie dies der Jurist und Efta-Richter Carl Baudenbacher für sinnvoll hält? Beides ist der falsche Weg. Als souveräner Staat steht die Schweiz im Grunde nur unter der Autorität ihrer eigenen Gerichte. Recht ist, was der Schweizer Souverän – Volk und Stände – als Recht setzt und als solches anerkennt. Die Diskussion darüber, welchen fremden Richtern sich die Schweiz eher unterstellen soll (EuGH oder Efta), steht quer zur Existenz einer Willensnation, deren Selbstverständnis bisher darauf beruhte, Urheberin ihrer eigenen Gesetze zu sein. Der Souverän, Volk und Stände, kann nach Wunsch ausländische Gesetze importieren und verbindliche Verträge mit dem Ausland absegnen, aber er bleibt am Ende die Quelle des Rechts in der Schweiz. Die Idee, den Schweizer Souverän ausländischen rechtsetzenden Instanzen gleichsam automatisch unterzuordnen oder ihren Verfügungen preiszugeben, stellt die Schweiz als Schweiz in Frage. Souverän ist, wer über die Gesetze, denen er sich unterwirft, selber entscheidet.

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat, wie man weiss, den früheren Axpo-Manager Heinz Karrer zum neuen Präsidenten gewählt. Nach dem kurzen Gastspiel von Rudolf Wehrli soll Karrer Beständigkeit, Übersicht und Sympathie zurückbringen. Mit dem Personalentscheid verbunden ist zudem eine strategische Neuausrichtung. Künftig will Economiesuisse nicht mehr als dominanter Überverband der Wirtschaft auftreten, sondern seinen Mitgliederorganisationen mehr Luft und Aktionsraum gewähren. Die bisherige Hauptkampfororganisation der Wirtschaft hat sich nach dem Gusto ihrer Vorstände ausgeprägter als bisher den langfristigen und grundsätzlichen strategischen Herausforderungen des Wirtschaftsstandorts zu widmen, während man den Häuserkampf eher den Fachverbänden überlassen möchte.

Das klingt vernünftig, entscheidend aber ist vor allem das Motiv, die einst von Unternehmensführern wie Daniel Vasella und mächtigen Bankiers stark mitgeprägte Economiesuisse vom Makel zu befreien, sie sei eine Art Alpen-



«Sympathischeres Image der Ungefährlichkeit».

festung der «Abzocker» und «Topmanager» mit abschreckender Ausstrahlung geworden. Es ist eine Ironie, dass Economiesuisse immer auch zur Projektionsfläche einer Machtfülle wurde, die der Verband gar nie hatte. Die Dämonen, die man in ihn hineindeutete, will er sich nun austreiben, indem er sich ein neues,

Die Schlacht wird um die Zukunftsfähigkeit der Schweiz geschlagen.

sympathischeres Image der Ungefährlichkeit zulegt. Mit anderen Worten: Die Wirtschaft will an Schlagkraft gewinnen, indem sie eines ihrer wichtigsten Instrumente aus der Schusslinie nimmt. Ist das der richtige Weg?

Um eines vorwegzunehmen: Die Schweiz hat ein vitales Interesse an gut funktionierenden und wirksamen Wirtschafts- und Industrieverbänden. Es braucht Leute und Organisationen, die dafür kämpfen, dass die Schweiz ein fruchtbarer Boden der Wertschöpfung bleibt. Dies ist umso wichtiger, als das wirtschaftsfreundliche bürgerliche Lager seit Jahren gespalten auftritt und sich innerhalb der eigenen Reihen behindert. Gleichzeitig rüstet die Linke auf, befeuert und finanziell kaum enden wollend mit Munition versorgt durch die immer radikaler und linker auftretenden Gewerkschaften auf ihrem Kreuzzug zur Durchsetzung einer knallharten ideologischen Agenda, die im Zweifelsfall sogar gegen die Interessen der Arbeitnehmer verstösst, wie zum Beispiel das Projekt Mindestlöhne, die, sollten sie durchkommen, zwingend höhere Arbeitslosigkeit bewirken werden. Das Treiben läuft auf eine flächendeckende Einschnürung

des Schweizer Arbeitsmarkts hinaus bei paralleler Aufblähung der Sozialwerke, die dann die Schäden finanzieren müssen, welche die linke Wirtschaftspolitik verursacht. Gegen diese drohend anrollende Gewerkschaftswelle muss die Wirtschaft unzerstörbare Dämme hochziehen.

Vielleicht ist die neue «Small is beautiful»-Strategie mit einer entdämonisierten, auf freundlich getrimmten Economiesuisse, vor der niemand Angst haben muss, das schlüssige Konzept. Möglicherweise ist es auch vernünftig, die Truppen künftig weniger dicht hinter der grossen Kanone aufzustellen, um sie stattdessen flexibler und beweglicher ins Feld zu schicken. Allerdings kann die Flexibilisierung auch rasch in Unordnung, Chaos und Schwäche umschlagen. Es ist sicher gut und recht, über die Rolle des Dachverbands nachzudenken und den Mitgliedern etwas mehr Wasser-Verdrängung zu erlauben. Eine gewisse psychotherapeutische Nachbearbeitung des «Abzocker»-Traumas mag verschmerzbar sein. Man wird freilich den Eindruck nicht ganz los, dass sich die Umstrukturierungen bei Economiesuisse nicht allein aus der Übersicht des souveränen Feldherrn ergaben, sondern vor allem deshalb, weil innerhalb der Schweizer Wirtschaft die ordnungspolitischen Vorstellungen zu weit auseinander gehen. Die neue Vielfalt schreibt den Status quo eines beunruhigenden Mangels an intellektueller Eindeutigkeit fest.

Will man mehr oder weniger EU? Ist die Personenfreizügigkeit Fluch oder Segen? Wie viel Atomausstieg ist gesund? Wie hältst du's mit den flankierenden Massnahmen? Eindeutige Linien bleiben ausser Sicht. Die teilweise Abrüstung und Zurückdrängung von Economiesuisse ist bedauerlicherweise auch Ausdruck dieser real existierenden Unfähigkeit der Wirtschaft, die ordnungspolitischen Grundfragen der Schweiz eindeutig zu beantworten. Man scheut das dominierende Gewicht eines einstimmig auftretenden Dachverbands, um stattdessen auf die kakofone, intrigenanfällige Mehrstimmigkeit unterschiedlicher Unterverbände zu setzen. Was somit als Konzentration der Kräfte verkauft wird, stellt sich bei kritischer Betrachtung eher als Verzettelung heraus.

Jedoch, die Konkurrenz schläft nicht. Gegen die einhellig marschierenden Legionen der gewerkschaftlichen Linken braucht die Wirtschaft eine schlagkräftige Gegenmacht. Noch sind erst locker verbandelte Kampfhaufen ohne klare Führung zu erkennen. Wichtiges steht auf dem Spiel. Die Schlacht wird um die Zukunftsfähigkeit der Schweiz geschlagen, um die Grundlagen unseres Wohlstands. Dass die Wirtschaft verliert, daran kann nicht einmal die Linke ein Interesse haben, denn irgendjemand muss ihre Pläne ja am Ende finanzieren.



Hoher Preis: Muslimbruder Mursi. Seite 38



Dramatischer Verlust an Lebensraum: Seite 30



Was ist das Ziel? Widmer-Schlumpf. Seite 24



Wendung: SVP-Politiker Lei. Seite 23

Kommentare & Analysen

5 Editorial

9 **Kommentar** Bersets dreiste Irreführung

9 **Im Auge** John Paulson, der Steinway-Käufer

10 **Politik** Amtl. Unrecht

10 **Literatur** Neue Leichtigkeit

11 **Personenkontrolle** Leuenberger, Chopard, Kohler, Schäuble, Meyer, Graf, Widmer-Schlumpf

11 **Nachruf** Jacques Vergès, Anwalt

12 **Die Lecks im Schweizer Datenbunker**

Die Schweiz als neue Bastion des Datengeheimnisses

14 **Die Deutschen** Versöhnt euch!

14 **Wirtschaft** Staat würgt Wirtschaft

15 **Ausland** Islamismus und Demokratie

16 **Mörgeli** Im Fahrstuhl nach oben

16 **Bodenmann** Elektro-Summer statt Brummer

17 **Medien** Journalisten im Rausch des Kollektivs

17 **Gesellschaft** Kinderspiel

18 **Leserbriefe** / Darf man das?

Hintergrund

20 **Luxus-Behandlung für Häftlinge**

Die Kosten des Justizvollzugs haben sich mehr als verdoppelt

23 **Justiz** Ex-SNB-Chef Hildebrand im Visier

24 **Verhandeln heisst nachgeben**

Bundesrätin Widmer-Schlumpf destabilisiert den Rechtsstaat

26 **Willkommen im Paradies**

Wer in die Schweiz einwandert, wird gefördert – statt gefordert

28 **Vekselberg macht's gut**

Das verkrampte Verhältnis der Schweiz zum Oligarchen

30 **Natur in Gefahr**

Öko-Probleme, die von Umweltaktivisten verkannt werden

33 **Zeitgeschichte** *Weltwoche*-Artikel vom 23. August 1978

34 **Totalitär sind immer die anderen**

«Big Brother» – ist Orwells Vision vom Überwachungsstaat Wirklichkeit geworden?

36 **Audienz beim Satan**

Kritiker halten Suhrkamp-Investor Hans Barlach für einen raffgierigen Zerstörer deutscher Kultur. Zu Recht?

38 **Das Erfolgsrezept der Muslimbrüder**

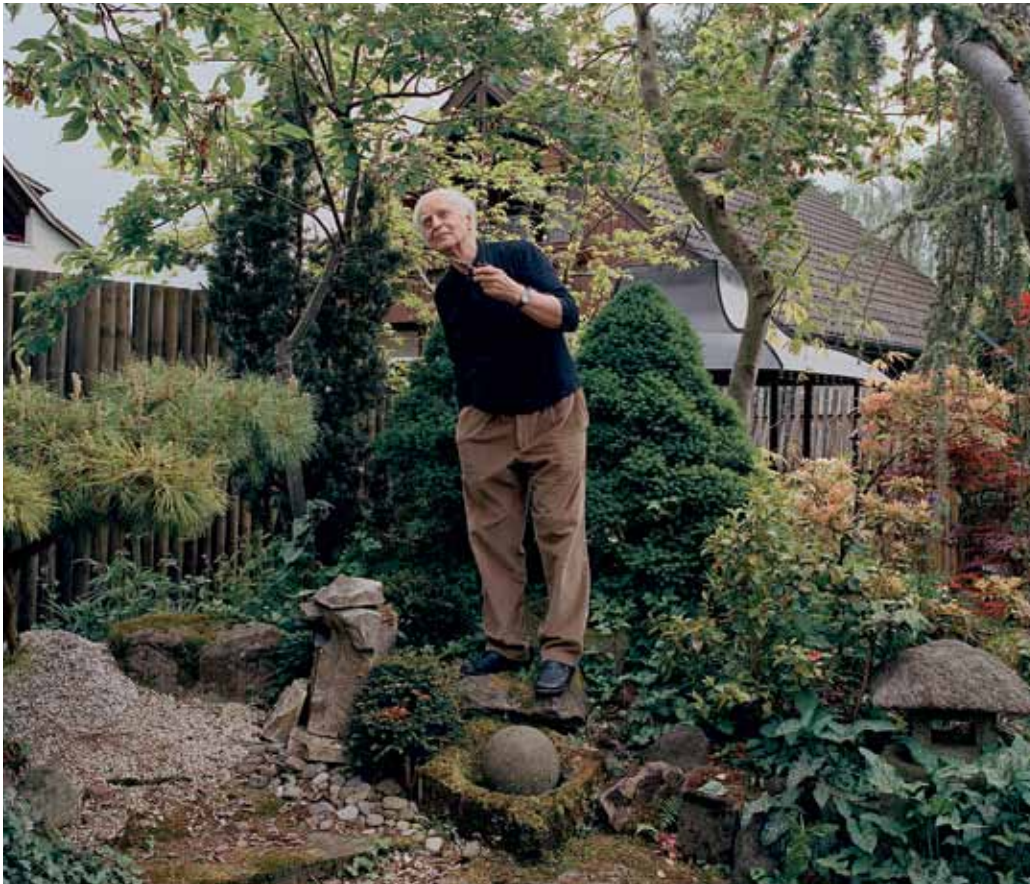
Warum die islamische Bewegung die aktuelle Krise überstehen wird

40 **Wunderkind soll Amerikaner erziehen**

Die 27-jährige Geigerin Maya Shankar soll US-Bürger im Namen der Regierung zu besseren Menschen machen

42 **Die blanke Gier**

Was treibt reiche Kinder zu Koks, Diebstählen und teilnahmslosem Sex?



«Geniess jedes Wort, und verlier keinen Tag»: Autor Muschg. Seite 44

Interview

44 «Leben ist ja doch möglich»

Der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg über den Verlust an klassischer Bildung, den Auftrag des Intellektuellen in der Schweiz und den Zauber der Literatur

Stil & Kultur

- 48 Stil & Kultur Die epochale Sylvette
- 50 Bestseller
- 50 Literatur Peter Stamms neuer Roman «Nacht ist der Tag»
- 51 Pop Was ist mit Bob Dylan passiert?
- 51 Jazz Barry Harris Trio
- 52 Top 10
- 52 Fernsehen «Newsroom» und «The Hour»
- 53 Fernseh-Kritik «Helena Fürst – Anwältin der Armen»
- 54 Namen Feiern, bis der Morgen graut
- 55 Hochzeit Antje Diller und Gerd Wolff
- 55 Thiel Pantoffelgesetz
- 56 Wein Marjan Simcic: Ribolla 2011
- 56 Die Besten Ganz schön mysteriös
- 57 Auto BMW Z4 sDrive35is
- 57 Zu Tisch CookTank Schweiz
- 58 MvH trifft Carlos Leal, Schauspieler und Musiker

Morgen Freitag in der KMU-Pressse:

- **Lehrlingsmangel**
Viele KMU resignieren
- **Doppelbesteuerung**
Kapitulation vor Frankreich
- **Lehrplan 21**
Rudolf Strahm sieht rot

www.gewerbezeitung.ch

Neu im iKiosk!



Lesevergnügen jetzt auch unterwegs.
Abonnenten haben unbeschränkten
Zugriff auf alle Artikel, Bilder und
Grafiken.

DIE WELTWOCH
80 JAHRE QUALITÄT



Exklusiver Klassik-Abend im KKL Luzern:

Beethoven trifft Jenkins

Dirigiert vom Schweizer Manfred Obrecht, spielt die Philharmonie Baden-Baden am Donnerstag, 31. Oktober 2013, im KKL Luzern Ludwig van Beethovens Sinfonie Nr. 5. Im zweiten Konzertteil zelebriert der stimmungswalrige Classic-Festival-Chor «The Armed Man» von Karl Jenkins.

«So pocht das Schicksal an die Pforte», soll Ludwig van Beethoven über sein Opus magnum gesagt haben. Die Wucht der vier Schläge, mit denen seine 5. Sinfonie beginnt, hat bis heute nichts von ihrer Faszination eingebüsst. Im akustisch nahezu perfekten Konzertsaal des KKL entfaltet das viersätziges Werk, das 1808 im Theater an der Wien uraufgeführt wurde, vollends seine unwiderstehliche Wirkung.

Starke Emotionen prägen auch Karl Jenkins' «The Armed Man». Das monumentale Chorwerk vereinigt Elemente der traditionellen Messe mit Einflüssen aus religiösen und historischen Quellen, so etwa dem indischen

Mahabharata, dem islamischen Gebetsruf oder Visionen der Offenbarung. Die Friedensmesse ist den Opfern des Kosovo-Krieges gewidmet und hatte ihre Premiere 2000 in der Londoner Royal Albert Hall.



Weltwoche-Spezialangebot

Beethoven trifft Jenkins

Veranstaltungsort und Datum:

im Konzertsaal des KKL, Europaplatz 1,
6005 Luzern, www.kkl-luzern.ch
Donnerstag, 31. Oktober 2013, 19.30 Uhr

Ticketpreise:

Kat. I Fr. 126.– statt Fr. 148.–
Kat. II Fr. 118.– statt Fr. 138.–
Kat. III Fr. 109.– statt Fr. 128.–
Kat. IV Fr. 97.– statt Fr. 114.–
Kat. V Fr. 72.– statt Fr. 84.–
Kat. VI Fr. 50.– statt Fr. 58.–

Bestellung/Vorverkauf:

www.obrassoconcerts.ch/weltwoche
Tickethotline: Telefon 041 361 62 62
Bei Buchung Kennwort «Weltwoche»
erwähnen. Angebot ist nicht kumulierbar.
Bearbeitungsgebühr pro Bestellung: Fr. 9.80

Veranstalter:

Obrasso Classic Events
www.obrassoconcerts.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Bersets Propaganda-Tote

Von Urs Paul Engeler — 2000 Menschen sterben an Spitalinfektionen pro Jahr, behauptet Bundesrat Berset in der Abstimmungsbroschüre zum Epidemiengesetz. Ein Anwalt will diese Irreführung stoppen.



Dreiste Desinformation der Bevölkerung: Gesundheitsminister Alain Berset.

Seine erste Falschinformation im Abstimmungskampf um das Epidemiengesetz hat der Bundesrat bereits korrigieren müssen. In den von Bern offiziell versandten Unterlagen macht er den Bürgern weis, sämtliche Akteure des Gesundheitswesens, so auch der Verband der Drogistinnen und Drogisten, unterstützten den umstrittenen Erlass, über den am 22. September abgestimmt wird. Nach der Intervention der kritischen Organisation musste die Landesregierung kleinlaut eingestehen, dass gar nicht stimme, was sie schreibe. Die behördliche Irreführung ist bereits gedruckt und wird verteilt. Der Berner BDP-Politiker und Drogist Peter Eberhart hat darum eine erste Abstimmungsbeschwerde eingereicht.

Die Manipulationen zwei und drei im Abstimmungsbüchlein, das dieser Tage in die Briefkästen gesteckt wird, sind noch wesentlich gravierender. In seltener Frechheit macht Innenminister Alain Berset (SP) auf Seite 18 mit Tausenden von Toten Stimmung für sein interventionistisches Gesetz: «Ansteckungen in Spitälern führen in der Schweiz jedes Jahr schätzungsweise zu 2000 Todesfällen und zu Kosten von 240 Millionen Franken. Ausserdem können die zunehmenden Resistenzen gegen Antibiotika dank den neuen Gesetzesbestimmungen gezielt überwacht und bekämpft werden.»

Als fest installierte Lautsprecherin der Berner Behörden verbreitete die Schweizerische Depeschagentur Bersets schockierende Botschaft mit einem zusätzlichen Warnruf («Die Zahl rüttelt auf») und generierte so schweizweit schlimme Schlagzeilen. «Täglich sterben sechs Personen an Spitalinfektion», titelte zum Beispiel die renommierte *Handelszeitung*. Sie insinuierte, ganz im Sinne Bersets, mit dem neuen Gesetz könnte diese Zahl gesenkt werden.

Nur: Die offiziell kundgemachten jährlich 2000 infizierten Spitaltoden, die mit Hilfe des Impfwang-Gesetzes gerettet werden sollen, die gibt es gar nicht, auf jeden Fall nicht in der Schweizer Realität. (Zum Vergleich: Bei Verkehrsunfällen sterben jährlich sechsmal weniger Menschen.)

Der Bundesrat führt in seiner Propagandaschrift als Beleg für diese Schock-Zahlen eine Studie an, die der Präventivmediziner Hugo Sax im Jahr 2006 in der bundeseigenen Publikation *Die Volkswirtschaft* veröffentlicht hat. Dort allerdings kann der beflissene Leser, der die drei Seiten des Originalartikels von Dr. med. Sax («Qualitätsmanagement: Hygiene in den Spitälern») sogar mehrmals und stets gründlich durcharbeitet, erstens keinen einzigen Bezug zum umstrittenen Epidemiengesetz erkennen und vor allem die Zahl von 2000 Toten

»» Fortsetzung auf Seite 10

Tastenrechner



John Paulson, der Steinway-Käufer.

Kann jemand, der drei Steinways besitzt, ein schlechter Mensch sein? Nein, denn Mister John Paulson, 57, der jetzt den traditionsreichen Flügelbauer (gegründet 1853) für 512 Millionen Dollar erwirbt, hat als Anwohner auch schon 100 Millionen für den New Yorker Central Park gespendet. Er kann allerdings nicht Klavier spielen. Er bearbeitete in seiner Jugend das Schlagzeug, ehe er sein grandioses Musikgehör für die Geldvermehrung entdeckte und einer der erfolgreichsten Hedge-Funds-Spekulanten an der Wall Street wurde – erst der Einbruch des Goldpreises erwischte ihn auf dem falschen Fuss.

Paulson ist so international wie die Musik: der Vater Ecuadorianer mit norwegischen und französischen Wurzeln, seine Herkunft mütterlicherseits aus Litauen und Rumänien, die Ehefrau Jenny Zaharia ein Flüchtling des Ceausescu-Regimes. Er studierte ursprünglich Creative Writing und schreibt jetzt eine alte Geschichte neu. Er vergleicht Steinway mit Mercedes, für ihn ist es eine Marke des Luxus und der Beständigkeit. Wagner, Liszt und Rachmaninow komponierten auf Steinway-Instrumenten, wie Gershwin, Duke Ellington und John Lennon. Der Jahrhundertpianist Wladimir Horowitz, der sich zwölf Jahre mit seiner «Beauty» verschanzt hatte, inszenierte den aufsehenerregendsten Klaviertransport aller Zeiten: Ein Baukran hievte seinen Steinway D-274 aus der Wohnung, bevor er in die Carnegie Hall zum glanzvollen Konzert-Comeback von 1965 verfrachtet wurde. Das Vintage-Instrument wird gerade wie eine Reliquie auf einer Tournee durch die USA gefahren und darf sogar berührt werden.

Denn die Geschäfte mit dem Nobelpiano laufen schlecht, und der zukünftige Eigner Paulson denkt eher an den chinesischen Markt. Den Werbevirtuosen hat er schon: Lang Lang, den Pianistenliebbling des Massengeschmacks. Ein Steinway wird aus 12 000 Einzelstücken gefertigt, Bauzeit ein Jahr. Jahresproduktion 3000 Flügel und 600 Klaviere. Die Konkurrenz – die Japaner von Yamaha und die Chinesen von Pearl River – werfen Hunderttausende Instrumente auf den Markt. *Peter Hartmann*

nirgends auffinden. Sax selbst plädiert auch nicht für ein neues Impfgesetz, sondern, ganz pragmatisch, für eine konsequentere (Hand-)Hygiene in den Krankenhäusern. Und er nennt keine Zahl von Todesfällen, wie der Bundesrat die Bürger glauben machen will. Dies ist die dritte und äusserst geschmacklose behördliche Lüge im Abstimmungskampf.

Die 2000 Patienten, die jährlich im Spitalbett elendiglich sterben sollen, weil kein neues Epidemien-gesetz herrsche, entspringen somit allein der tollkühnen Fantasie Bersets und von dessen Beamtenschaft. Trotzdem wiederholt Berset die imaginäre Zahl Interview für Interview, in denen er den Gegnern des Erlasses übrigens dauernd vorwirft, nicht mit Fakten zu argumentieren.

Auch das Komitee «Ja zum neuen Epidemien-gesetz» verbreitet im jüngsten Communiqué – ausgerechnet unter dem Slogan «Fakten statt Emotionen»! – die willkürliche Zahl von «beinahe 2000 Todesfällen», die «um bis zu 30 Prozent» gesenkt werden könnte. Was das umstrittene Gesetz dazu beitragen kann oder soll, geht aus dem Communiqué nicht hervor. Nach Auskunft von Fachärzten besteht denn auch kein Zusammenhang zwischen Spitalhygiene und Impfwang. Das Komitee bezieht sich bei den behaupteten 2000 Toten auf «Schätzungen der Expertengruppe Swissnoso».

Mit dem Segen des Bundesrats

Swissnoso ist ein vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) ins Leben gerufener Verein von Ärzten, der sich mit der Reduktion der Zahl von Spitalinfektionen befasst. Auf der Website von Swissnoso ist die ominöse Zahl allerdings nirgends zu finden. Auf Nachfrage krebst darum das Komitee zurück und nennt als einzige Quelle für die plakativ vorgebrachten 2000 Todesfälle – nicht mehr Swissnoso, sondern das nachweislich lügenhafte Bundesbüchlein.

Erfunden hat die 2000 Propagandatoten (und die Drogisten-Falschmeldung) eine Arbeitsgruppe, die unter Federführung des Bundesratssprechers André Simonazzi das Abstimmungsbüchlein konzipierte und formulierte. Die Bundeskanzlei präzisiert, sämtliche Sachinformationen würden jeweils vom zuständigen Departement eingebracht. Das bedeutet, dass das BAG und Bersets Generalsekretariat für die falschen Zahlen und Zitate verantwortlich sind. In letzter Instanz hat der Bundesrat das Dokument abgeseignet – offenbar, ohne dessen Inhalt überhaupt zu prüfen.

Die dreiste Desinformation der Bevölkerung durch die Gesundheitsbeamten will der Zürcher Rechtsanwalt Markus Erb kurz vor dem Urnengang noch stoppen. Er arbeitet derzeit eine weitere Abstimmungsbeschwerde aus, die er dieser Tage einreichen wird.

Politik

Amtl. Unrecht

Von Markus Schär — Der Thurgau arbeitet an seinem Ruf als Bananenrepublik.

Schwerwiegende Verletzungen des Rechts muss sich die Thurgauer Regierung (mit einem Wirtschaftsanwalt und einem Ex-Gerichtspräsidenten) vorwerfen lassen, und dies in einem Gutachten, das sie selber bestellt hat. Der Regierungsrat will dennoch mit seinem rechtswidrigen Vorhaben weiter mauscheln, und das Kantonsparlament soll dieses zweifelhafte Vorgehen abnicken.

Worum geht es? Das Kunstmuseum des Kantons Thurgau mietet sich in der Kartause Ittingen ein, die eine Stiftung mit Ständerat Roland Eberle (SVP) als Präsident und Robert Fürer (CVP) als Chef der Baukommission führt. Vom Frauenfelder Anwalt, der im Kanton und in der Kartause die Strippen zieht, dürfte der schlaue Plan stammen: Die Stiftung wollte einen Erweiterungsbau des Kunstmuseums erstellen und diesen Auftrag ihrer Hofarchitektin zuhalten, einer Tochter des ehemaligen Thurgauer Regierungsrats Franz Josef Harder (CVP, was sonst?), aber den Bau vom Kanton mit neun Millionen aus dem Lotteriefonds bezahlen lassen – so liessen sich ein Architekturwettbewerb wie auch eine Volksabstimmung vermeiden.

Allein ein mutiger Anwalt warf Fragen auf: Durfte der Regierungsrat das Kunstmuseum – als Staatsaufgabe – aus dem Lotteriefonds bezahlen? Konnte er die Bauherrschaft an die Kartause abtreten, deren Stiftungszweck das Führen und das Bauen eines Kunstmuseums schon gar nicht vorsieht? Und vor allem: Musste er das vom Staat bezahlte Projekt nicht öffentlich ausschreiben? Die *Weltwoche* nahm seine Kritik auf (Nr. 48/12) – und am Tag, als das Parlament das Vorhaben durchwinken wollte, zog es die Regierung zurück.

Jetzt bestätigt ein Gutachten für 30 000 Franken dem Regierungsrat, was ihm der Kritiker, wie er in einem Brief ans Parlament schreibt, «als nicht spezialisierter Provinz-anwalt schon im vergangenen November gratis erklärt hatte»: Eigentlich sei das Projekt wegen all der Rechtswidrigkeiten «einzustampfen». Aber der Gutachter findet einen Dreh: Die Stiftung soll den Bau erstellen lassen – aber nicht von den Architekten, die ihn geplant haben. Die Hofarchitektin der Kartause, die dort auf fragwürdiger Rechtsgrundlage schon zwei Millionen verdient hat, könnte also ihre Pläne für einen stolzen Betrag dem Kanton verkaufen. Und wieder warnt nur der einsame Kritiker: «Wer ein noch grösseres Desaster vermeiden will, muss einen Neubeginn wagen.»

Literatur

Neue Leichtigkeit

Von Rico Bandle — Bücher von Schweizer Autoren sind gefragt wie selten zuvor.

So erfolgreich war die Schweizer Literatur schon lange nicht mehr: Die ersten drei Plätze der Schweizer Bestsellerliste sind zurzeit von einheimischen Autoren besetzt: Joël Dicker, Alex Capus und Franz Hohler. In den Top Ten stellen sie mit sechs Büchern sogar die Mehrheit. Selbst auf der im deutschen Sprachraum massgebenden *Spiegel*-Bestsellerliste finden sich mit Martin Suter und Alex Capus zwei Schweizer unter den ersten zehn.

Auch die Fachwelt ist von den hiesigen Literaturen angetan, wenn auch nicht unbedingt von denselben wie die breite Leserschaft: Mit Ralph Dutli, Jonas Lüscher, Jens Steiner und Urs Widmer sind gleich vier Schweizer für den Deutschen Buchpreis nominiert, so viele wie noch nie seit der Erstvergabe der Auszeichnung 2005.

Natürlich, eine solche Erfolgswelle ebbt auch wieder ab, vielleicht wird man in einem Jahr bereits wieder Klagen hören, was denn mit der Schweizer Literatur los sei. Doch die massive Häufung erfolgreicher Autoren ist nicht nur Zufall. Zwar bringt man deren Bücher auch mit bestem Willen weder thematisch noch stilistisch unter einen Hut, doch genau dies macht die Stärke aus: Der Zwang zur Konformität hat in der Literaturszene stark abgenommen. Heute muss man nicht mehr schwere Kost vorlegen oder sich betont kritisch mit der Gesellschaft auseinandersetzen, um Anerkennung zu erlangen. Vorbei sind die Zeiten, als im Markt erfolgreiche Bücher automatisch als minderwertig galten.

Nächste Woche kommt ein weiterer potenzieller Bestseller in den Verkauf, Urs Widmers Autobiografie «Reise an den Rand des Universums». Widmers Schreibe kommt einmal mehr so niedlich daher, als finde das ganze Leben in einer geschützten Miniaturwelt statt. Dies passt aber durchaus zu dem Autor, der, 1938 geboren, in einer vom Krieg unversehrten Insel im Zentrum Europas aufwächst. Das Buch wird noch einiges zu reden geben.

Viele der aktuellen Erfolgsbücher sind gemacht zum Schnelllesen. Das gilt für Alex Capus' neuen Historienscmöcker «Der Fälscher, die Spionin und der Bombenbauer» ebenso wie für Peter Stamms unterkühlte Schicksalsgeschichte «Nacht ist der Tag». Dagegen ist nichts einzuwenden – lange genug hat man die Leichtigkeit in der Schweizer Literatur vermisst.

Schweizer Bestsellerliste: Seite 50.
Eine ausführliche Besprechung von Urs Widmers Autobiografie in der nächsten Ausgabe der *Weltwoche*.

Personenkontrolle

Leuenberger, Chopard, Kohler, Schäuble, Meyer, Graf, Widmer-Schlumpf

Wie würde das Volk über den Atomausstieg und die Energiewende entscheiden, wenn darüber abgestimmt würde? Die ganze Schweiz rätselt derzeit darüber. Nur einer scheint die Antwort bereits zu kennen: alt Bundesrat **Moritz Leuenberger** (SP). In einem Interview mit der *Sonntagszeitung* sprach er von einer «stabilen Mehrheit weg von der Atomkraft». Worauf sich Leuenberger dabei stützt, ist unklar. Die Meinungsumfragen geben eine solche Aussage zumindest nicht her. Klar ist hingegen, dass der ehemalige Energieminister sich nach wie vor wie ein Magistrat gehabt. «Die Förderung von Schiefergas kommt ja bei uns



Ganz der Magistrat: alt Bundesrat Leuenberger.

ganz sicher nicht in Frage», gab er dem Journalisten zu Protokoll – ganz so, als hätte er im Bundeshaus noch immer das Sagen. Auf eine andere Art benebelt sind die Sinne von Leuenbergers Parteikollegen, Nationalrat **Max Chopard**. Dieser hatte anlässlich einer von Green Cross organisierten Parlamentarierreise nach Fukushima einen Geigerzähler dabei. Die Strahlungswerte, die er damit mass, gab er nun in der *Aargauer Zeitung* zum besten – um zu beweisen, «wie schwierig die Situation um das havarierte AKW in Fukushima weiterhin ist». In zehn Kilometer Distanz zum AKW habe er eine Strahlung von 2,75 Millisievert pro Stunde gemessen, schrieb Chopard, was «massiv über dem internationalen Grenzwert von ein Millisievert pro Jahr» liege. In der Tat wäre ein solcher Wert höchst beunruhigend. Doch Chopard hat sich verrechnet: In Wahrheit mass er in Mikrosievert pro Stunde statt in Millisievert pro Stunde, womit sich das Problem um Faktor tausend verkleinert. Die von Chopard registrierte Strahlung liegt damit nicht höher als die natürlich vorhandene Radioaktivität an vielen Orten dieser Welt. (are)

440 000 Franken plus bis zu 13,6 Prozent variablen Bonus – so viel bezieht Rega-CEO **Ernst Kohler** gemäss eigenen Angaben pro Jahr. Er



Promillegrenze: Rega-Chef Kohler.

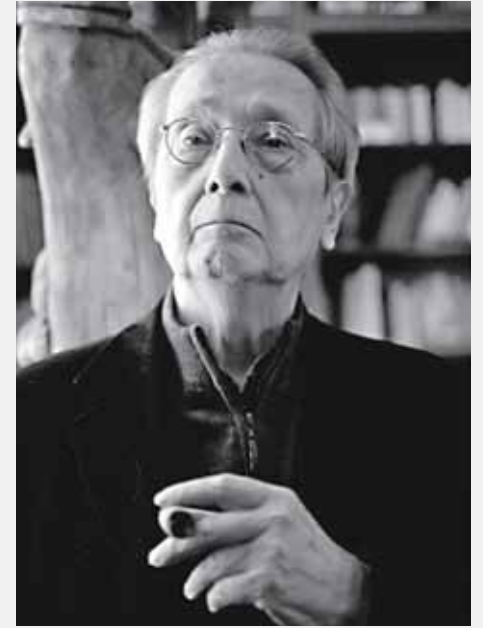
begründet sein für eine spendenfinanzierte Organisation enormes Salär damit, dass sich die Rega mit der Airline Swiss oder Spitälern messen müsse. Doch warum bezahlt die Rega genau 13,6 Prozent Bonus? Des Rätsels Lösung dürfte in der Ästhetik der Zahl liegen: Mit 13,6 Prozent Bonus bekommt Kohler genau 499 840 Franken pro Jahr. Läge der Bonus um ein Promille höher bei 13,7 Prozent, bekäme er 500 280 Franken, also mehr als eine halbe Million, was den Gönnern noch schwieriger zu erklären sein dürfte. Ein Schelm, wer denkt, dass sich die Rega-Lohnpolitik nur nach dem Markt richtet. (cal)

Der deutsche Finanzminister **Wolfgang Schäuble** hat von der Hans-Ringier-Stiftung den mit 50 000 Franken dotierten «Europapreis für politische Kultur» erhalten. Eine nette Anerkennung für den Mann, der mit Steuermilliarden die bankrotten Südstaaten der EU rettet. Zu der in Berlin ausgerichteten Preisübergabe bei «Gastgeber» **Frank A. Meyer** erschien auch die «höchste Schweizerin». Nationalratspräsidentin **Maya Graf** verlieh neben Finanzministerin **Eveline Widmer-Schlumpf** (BDP) dem Ganzen einen offiziellen Touch. Kurze Zeit zuvor hatte der von Ringier herausgegebene *Blick* die Baselbieter Grüne hoch zu Ross abgebildet und handelte sie in einem Jubel-Interview als mögliche «Bald-Bundesrätin». Die Schweizer Vertretung dürfte sich blendend mit dem Preisträger verstanden haben, der zumindest früher gerne illegal beschaffte CDs mit Bankkundendaten aufkaufte. Graf forderte bereits 2010 in einem Artikel: «Weg vom Bankgeheimnis: Wir brauchen eine Steuerwende». (fsc)



Offizieller Touch: Gruppenbild mit Schäuble.

Nachruf

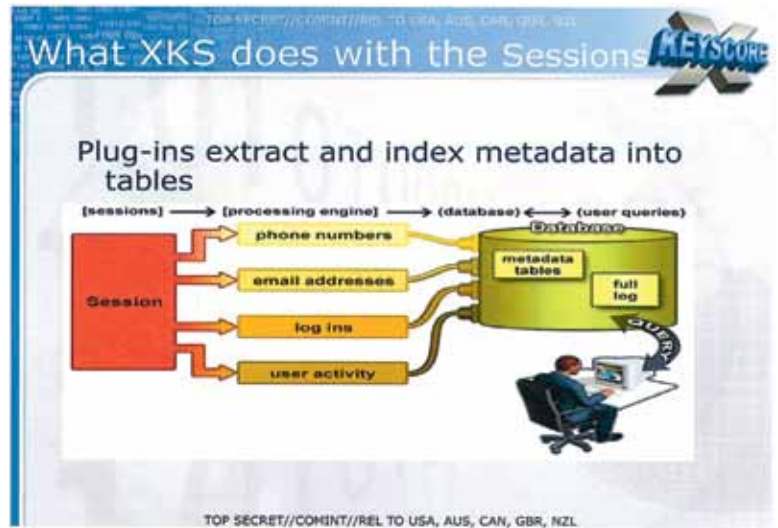


Gewissen des Westens: Anwalt Vergès.

Jacques Vergès (1925–2013) — Er galt als der berühmteste, aber auch berüchtigtste Anwalt der Welt. Jetzt ist der Franzose Jacques Vergès in Paris gestorben. Betrachtet man sein Leben, wirkt der Tod fast trivial: Vergès erlag am vergangenen Donnerstag einem Herzinfarkt.

Der «Advokat des Teufels», wie ihn ebenso seine Feinde wie Bewunderer nannten, war nicht nur einer der schillerndsten Vertreter seiner Zunft, er war auch per du mit einigen der umstrittensten Figuren der Zeitgeschichte. Che Guevara, Mao, Charles de Gaulle – sie zählten genauso zu Vergès' Freunden wie Kambodschas Schlächter Pol Pot. Vergès' Markenzeichen aber war es, sich für prominente Angeklagte einzusetzen, deren Sache eigentlich schon verloren war: Massenmörder, Terroristen, Diktatoren. Er verteidigte Nazis wie Klaus Barbie, den Serbenführer Milosevic und wäre nach eigenem Bekunden auch vor Hitler nicht zurückgeschreckt. Dabei war er kein blosser Provokateur, sondern gefiel sich als das schlechte Gewissen des Westens, indem er eine Anklage zur Gegenanklage erhob und der Gesellschaft den Spiegel vorhielt.

Als die *Weltwoche* ihn im Frühjahr 2012 in seinem Kabinett in Paris besuchte, einem Schattenreich aus Bücherwänden, Totemmasken und mannshohen Statuen, zündete sich Vergès genüsslich eine Havanna an und sagte: «Meine Moral ist es, keine Moral zu haben.» In seiner Heimat hat man sich mit dieser Philosophie und dem Menschen Vergès nach dessen Tod versöhnt: Justizministerin Christiane Taubira würdigte ihn als faszinierende Person, die es «nur zwei- oder dreimal in einer Epoche» gebe. *Claas Relotius*



«Allsehendes Internet-Auge»: Durch «XKeyscore» haben US-Spione Zugriff auf jede beliebige Netzkommunikation – auch in der Schweiz.

Spionage

Wo sind die Lecks im Schweizer Datenbunker?

Von Urs Gehriger — Die Schweiz profitiert vom Snowden-Effekt. Wer seine Daten sichern will, bevorzugt unser Land als Server-Paradies. Doch das digitale Netzwerk hat etliche Schwachstellen, die der US-Geheimdienst als Einfallstor nutzen kann. Im Fokus stehen amerikanische IT-Firmen.

«Daten sind das neue Geld der Schweiz», titelte die *Financial Times* Anfang 2011. Ein strenges Datenschutzgesetz mache unser Land zum Server-Paradies, konstatierte das Wirtschaftsblatt. Offenbar hat sich seither der Trend vom Bank- zum Datengeheimnis rasant fortgesetzt. Insbesondere seit den Enthüllungen von Edward Snowden, der rigorose Spionagepraktiken des US-Geheimdienstes National Security Agency (NSA) aufgedeckt hat, verzeichnen Rechenzentren in der Schweiz einen veritablen Boom.

«Die Schweiz wird zum Datenbunker», berichtete die «Tagesschau» letzte Woche. Die Palette an Dienstleistungen mit hoher Nachfrage ist offenbar breit: E-Mail-Verkehr, Internetseiten-Hosting, externe Rechenleistung, Speicherung von Kundendaten und Geschäftsunterlagen. Der Beitrag endete mit einer Warnung: «Es ist durchaus möglich, dass die NSA versucht, auf solche Unternehmen Einfluss zu nehmen», mahnte Internet-Sicherheitsexperte Ueli Maurer von der Uni Zürich. Je mehr Informationen in der Schweiz gebunkert würden, desto stärker könnte sie ins Visier von Geheimdiensten geraten.

Könnte? Nach den Enthüllungen Snowdens muss davon ausgegangen werden, dass der US-Geheimdienst auch in der Schweiz längst am Absaugen ist. Wie systematisch die elektronische Spionagetechnik der Amerikaner ausgestaltet ist, zeigt die Spionagesoftware «XKeyscore», die der *Guardian* aus Snowdens Fundus vor einigen Wochen dokumentiert hat. XKeyscore ist eine Art allsehendes Internet-Auge. Es bietet weltweit Zugriff auf beliebige Netzkommunikation in Echtzeit. Was XKeyscore besonders auszeichnet: Es erlaubt unspezifische Suchvorgänge. Ein

Analyst kann mit Hilfe der Software auf bislang völlig unbekannte Internetnutzer aufmerksam gemacht werden, weil die sich plötzlich für bestimmte Themen interessieren oder ein bestimmtes Verhalten an den Tag legen.

Wie dicht XKeyscore eingesetzt wird, belegt eine Standortgrafik. Ein Teppich von Abschöpfungspunkten erstreckt sich über ganz Europa. Obwohl die Auflösung der im *Guardian* veröffentlichten Karte unscharf ist, wäre es vermessen, anzunehmen, die Schweiz sei eine Insel im Spionagenetzwerk der USA. Trotz Rund-um-die-Uhr-Überwachung in den boomenden Schweizer Datenzentren bietet das elektronische Netzwerk genügend Angriffsfläche für ausländische Nachrichtendienste.

Wer zu viel weiss, muss lügen

Logistisch betrachtet zählen erstens Mietleitungen und zweitens Netzwerkknoten zu den neutralen Stellen, an welchen US-Spione Daten abgreifen können. Bei Mietleitungen handelt es sich um Datenbahnen zwischen Firmen, Internet Providern et cetera und Internet-Knoten. Die Netzwerkknoten (sogenannte Internet Exchange Points) wiederum dienen als Austauschpunkte für den Datenverkehr des Web. An einem Knoten sind oft mehrere hundert Provider so zusammengeschlossen, dass sie den Datenverkehr zwischen ihren jeweiligen Netzen austauschen können.

«Ein Angreifer wird mit Vorzug den Weg des geringsten Widerstandes beziehungsweise des grössten Nutzens bei kleinstem Entdeckungsrisiko wählen», schätzt Informatikprofessor Hannes Lubich von der Fachhochschule Nordwestschweiz. Am einfachsten und sichersten ist

der Zugriff dort, wo eine Firma mit dem Angreifer kooperiert. Dabei fällt der Verdacht in erster Linie auf US-Firmen. Aufgrund der Dokumente, die Snowden enthüllt hat, ist bekannt, dass viele US-Unternehmen zum Datenklau verpflichtet respektive gezwungen werden. In Fachkreisen ist man deshalb weitherum überzeugt, dass der US-Geheimdienst auch in der Schweiz amerikanische Firmen als Einfallstor benutzt, um sich Zugang zu Internetdaten zu verschaffen.

In der Schweiz ist eine Reihe von namhaften US-Firmen vertreten, die in substanziellem Ausmass technische Infrastruktur anbieten. Dazu gehören Verizon Business, AT&T, Sprint, Cogent Communications, GTT und Level 3. Dabei handelt es sich um sogenannte Carrier, die Mietleitungen (hauptsächlich Glasfaser) vermieten.

Unter den US-Firmen mit Ableger in der Schweiz verfügt namentlich Equinix über eine herausragende Position. Equinix ist ein Gigant im globalen Datennetzwerk. Weil viele illustre Internetgesellschaften ihre Server bei Equinix stehen haben, ist das Unternehmen, gemessen am digitalen Datenverkehr, der weltweit zweitgrösste kommerziell betriebene Internet-Knoten. «Mehr als 90 Prozent aller Internet-Routen führen durch Equinix-Datenzentren», heisst es auf der Firmen-Website.

Der börsenkotierte Konzern hat letztes Jahr global 1,9 Milliarden Dollar umgesetzt und rund 750 Millionen Dollar investiert, vor allem in neue Rechenzentren, wie Marco Dottarelli, Generaldirektor von Equinix Schweiz, auf Anfrage erklärt. Weltweit verfügt die Firma über 99 Standorte. In der Schweiz sind es sieben, zwei in Genf und fünf in Zürich. In einem Zür-

cher Equinix-Datencenter wird auch der Server für den Aktienhandel der Schweizer Börse Six Swiss Exchange betrieben, wodurch diese zur schnellsten Börse der Welt aufgestiegen ist.

«Auch wir verspüren den Boom», sagt Dottarelli. «Negative Auswirkungen durch die Enthüllungen Snowdens habe man keine registriert. In den letzten achtzehn Monaten stelle man ungebrochen hohe Zuwachsraten von 20 Prozent und mehr fest, begünstigt durch die exzellenten Standortbedingungen in der Schweiz. Für die ausländischen Kunden seien ganz traditionelle Schweizer Werte wichtig. Dazu gehörten der hohe Qualitätsstandard, die niedrigen Steuern sowie die grosse Sicherheit. Auch die politische Stabilität und das strenge Datenschutzgesetz seien positive Standortfaktoren, so Dottarelli, der selbst Schweizer Staatsbürger ist.

Neben SwissIX und dem Cern stellt Equinix auch einen der drei Internet-Knotenpunkte in der Schweiz. Auch hier hat Equinix eine Ausnahmestellung. Ihr Knoten ist nicht nur der zweitgrösste, sondern auch der einzige in der Schweiz, der von einer US-Firma kontrolliert wird. «Natürlich sind Internet-Knotenpunkte für Aufklärungsdienste von grossem Interesse, schon alleine deshalb, weil sich dadurch der Aufwand für den Erhalt des Zugriffs auf die Daten mehrerer Provider stark reduzieren lässt», sagt Informatikprofessor Lubich.

In IT-Kreisen herrscht weitum der Verdacht, dass auch Equinix zu jenen Firmen gehört, die vom US-Geheimdienst dazu gezwungen werden, Daten für die nachrichtendienstliche Analyse zugänglich zu machen. «Eine der weltweit grössten Firmen, die durch die US-Regierung einfach ansprechbar ist – da ist praktisch garantiert, dass sie dazu angehalten wird, abzuhören», sagt ein IT-Experte, der über langjährige Berufserfahrung in und mit amerikanischen IT-Firmen verfügt.

Im Namen seiner Firma widerspricht Marco Dottarelli diesem Generalverdacht. «Equinix Schweiz untersteht der Schweizer Gesetzgebung», betont der Chef von Equinix Schweiz. «Wenn der US-Geheimdienst Zutritt zu unseren Rechenzentren verlangen und Equinix diesen gewähren würde, würden wir uns strafbar machen.» Von einer Abhöraktion seitens von US-Geheimdiensten im Firmenbereich von Equinix habe er keine Kenntnis, und er sei auch nie vom amerikanischen Nachrichtendienst diesbezüglich angegangen worden.

IT-Experten überraschen solche Dementis nicht. Entweder wüssten die Mitarbeiter von amerikanischen IT-Firmen gar nicht, dass der Geheimdienst bei ihnen Daten abschöpft, oder sie würden zu Stillschweigen verpflichtet. «Wer von den Tätigkeiten des Nachrichtendienstes weiss, wird genötigt, zu lügen», so ein Kenner der amerikanischen IT-Branche.

Auch Fredy Künzler, CEO des Winterthurer Internetproviders Inet7, sagt, er wäre nicht überrascht, wenn amerikanische Firmen wie Equi-

Globale Daten-Ströme der Firma Equinix

Mehr als 90 Prozent aller Internet-Routen führen durch Equinix-Datenzentren



Unter Verdacht: Equinix, ein Gigant im globalen Datennetzwerk.

nix in der Schweiz für den US-Geheimdienst Daten abschöpfen würden. «Ein Einfallstor für den US-Geheimdienst sehe ich jedoch nicht im Bereich der Datenspeicher oder Internet-Knotenpunkte», so Künzler, der von 2005 bis 2010 als Präsident der SwissIX Internet Exchange amtierte. «Der grösste Teil des digitalen Datenverkehrs läuft via sogenannte Private Network Interconnects (PNI).» Das sei auch einer der grössten Ertragsströme von Equinix.

Ratlosigkeit bei Experten und Behörden

Entlang der Glasfaserleitungen sei ein Abgreifen von Daten relativ problemlos (durch passives Fiber-wiretapping) machbar. «Ein Zugriff kann überall dort erfolgen, wo das Glasfaserkabel physikalisch hindurchführt.» Der Kunde merke davon nichts. «Der mit den Überwachungsbehörden kooperationswillige Glasfaserbetreiber kündigt einfach ein Wartungsfenster an, das Kabel wird umgesteckt, und der optische Abgriff ist implementiert.»

Bisher sind offiziell zwar keine Abhöraktionen bekannt. Dennoch drängen sich folgende Fragen auf: Welche Art Straftat würde eine Firma gemäss Schweizer Recht begehen, wenn sie aus der von ihr bereitgestellten Infrastruktur auf Schweizer Boden Daten zuhanden eines ausländischen Geheimdienstes abschöpfen würde? Mit welchen Konsequenzen müsste sie rechnen? Welche Instanz wäre zuständig, um eine entsprechende Untersuchung einzuleiten?

Eine Umfrage der *Weltwoche* bei Fachjuristen löste rundum konsterniertes Sinnieren aus. Auch die kontaktierten Experten in den Bundesämtern für Kommunikation und Informatik, der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani) sowie der Datenschutzbeauftragte erweckten nicht den Eindruck, dass über diese Thematik bereits abendfüllend diskutiert worden ist. Die aufgeworfenen Fragen seien sehr relevant, heisst es zwar. Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass es sich um eine komplexe Materie handle und die IT-Welt in rasantem Wandel begriffen sei.

Das Bundesamt für Justiz (BJ) seinerseits verweist auf die entsprechenden Artikel im Strafgesetzbuch (StGB). Wenn ein Host-Provider in der Schweiz angefallene oder gespeicherte fremde Daten unrechtmässig an eine ausländische Behörde weiterleite, mache er sich gemäss Artikel 271 strafbar. Zuständig für die Strafverfolgung sei die Bundesanwaltschaft, sofern die Tat gegen die Interessen der Eidgenossenschaft gerichtet ist. Dies gelte auch für den Fall, dass nicht direkt bundeseigene, sensitive Daten betroffen sind, sondern Datensätze von privaten Personen oder Firmen.

Allerdings liegt offenbar die Hürde für eine Strafverfolgung hoch: «Die Verfolgung von politischen Straftaten bedarf der Ermächtigung durch den Bundesrat», so das BJ. Und um ein entsprechendes Verfahren einzuleiten und durchzuführen, müssten zuerst auf Straftaten hinweisende Verdachtsgründe bekanntwerden.

Wie müsste denn ein solcher Verdachtsgrund beispielsweise aussehen? Reicht die von Snowden enthüllte Praxis der amerikanischen Geheimdienste, US-Firmen zum Datenklau zu zwingen, dafür aus? Die Antwort im BJ ist ein temperiertes Nein. «Die Verdachtsgründe müssen konkretisiert sein.» Ein solch hinreichender Tatverdacht könne sich aus zusätzlichen Hinweisen, zur Verfügung gestellten Dokumenten oder auch aus weiteren (Vor-)Abklärungen der Behörden ergeben.

Man kann sich täuschen, aber, gemessen an den Reaktionen in der Bundesverwaltung, wird man den Eindruck nicht los, dass bisher noch niemand die prominenten IT-Firmen amerikanischer Provenienz gebührend unter die Lupe genommen hat. Einerseits registriert man mit umgreifender Freude den Zustrom ausländischer Firmen in die vermeintlich sichere Daten-Hochburg Schweiz. Andererseits scheinen Politiker und Behörde die Augen vor den Enthüllungen über die NSA-Praxis zu verschliessen. Solange kein «Schweizer Snowden» auftaucht, haben amerikanische Datensauger in der Schweiz offenbar nichts zu fürchten. ○

Versöhnt euch!

Von Henryk M. Broder — Ein Forschungszentrum benennt «die Mutter vieler Schwierigkeiten».



In Deutschland gibt es nicht genug Ingenieure. Rund 70 000 offenen Stellen stehen etwa 26 000 als arbeitslos gemeldete Ingenieure gegenüber.

Der Beruf des Brücken- oder Maschinenbauers wird gut bezahlt, ist aber nicht sexy. Ingenieure sitzen nicht in den Talkrunden, niemand will von ihnen wissen, was sie von der Lage im Nahen Osten halten oder über die europäische Einigung denken. Dafür sind dies sogenannten Intellektuellen da. Ich kann mich auch an keinen Aufruf der «Kanalwerker für den Frieden» erinnern oder an eine Unterschriftenaktion der «Fernmelde-techniker für mehr soziale Gerechtigkeit».

Und immer mehr Intellektuelle spezialisieren sich. Sie leisten «Trauerarbeit», treten «Gegen das Vergessen» an oder stellen ihre Physiognomien für Kampagnen wie «Gesicht zeigen!» zur Verfügung. Die klassische Soziologie ist im Niedergang begriffen, dafür haben Genderstudies Konjunktur, deren Repräsentanten die frohe Botschaft verbreiten, dass Geschlechterunterschiede keine biologische Tatsache, sondern ein «gesellschaftliches Konstrukt» sind, das es zu überwinden gelte.

Nun ist eine neue Disziplin dazugekommen. Vor kurzem wurde an der Theologischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena ein «Forschungszentrum für Versöhnung» eröffnet. Nun gibt es in der Tat einen grossen Bedarf an Versöhnung. Zwischen den Anhängern des FC St. Pauli und den Fans von Schalke 04; zwischen den Hutu und den Tutsi in Ruanda, den Chinesen und den Tibetern, den Nord- und den Südsudanern, den Schiiten und den Sunniten im Irak, den Sudetendeutschen und den Tschechen, den Armeniern und den Türken, den Basken und den Spaniern, den Protestanten und den Katholiken in Nordirland. Gewalt, Hass und Unfrieden, wohin man schaut. Das «Forschungszentrum für Versöhnung» könnte also aus dem Vollen schöpfen.

Wenn es da nicht eine deutsche Obsession mit einem Konflikt gäbe, der den Deutschen besonders am Herzen liegt: Den Festvortrag durften ein Israeli und ein Palästinenser halten, ganz im Sinne des deutschen Aussenministers, der den Nahostkonflikt als «die Mutter vieler Schwierigkeiten» bezeichnet hat. – Jetzt muss nur noch der Vater gefunden werden.

Staat würgt Wirtschaft

Von Kurt Schiltknecht — Der Schlüssel für den zukünftigen Wohlstand liegt in der Arbeitsproduktivität. Beschränkungen des freien Arbeitsmarkts und hohe Steuern bremsen das Wachstum.

Die europäische und die amerikanische Wirtschaft wachsen wieder. Ob der Aufschwung bereits das Ende der weltweiten Krise bedeutet, steht auf einem anderen Blatt. Unabhängig davon sollten die Politiker den Wirtschaftsaufschwung zum Anlass nehmen, die noch ungelösten Probleme anzupacken. Solange die Bankenprobleme, die Defizitwirtschaft und das Ausufern der Staatsausgaben einer Lösung harren, besteht kaum Hoffnung, dass eine nachhaltige Wachstumsphase auf den Aufschwung folgt.

Noch immer zögern die Politiker und Aufsichtsbehörden, den Banken Eigenkapitalquoten vorzuschreiben, die sie krisenresistent machen würden. Der eingeschlagene Weg, mit detaillierten Vorschriften das Halten von hohen Eigenmitteln vermeiden zu können, ist unbrauchbar. Zum unwirksamen Aktivismus passt auch der Ausbau der Aufsichts-bürokratie. Diese hektischen Aktivitäten verschleiern die fehlende Bereitschaft der Politiker und Aufsichtsgremien, das Problem des *too big to fail* zu lösen. Der internationalen Bankenlobby scheint es ein weiteres Mal zu gelingen, griffige Lösungen zu verhindern. Es passt ins Bild, dass Banken und Politiker die Milliardengewinne hochspielen, die die Staaten im Zusammenhang mit der Bankenrettung erzielen konnten. Fast könnte man meinen, die Bankenkrise sei ein gutes Geschäft gewesen.

Vervierfachung des BIP in einem Leben

Wegen der Krise beschäftigt sich die Wirtschaftspolitik zu sehr mit der Lösung kurzfristiger Probleme. Diskussionen über die für ein nachhaltiges Wachstum notwendigen Rahmenbedingungen finden kaum statt.

Dies wäre vor allem in Europa vordringlich, wo sich die Arbeitsproduktivität trotz der im Jahr 2000 verkündeten «Lissabon-Agenda» seit vielen Jahren nur schwach entwickelt. Das damalige Ziel, Europa zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaft zu machen, wurde kläglich verfehlt. Das europäische Produktivitätswachstum blieb deutlich hinter dem amerikanischen zurück.

Wie wichtig ein möglichst hohes Produktivitätswachstum ist, lässt sich an einem Rechenbeispiel zeigen. Wenn bei gleichbleibender Beschäftigung die Produktivität um ein

Prozent pro Jahr wächst, verdoppelt sich im Laufe eines Lebens das Volkseinkommen. Bei einem Wachstum von zwei Prozent würde es sich bereits vervierfachen.

Eine Ursache für das geringe Produktivitätswachstum in Europa ist die relativ langsame Umsetzung der Informations- und Kommunikationstechnologien, hauptsächlich in den immer wichtiger werdenden Dienstleistungsbereichen. Dies bedingt vielfältige Anpassungsprozesse bei den Unternehmen. Damit diese schnell und effizient erfolgen können, müssen die Input-Märkte flexibel sein, das heisst, die Arbeitskräfte und das Kapital müssen möglichst ungehindert in jene Bereiche fließen können, in denen die Innovationen genutzt werden können und in denen sich die neue oder veränderte Nachfrage manifestiert.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass in vielen europäischen Ländern die Anpassungsprozesse durch rigide Arbeitsmärkte behindert werden. Statt an den liberalen Arbeitsmarktverhältnissen festzuhalten, wird nun auch in der Schweiz, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit, der Arbeitsmarkt immer stärker reguliert. Wenn die Schweiz auch künftig von Innovationen rasch und im vollen Ausmass profitieren



will, muss sie den um sich greifenden Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt Einhalt gebieten.

Es sind nicht nur die Arbeitsmarktverhältnisse, die in Europa eine schnelle Umsetzung der Informationstechnologie verhindert haben. Untersuchungen zeigen, dass wirtschaftlich erfolgreiche und finanziell starke Unternehmen eher geneigt sind, neue Innovationen auszuprobieren. Finanziell schwache oder durch Steuern hochbelastete Unternehmen sind weniger bereit, das Risiko einzugehen, das die Anwendung neuer Technologien mit sich bringt. Der Spielraum, den die Unternehmen zur Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien benötigen, erfordert eine massvolle Steuerbelastung und eine berechenbare Wirtschaftspolitik.

Solange die Staatsausgaben überdurchschnittlich weiterwachsen und immer höhere Steuern erfordern, stehen die Zeichen für hohe Produktivitätsfortschritte allerdings ungünstig.

Zerfall und Niedergang

Von Hansrudolf Kamer — Am Nil herrscht Chaos, in der Levante Krieg, am Euphrat lebt die Gewalt wieder auf. Islamismus und Demokratie passen selten zusammen.



Das Versprechen des arabischen Frühlings ist längst von Sandstürmen verweht. Im Mittleren Osten herrschen Gewalt und Krieg, und es geht um die Macht. Der Sturz Präsident Mursis in Ägypten eröffnet

eine neue Runde im uralten Ringen.

Ägypten hatte seine demokratische Chance. So wie der Irak sie hatte. In Tunesien läuft die Entwicklung langsam, aber sicher aus dem Ruder. Der Bürgerkrieg in Syrien verbreitet Tod und Elend über die Grenzen hinaus. Libyen entwickelt sich zum Fiasko. Gewalt macht sich neu bemerkbar im Libanon und im Sinai, den einst Präsident Sadat von Israel zurückgewonnen hatte.

In Algerien wurde 1991 der Wahlsieg der Islamisten nach der ersten Runde durch die Armee annulliert, bevor diese überhaupt an die Macht kamen. Ein jahrzehntelanges Blutbad folgte. Als in Ägypten das letzte Mal der Ausnahmezustand verhängt wurde – durch Mubarak nach der Ermordung Sadats 1981 –, dauerte er dreissig Jahre. Stabilität gab es dann im Land der Pharaonen – mehr lag vermutlich nicht drin.

In Ägypten hat das Militär diesmal etwas klüger agiert, indem es den demokratisch gewählten Präsidenten ein Jahr lang an der Macht liess, damit dieser seine Unfähigkeit und seine undemokratische Gesinnung eindeutig demonstrieren konnte. Auch in Ägypten überlebte das Regime Mubarak nur so lange, weil die islamistische Alternative als noch unerfreulicher erschien. Was erneut bewiesen werden musste.

Der amerikanische Aussenminister Kerry, der aus Verzweiflung soeben wieder israelisch-palästinensische Gespräche angestossen hatte, analysierte die Lage so, dass es kein Putsch war, sondern dass die Armee ein Abgleiten ins Chaos verhindert und vielmehr die Demokratie wiederhergestellt habe. Dabei lässt sich gut argumentieren, dass auch der Zustand vorher nicht demokratisch war. Es konnte nicht wiederhergestellt werden, was vorher nicht existiert hatte.

Ob Putsch oder nicht – Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlen. Der Skeptiker Edmund Burke nannte Demokratie «Despotie der Masse – dennoch die einzige tolerierbare Form, in die die menschliche Gesellschaft geworfen werden kann». Freiheit enthält die

Möglichkeit der Entscheidung zum Schlechten. Nicht immer ist nach dem Sturz eines Regimes das neue besser.

Mursi hatte die Stimmen von ungefähr einem Viertel der Wahlberechtigten gewonnen – eine relative Mehrheit –, agierte dann aber so, als müsste er auf die Unterlegenen keine Rücksicht nehmen. Seine Regierung packte das Verfassungskomitee mit Islamisten und Salafisten voll, die eine islamistische Verfassung ausarbeiteten. Wahlgesetze und andere Bestimmungen wurden kompromisslos durchgepeitscht.

Kein Joschka Fischer in Sicht

Die nach November 2012 gültige, nun ausser Kraft gesetzte Verfassung atmete Scharia-Gedankengut. Der Kern der Rechte – vor allem Minderheitenschutz und Frauenrechte – wurde relativiert und vage formuliert. Der Hass auf muslimische Minderheiten und die koptischen Christen entlud sich plötzlich und wurde nicht zurückgebunden. Es mag sein, dass die Streitkräfte nicht einschritten, weil sie die Islamisten blossstellen wollten.

Mursi hat die demokratische Legitimierung durch sein Verhalten verspielt. Es wäre für westliches Empfinden natürlich feiner gewesen, wenn das Militär zugewartet und seine Absetzung durch neue Wahlen zugelassen hätte. Die Mühlen der Demokratie mahlen

langsam. Manchmal steht die Zeit dafür nicht zur Verfügung.

Der Beweis, ob Ägyptens Islamisten imstande sind, mit einer freiheitlichen Gesellschaft zu koexistieren, konnte deshalb gar nicht angetreten werden. Selbst die Türkei, seit längerem ein Modell für eine erfolgreiche Demokratie unter islamistischer Führung, ist nicht gegen die autoritäre Versuchung gefeit. Sie hat durch Erdogans unüberlegtes und überhartes Vorgehen gegen die Demonstranten an Strahlkraft eingebüsst. Muslime in anderen Weltgegenden sind toleranter, wählen sogar weibliche Staatsoberhäupter. Im Mittleren Osten war dies seit Kleopatra nicht mehr der Fall.

Die Aufgabe für die Armeeführung unter General Abdel Fattah al-Sisi ist schnell beschrieben: eine vernünftige, fachkundige Regierung einsetzen, Gewalt und politische Unterdrückung beenden, die staatliche Verwaltung zum Funktionieren bringen, die Wirtschaft ankurbeln, die militanten Extremisten einbuchen und den Frieden mit Israel sichern. Gelingt die Stabilisierung auf diesen Gebieten, erhält die Armee vorerst genügend Legitimität. Die Demokratie muss warten. Bleibt sie eine Utopie?

Demokratie ist kein Allheilmittel. Die Auffassung, dass Radikale im Umgang mit der Macht sich mässigen, wenn sie für das Abfuhrwesen zuständig werden, ist eine schwache Hypothese. Nicht jeder ist ein Joschka Fischer und Jassir Arafat ein schlechtes Beispiel. Eine Hinwendung der Islamisten zu pragmatischem Politisieren ist nirgends in Sicht. In seiner mehrere tausend Jahre alten Geschichte hatte Ägypten nie eine freie Gesellschaft. Weshalb denn jetzt?

Mehr zum Thema: Seite 38



Demokratie ist kein Allheilmittel: Kundgebung für Militärchef al-Sisi in Kairo.

Im Fahrstuhl nach oben

Von Christoph Mörgeli

Alfred Schindler ist ein ausgezeichneter Liftunternehmer. Er leitet als Verwaltungsratspräsident eine Firma mit global über 45 000 Angestellten. Letztes Jahr hat die Schindler Aufzüge AG den CVP-Ständerat Pirmin Bischof in den Verwaltungsrat berufen. Ein kluger Schachzug. Nicht weil der umtriebige Politiker eine besonders erfolgreiche industrielle Tätigkeit hinter sich hätte. Vielmehr endete der bischöfliche Ausflug in die Finanzindustrie mit dem Zusammenbruch der Solothurner Kantonalbank und einem Verlust von 369 Millionen Franken.

Als gewiefter Wirtschaftsmann weiss Alfred Schindler, dass er keine stramm bürgerlichen Parlamentarier im Verwaltungsrat braucht. Denn diese stimmen ohnehin wirtschaftsfreundlich. Entscheidend sind die Wackelkandidaten. Entscheidend sind die Wackelparteien. Entscheidend ist der Sumpf der Mitte. Darum gelten CVP-Politiker als besonders begehrte Verwaltungsräte. Darum sitzt mit Pirmin Bischof jetzt der Sekretär des Solothurnischen Staatspersonalverbands in der Aufsicht der Weltfirma Schindler. Andere Politiker stehen im Durchzug. Bischof sitzt im Aufzug. Der Fahrstuhl nach oben ist besetzt.

Der Hobby-Fasnächtler und Hobby-Bankenspezialist Pirmin Bischof gibt sich auch als Hobby-Theologe: Was bei der Firma Novartis geschehe, sei «unanständig, unethisch und eigentlich unchristlich». Der Anwalt, Ständerat und zehnfache Verwaltungs- und Stiftungsrat fällt im *Blick* das Urteil: «Habgier ist eine Todsünde.» Vasella droht also die Höllenstrafe. Pirmin Bischof nimmt allein von Schindler den Jahreslohn des echten Bischofs von Solothurn. Und glaubt, er fahre dereinst ins Himmelreich. Mit einem Schindler-Lift.

Möglicherweise unterschätzt man bei Schindler aber die Geschmeidigkeit eines CVP-Politikers. Pirmin Bischof ist auch Verwaltungsrat des Kernkraftwerks Gösgen. Und gleichzeitig Befürworter des Atomausstiegs. Bischof ist Präsident des Verbands freier Berufe. Und lieferte die von ihm präsierten Treuhänder mit seinem Ja zum USA-Deal ans Messer. Jetzt ist Bischof Verwaltungsrat des Liftunternehmens Schindler. Er wird seinen Mitmenschen wohl demnächst raten, in den Hochhäusern statt den Lift die Treppe zu benutzen. Im Solothurner Gemeinderat hat sich Bischof jedenfalls schon mal kräftig für mehr «sportliche Betätigung» ins Zeug gelegt.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Elektro-Summer statt Brummer

Von Peter Bodenmann — Wann steigt Bundesrätin Doris Leuthard auf einen Tesla S um? Ein politischer Intelligenztest.



Tanken ist bis auf weiteres gratis: Tesla Model S.

Die Elektrifizierung des privaten Strassenverkehrs kommt schneller, als sich dies selbst Optimisten wie ich je vorstellen konnten. Tesla steigt gegen die Benzin- und Dieselbrummer ganz oben in den Markt ein: Der Elektro-Summer Model S bewegt sich in der Klasse eines Mercedes E-Klasse, eines Audi A6 oder eines 5er-BMW.

Mit 85 kWh Ladekapazität kommt man damit im Sommer 500 Kilometer und im Winter immerhin noch 300 Kilometer weit. Das reicht während 95 Prozent der Tage im Jahr.

Das Ende der Pannestreifen

Aber niemand möchte darauf verzichten, auch einmal 900 oder 1200 Kilometer weit über Autobahnen zu fräsen. Im Frühling 2014 baut Tesla in Deutschland entlang den Autobahnen Super-Ladestationen. Hier kann man seinen Tesla mit einer Kapazität von 120 kW aufladen lassen.

Eine halbe Stunde reicht, um in der nächstbesten Raststätte einen Kaffee zu trinken, den kleinen Belegten reinzudrücken und die Sauberkeit der Toiletten von McClean zu testen. Muss man bei Fahrten über längere Strecken ja so oder so alles erledigen.

Und nach dieser halben Stunde hat der Tesla mit 60 Kilowattstunden neu so viel Saft reingesogen, dass man weitere 400 Kilometer brettern kann.

Um alle Freunde des technischen Fortschritts so richtig heiss zu machen, ist das Tanken von Autobahn-Strom mit dem Tesla S bis auf weiteres gratis. Ein mehr als guter Werbegag, obwohl 60 Kilowattstunden Strom lächerlich wenig kosten. Besonders, wenn man den Solarstrom imagefördernd vorab auf den Dächern der Raststätten produziert.

Auch BMW scheint begriffen zu haben, wohin die Reise geht. Bei den Autos wird eine vergleichbar schnelle Entwicklung stattfinden wie bei den Handys. Wer erinnert sich noch an die kiloschweren und 7000 Franken teuren Baustellennatels?

Parallel zu den Elektro-Summern werden sich Roboter-Autos durchsetzen. Wer nach Köln fährt, stellt sein Ziel ein und wird dann in Ruhe die *Weltwoche* oder den *Spiegel* lesen. Und gut hundert Kilometer hinter dem Europapark kurz einen Kaffeestopp zwecks Nachtanken einschalten.

Roboter-Autos erhöhen nächstens die Kapazitäten der bestehenden Strassen massiv. Weil sie den Strassenraum dank harmonisierten Geschwindigkeiten und optimierten Sicherheitsabständen effizient nutzen. Und weil Pannestreifen so überflüssig werden wie die Kröpfe nach der Entdeckung des Jods.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Heldengeschichten

Von Kurt W. Zimmermann — Journalisten sind Individualisten. Bei einem speziellen Anlass aber geraten sie in den Rausch des Kollektivs.

Im Jahr 1978 war ich Redaktor bei der *Tat*. Das Blatt gehörte der Migros. Unter ihrem jungen Chefredaktor Roger Schawinski wurde die alte *Tat* als Boulevardblatt neu lanciert.

Bald gerieten Chefredaktor und Migros-Spitze aneinander. Schawinski wurde entlassen. Nachfolger wurde Karl Vögeli, Bundeshausredaktor des *Blicks*.

Nun erfasste uns Journalisten die heilige Protestwut. Wir schrieben empörte Briefe an den Konzernchef, sammelten Unterschriften, hielten Vollversammlungen ab und traten schliesslich gar in einen Streik. Jetzt wurde es der Migros zu blöd, und sie stellte die Zeitung ein.

Dass wir aus Tollheit ein Traditionsblatt ruinierten, kümmerte uns damals wenig. Wir waren jung und naiv, und wir fühlten uns als Helden der freien Presse.

Ähnlich dumme Heldengeschichten ziehen sich durch die ganze neuere Pressegeschichte.

Der erste schöne Fall war 1980 die Entlassung von Jürg Tobler als Chefredaktor der *Luzerner Neusten Nachrichten*. Dem Ringier-Verlag war Toblers Blatt zu publikumsfern. Es folgte eine wochenlange Kaskade internen Aufschreis und öffentlicher Protestaktionen. Die Hälfte der Redaktion zog aus und kündigte ein eigenes Konkurrenzblatt an. Das Blatt erschien nie.

Der letzte schöne Fall war 2013 soeben die Entlassung von Andrea Bleicher als Chefredaktorin des *Blicks*. Dem Ringier-Verlag war Bleichers Blatt politisch zu irrelevant. Auch hier folgte nun der übliche Redaktionsprotest, samt offenem Brief an die Verlagsspitze, Unterschriftensammlung und Mobilisierung der anderen Medien.

Nun, warum reagieren Journalisten derart erregt, nur weil ihr eher zufälliger Chef durch einen andern eher zufälligen Chef ersetzt wird? Es ist erklärbar mit einem Nachholbedürfnis an Romantik.

Journalisten sind Individualisten. Sie sind nur bedingt teamfähig. Artikel entstehen selten im Teamwork, sondern als Produkt oft autistischer Einzelfiguren. Journalisten, wie viele Kreativschaffende, sind darum gegenüber ihrer Firma auch wenig loyal. Sie pflegen eine selbstbezogene Söldnermentalität.

Wenn ein Chefredaktor gefeuert wird, bricht dieses Defizit an Gemeinschaftsgefühl oft eruptiv auf. Die Individualisten auf der Redaktion erliegen nun dem Rausch des Kollektivs. Protestaktionen, Unterschriften, Krisensitzungen – endlich einmal erfahren die Einzelgänger die Süsse des Solidaritätserlebens.



Jung und naiv: *Tat*-Chef Schawinski (3. v.l.), 1978.

Sehr schön kann man dies beim *Tages-Anzeiger* nachzeichnen. 1991 etwa wurde hier Chefredaktor Viktor Schlumpf entlassen, weil er zu eigenmächtig agierte. Es folgte eine wochenlange Hysterie. Die Redaktion hielt eine eigene Pressekonferenz ab. Im Nationalrat gab es zur «alarmierenden Entwicklung» eine dringliche Motion. Über hundert Prominente unterzeichneten eine Protestnote und veröffentlichten sie per Inserat in der *NZZ*.

Sechs Jahre später wiederholte sich die Geschichte. Diesmal musste Roger de Weck gehen, weil er sich um Sparvorgaben fouierte. Wieder setzte es die üblichen Rituale von redaktioneller und öffentlicher Empörungsbewirtschaftung. Dann aber wurde bekannt, dass de Weck sein Ende selber provoziert hatte, weil er ein Angebot als *Zeit*-Chefredaktor hatte. Damit war der Aufruhr vorüber.

Auch beim *Blick* ist der Aufruhr vorbei. Wie in allen vorhergehenden Fällen hat der redaktionelle Menschenteppich nichts genützt. Chefredaktorin Bleicher wurde entfernt. Schon im Juli war der Entscheid gefallen, sie durch den Wirtschaftsjournalisten René Lüchinger zu ersetzen.

Aber aufregend war es trotzdem. Lange noch dürfen *Blick*-Journalisten sich erinnern: «Damals, als wir solidarische Helden waren, war das nicht eine romantische Zeit.»

Kinderspiel

Von Beatrice Schlag — Dialoge im digitalen Zeitalter.

Wie kann man Kinder und Teenager von den Geräten wegbringen, mit denen sie spielen, simsens und telefonieren? Sie haben die Fähigkeit, die Ohren zuzuklappen, wenn Befehle aus der Er-



wachsenwelt kommen, was ich bewundere. So mutig war ich als Kind nicht. Aber es nervt gewaltig, wenn man auf der anderen Seite ist. Die gesamte Erwachsenenwelt, die mit Kindern zu tun hat und selber ohne Smartphone gross wurde, zerbricht sich den Kopf darüber, was aus Kindern wird, die schon mit drei ein iPhone bedienen können und ab dann glauben, dort drin finde das richtige Leben statt.

Wenn man Kinder fragt, was für sie interessanter ist als Computer und Handys, sind die Antworten sehr einfach. Ein Achtjähriger sagte auf meine Frage: «Ihr schaut immer so blöd, wenn wir damit spielen. Wenn mein Vater und meine Mutter mit mir etwas machen wollen, Poker spielen oder kochen, bin ich sofort dabei. Aber einfach gegen mein Gerät sein, das ist dumm. Bei uns zu Hause ist es so, dass mein Vater, wenn er heimkommt, vor den Computer sitzt und unansprechbar ist. Meine Mutter meist auch, ausser sie macht Abendessen.» Er ist ein wunderlicher Bub, der leidenschaftlich gern kocht. «Die Abende, wo sie sagt, heute kochen wir zusammen, sind die besten.»

Das mag nicht für Teenager gelten, deren hormonegebeutelte Gefühle nach allem verlangen, solange es kein Zusammensein mit den katakombenalten Eltern einschliesst. Aber Teens in der Pubertät sind eh hoffnungslos. Man soll Nahrung bereithalten und da sein, wenn sie alle vier Wochen einmal eine Frage haben. Eine kurze Frage, für die sie eine ebenso bündige Antwort erwarten. Wie: «Warum finden Frauen Robbie Williams scharf?» Falsche Antwort: «Weil er nicht der grösste Sänger, aber ein fabelhafter Entertainer ist.» Zufriedenstellende Antwort: «Weil er Sex hat und schmalzige Lieder singt, die Frauen anmachen.» Das reicht. Auf keinen Fall ausführlich werden. Selten kommen Nachfragen wie: «Obwohl er dick und alt ist?» Was in Wahrheit keine Frage, sondern ein Kommentar ist. Wenn man antwortet, «sexy» sei nicht zwingend das Gleiche wie «dünn und zwanzig», starren sie schon wieder auf ihre Displays.

Leserbriefe

«Ständig sagt man mir ins Gesicht, dass die Ausländer dorthin zurückkehren sollen, wo sie herkommen.» Jennifer Boone



«Ungerechtfertigte Anschuldigungen»: Superstar Winfrey.

Wozu die Tasche?

Nr. 33 – «Oprah Winfreys Rassismuskeule»; von Philipp Gut und Lucien Scherrer

Ein Land, das mit vier verschiedenen Kulturen und Sprachen erfolgreich zu leben weiss, seit Jahrzehnten sich um die Integration von Zehntausenden von Flüchtlingen bemüht, muss sich solche ungerechtfertigten Rassismus-Anschuldigungen sicherlich nicht gefallen lassen.

Vasco Zlatareff, Interlaken

Wie könnte ein Land mit vier Sprachkulturen, von dessen bald 8 Millionen Einwohnern über 1,8 Millionen Ausländer sind, rassistisch gesinnt sein? Jede Diskussion darüber ist müssig. Vielmehr sei diese Frage erlaubt: Wozu braucht Oprah Winfrey eine Handtasche für 35 000 Franken – eine Summe, die wohl den Jahreslohn der geplagten Verkäuferin ausmacht? Oh, prahlt sie damit vielleicht mit ihrem Reichtum? Auch in einer solchen Tasche kann sie, so sie denn daraus etwas braucht, lediglich lange herumwühlen, so dass man, bis sie das Gesuchte findet, getrost und in aller Ruhe einen Kaffee trinken gehen kann, um sich über Erfreulicheres und vor allem Wichtigeres Gedanken zu machen.

Alfred Wettstein, Zollikerberg

Der Artikel ist wirklich ganz grossartig. Rassismus? Gibt's nicht, alles erfunden und eingebildet. Da Ausländer nicht am laufenden

Band ermordet oder vergewaltigt werden, existiert kein Rassismus. Hättet ihr tatsächlich ordentlich recherchieren wollen, dann hättet ihr vielleicht eine Person wie mich befragt. Eine sehr gepflegte, gebildete junge Dame mit dunkler Hautfarbe.

Aufgrund meines Berufes bin ich in der ganzen Welt unterwegs, sehr oft auch in der Schweiz. Und was erlebe ich? Gewalt nicht. Jedoch werde ich ständig kontrolliert, natürlich als Einzige, es sei denn, ein anderes dunkles Gesicht ist in der Nähe. Private Facebook-Nachrichten erhalte ich von wildfremden Schweizern, die mich über das «Asylantenpack» belehren, weil ich es gewagt habe, zu sagen, dass man manchmal vergisst, welches Privileg es ist, in die westliche, kriegsfreie Welt hineingeboren zu werden. Grundsätzlich antwortet man mir auf Englisch, obwohl mein Hochdeutsch besser ist als das von 90 Prozent der Schweizer. Ständig sagt man mir ins Gesicht, dass die Ausländer dorthin zurückkehren sollen, wo sie herkommen. Und ja, es sind für mich andere Erlebnisse als in Skandinavien, England, Frankreich und, und, und. Ganz zu schweigen davon, dass euer «Schaf-Plakat» in vielen anderen Ländern undenkbar gewesen wäre. In der Schweiz ist es salonfähig geworden, seine Abneigung gegenüber Fremden offen zu äussern. Und solange man keine Gewalt ausübt, ist es kein Rassismus.

Es gibt sehr viele grossartige, tolerante, offene und freundliche Schweizer. Aber tut bitte nicht so, als gäbe es nicht die anderen, die

jeden Tag ihren «harmlosen» Rassismus verbreiten, nur weil ihr zu ihnen gehört.

Jennifer Boone per E-Mail

Leserbriefschreiberin bin ich normalerweise nicht. Doch das «Täschli-Gate» hat bei mir, in Anbetracht der Reaktionen der Medien, die Frage aufgeworfen, ob Frau Winfrey nicht einfach nur sauer war, dass sie in Zürich nicht erkannt wurde. Danke, dass Sie diese Frage in Ihrem Artikel in der Ausgabe Nr. 33 aufgreifen. Ich hoffe nur, dass besagte Verkäuferin, die so an den Pranger gestellt wurde, Ihren Artikel auch gelesen hat. Schade, wie rasch sich viele Menschen eine Meinung bilden, ohne genauer nachzufragen. Der Verkäuferin kann ich nur wünschen, dass sie sich von der ganzen unreflektierten Negativpresse nicht allzu stark verückt machen lässt. Sibylle Jäger aus Zürich

Lassen Sie endlich die Rega in Ruhe

Nr. 33 – Berichterstattung zur Rega von Christoph Landolt und Alex Baur

Mit Sicherheit werde ich das Rega-Abo wieder zahlen, was beim *Weltwoche*-Abo nicht sicher ist. Aus lauter Neid haben die Herren Journalisten vergessen, dass es auch ein Leistungsprinzip gibt. Herr Kohler leistet hervorragende Arbeit und hat grosse Verantwortung. Er verdient zu Recht ein hohes Salär, auch wenn es der *Weltwoche* nicht passt. Zum Vergleich: Ausser dem Bundespräsidenten sind die übrigen Bundesräte nicht einmal ein Viertel ihres Gehaltes wert, und Verantwortung tragen sie erst noch keine. Lassen Sie endlich die Rega in Ruhe, und seien Sie froh, wenn Sie als Flachländer diese Superinstitution nie brauchen. Alpinisten und Bergbauern sind ausgesprochen dankbar für diese Organisation.

Ruedi Spöring, Horw

Was ist dran an «Dorian Gray»?

Nr. 33 – «Der optimierte Mann»; Beatrix Schlag über Schönheitsoperationen

Was an Schönheitsoperationen irritiert, ist, dass sie, ironischerweise, selten zur Verbesserung des Äusseren beitragen. Die Stars und einstigen Schönlinge in Ihrem Artikel wirken jedenfalls so, als wären sie eben dem Wachsfigurenkabinett von Madame Tussauds entflohen. Was am Älterwerden fasziniert, ist, dass es bei allen absolut gleichwertig verläuft und alle früher oder später davon betroffen sind. Die sicher tiefgreifendste Erfahrung für jeden Menschen ist das Loslassen von der Oberflächlichkeit des Lebens und der vermeintlichen eigenen Anziehung und Macht. Eine wahre Mutprobe also! Interessant hiezuhin die Geschichte von Oscar Wilde, «Das Bildnis des Dorian Gray», in der ein schöner, junger Mann ein Gemälde von sich besitzt, das statt seiner altert und all die Spuren seiner schlechten

Gedanken und Verwerflichkeit trägt. Die Frage bleibt nun offen, ob wir im Alter die Summe unserer gesamten Gedanken und Gefühle sind. Es gibt wohl nur eine Lösung im Umgang mit dem Älterwerden: die Optimierung unserer geistigen und seelischen Ressourcen. *Beatrix Kruger, Zürich*

Die Moral bleibt aus

Nr. 33 – «Frau Zaki braucht wieder Sozialgeld»; Alex Baur über die Zürcher Sozialbehörde

Für Ihre Enthüllungen im Fall Zaki und den gutrecherchierten Beitrag möchte ich mich bei Ihnen bedanken. Dass solche Leute die Schweizer Sozialsysteme wie Sozialgeld, IV, Arbeitslosenunterstützung und so weiter missbrauchen – nun ja, es sind Leute mit anderer Sozialisation, mit anderen Wertvorstellungen und anderer Moral. Unsere Systeme machen es ihnen auch allzu leicht, zu betrügen. Es gilt: «Wenn man die Sozialangebote in der Schweiz nicht in Anspruch nimmt und arbeiten geht, ist man ein dummer Mensch, wie es die Schweizer sind» (Ansicht eines IV-Rentners mit Schleudertrauma!). Was mich persönlich wirklich schockiert, ist die Tatsache, dass es Anwälte beziehungsweise in diesem Fall Anwältinnen in der Schweiz gibt, die für solche Leute eintreten und diese in deren Betrügereien unterstützen. Ich muss mich fragen, was für eine Moral und was für ethische Vorstellungen diese Leute haben. *Jaromira Kirstein, Kreuzlingen*

Nie mehr Krieg

Nr. 33 – «Krieg in der Nachbarschaft»; Essay von François Schaller

Ich bin mit diesem Text total einverstanden. Die GSoA und vor allem die SP nehmen in

Kauf, dass unsere Armee keine Hilfe mehr bei Naturkatastrophen anbieten kann, unser Volk bei Krisen, zum Beispiel Terrorakten, schutzlos lässt und keine Grossveranstaltungen mehr unterstützen kann. Es genügt doch, wenn wir dafür unsere unterbelastete Polizei, die Feuerwehr und die vielen Freiwilligen der GSoA und SP aufbieten können. Wer stellt aber den Mann oder die Frau im Kriegsfall? Gibt's doch nicht mehr – ein solcher Fall wird im vereinten Europa nie mehr eintreten. Von wegen friedliche EU-Länder. Sinnigerweise hat der Autor mitten in seinem Essay britische Kriegsschiffe eingeschoben, welche nach Gibraltar auslaufen. Ein Machtgebaren wegen einiger spanischer Fischer und versenkter Betonblöcke, und das zwischen zwei EU-Ländern, welche eigentlich wesentlichere Probleme in ihrer Volkswirtschaft zu lösen hätten. In Europa gibt es nie mehr Krieg! *Hans von Rotz, Steffisburg*

Korrigenda

Unter der Rubrik «Namen» (*Weltwoche* Nr. 33/13) haben wir irrtümlich geschrieben, Peter Schnaibel koche, nach seinem Weggang von der «Blauen Ente», wieder im Restaurant «Taggenberg». Richtig ist: Nach der beruflichen wie privaten Trennung von Peter Schnaibel führt Margriet Schnaibel seit Oktober 2012 den «Taggenberg» gemeinsam mit dem 29-jährigen Küchenchef Jens Nather. Wir bitten um Entschuldigung.

Im Artikel «Kohlers Seilschaft aus den Bergen» (*Weltwoche* Nr. 33/13) haben wir fälschlicherweise geschrieben, dass der Jet-Chefpilot der Rega, Urs Nagel, Berner Oberländer sei. Das ist falsch, Nagel ist Zürcher. Helikopter-Chef Heinz Leibundgut war bei der Luftwaffe nicht Helikopterpilot. Und Rega-CEO Ernst Kohler ist nicht seit sechseinhalb Jahren, sondern bereits seit siebeneinhalb Jahren Chef. Wir bitten, die Fehler zu entschuldigen.

Die Redaktion

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man während der Einnahme der Mahlzeit im Flugzeug die Rückenlehne nach hinten geklappt halten? *Marlisa Schmid, Rebstein*

Flugreisen sind ja kein Vergnügen. Sie sitzen in einem unbequemen Stuhl, reiben sich an fremden Ellbogen, bekommen merkwürdige Dinge zum Essen vorgesetzt, und Sie dürfen nicht mal selber bestimmen, wann Sie die Toilette aufsuchen. Mit dem Zurückklappen der Lehne erkämpfen Sie sich ein bisschen persönliche Freiheit – die Rebellion des kleinen Mannes in einer Zeit akuter Bevormundung. Sie sollten unbedingt davon Gebrauch machen! Es steht Ihnen zu. Ausser bei der Wahl des Getränks können Sie ja sonst nirgends mitreden. Aber haben Sie wenigstens ein bisschen Mitgefühl mit dem Passagier hinter Ihnen: die Lehne am besten vor dem Essen noch in die richtige Position bringen, dies ganz langsam und bedächtig tun und dann bitte nichts mehr verstellen. Nicht auszudenken, wie die Stimmung hoch in den Lüften ins Bodenlose sinkt, Passagiere ausflippen und den Flieger zur Notlandung zwingen – nur weil das Essen wegen ruckartiger Bewegungen durch die Gegend fliegt. *Deborah Neufeld*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.


CRESTA
PALACE

Herbstzauber

Grosser SPA-, Pool- und Therapie-Bereich sowie Kinderclub. Wandern, Golfen, Biken, Tennis uvm.
Zimmer/Frühstück ab CHF 125.– pro Person

Ab 2 Nächten: freie Fahrt auf ÖV + Bergbahnen
Sommersaison bis 13. Oktober 2013

★★★★

CRESTA PALACE · CH-7505 Celerina/St. Moritz
T +41 (0)81 836 56 56 · www.crestapalace.ch
Elisabeth und Hanspeter Herren



Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Mörder in der Gruppentherapie

Die Kosten des Justizvollzugs haben sich in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt, auf rund eine Milliarde Franken. Dabei gibt es nicht mehr Häftlinge als früher. Aber immer mehr Häftlinge werden mit langen, umstrittenen Therapien beglückt. *Von Philipp Gut und Lucien Scherrer*

Seine Strafe hat Silvan Bärtschi* längst abgesessen. Im Sommer 2007 wurde er zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, weil er auf einen Mann geschossen und mit Drogen gehandelt hatte. Seither sind sechs Jahre vergangen, doch der junge Gewalttäter ist immer noch in Gefangenschaft. Denn der Vollzug der Strafe ist zugunsten einer «stationären Massnahme» nach Artikel 59 des Strafgesetzbuches aufgeschoben worden. Bärtschi wird in Gefängnissen und Kliniken therapiert, bis Therapeuten und Richter überzeugt sind, dass von ihm keine Gefahr mehr ausgeht.

Eine Sicherheitsmassnahme, die ins Geld geht: Die Institutionen, die Bärtschi betreuen und betreut haben, verlangen 480 bis 620 Franken pro Tag. Das macht seit Ende 2007 bis heute über eine Million Franken, allein für Unterkunft und Betreuung. Bärtschi ist ein ganz normaler Häftling, nicht einmal ein besonders teurer. Denn ein Gefängnisplatz in der Schweiz kostet durchschnittlich etwa 400 Franken. Geschlossene Spezialkliniken wie im zürcherischen Rheinau oder das aargauische Königsfelden hingegen verrechnen bis zu 1400 Franken pro Tag, mehr als eine Junior-Suite im Nobelhotel «Baur au Lac».

Geschlossene Spezialkliniken verrechnen pro Tag mehr das «Baur au lac» für eine Junior-Suite.

Die Kosten des Strafvollzugs sind in den letzten Jahren rasant gestiegen. 2010 beliefen sie sich auf rund eine Milliarde Franken, wie der Bundesrat kürzlich in einem Bericht festgehalten hat. 1990 reichten noch 400 Millionen, und dies, obwohl die Inhaftierungen seit damals gesunken sind, von 10 700 auf 8500 (2011).

Der dramatische Ausgabenanstieg ist zu einem grossen Teil auf das neue Strafrecht von 2007 zurückzuführen. Damals versprach man, die Kosten des Vollzugs zu senken, etwa mit dem Ersatz von kurzen Haftstrafen durch Geldstrafen. Das klang einleuchtend. Doch die Realität hielt sich nicht an die Versprechen der Politiker, im Gegenteil. Statt kurzer und kostengünstiger Strafen habe die Schweiz «heute mehr (teure) Langzeitgefangene denn je und höhere Kosten», stellte der Kriminologe Martin Killias kürzlich in der *Weltwoche* fest.

Einer der stärksten Kostentreiber sind die sogenannten 59er, also Täter mit einer psychischen Störung, von denen man erwartet, mit

einer stationären Behandlung lasse sich der Gefahr weiterer Taten begegnen, wie es etwas umständlich in Paragraph 59 des revidierten Strafrechts heisst. Der Trend heisst Therapie, Therapie, Therapie. Und das kostet. Sogenannte stationäre Massnahmen werden höchstens für fünf Jahre verfügt, können aber mehrfach verlängert werden, wenn Vollzugsexperten und Richter der Meinung sind, dass weitere Therapien nötig sind.

Dabei handelt es sich um die kostspieligste Art der Inhaftierung überhaupt. Therapeutische Massnahmen im Gefängnis oder in Spezialkliniken sind nicht nur bei Psychiatern und Gutachtern, die kräftig verdienen (für ein Gutachten werden bis zu 30 000 Franken verlangt), sehr beliebt, sondern auch bei Richtern. 2010 zählte man schweizweit 366 «59er», 2011 waren es bereits über 800.

Eine Massnahme nach Artikel 59 anzuordnen, sei für die Gerichte am einfachsten, sagt ein Kenner des Justizwesens. Das wird klar, wenn man sich die Alternativen vor Augen führt: eine Verwahrung oder eine normale Gefängnisstrafe. Im ersten Fall läuft der Richter Gefahr, einen allenfalls therapierbaren Täter wegzusperren; im zweiten Fall geht er das Risiko ein, dass der Verurteilte nach der Strafverbüsung rückfällig wird und einen öffentlichen Sturm der Empörung über die unfähige Justiz provoziert. Mit der Anordnung einer stationären Therapie, so der zitierte Insider, können die Richter dagegen nichts falsch machen. Sie schoben die Verantwortung auf jene ab, die über eine spätere Freilassung entscheiden. Die Folgen dieser Bequemlichkeit der Richter berappen die Steuerzahler.

Erst geheilt, dann ausgeschafft

Wie sehr die sogenannte kleine Verwahrung nach Art. 59 StGB die öffentlichen Kassen belastet, zeigen Detailanalysen in den Kantonen. Im Aargau etwa sind neun der teuersten zehn Häftlinge 59er. Insgesamt hat der Aargau aktuell 27 solcher Fälle zu betreuen. Jeder von ihnen kostet rund 1000 Franken – pro Tag. Der teuerste verursacht tägliche Kosten von 1300 Franken. Im Vergleich dazu ist ein Zuchthäusler wie der Kindsmörder Werner Ferrari, der seit 1995 in Lenzburg einsitzt und als normaler Häftling gehalten wird, geradezu günstig. Denn bei ihm fallen keine teuren Spezialbehandlungen an.

Das Bild ist überall dasselbe: Auch im Kanton Zürich, der als Vorreiter in Sachen Justizreformen gilt, sind die 59er-Fälle für das stärkste

Ausgabenwachstum verantwortlich, wie das Amt für Justizvollzug auf Anfrage mitteilt. Die Einweisung von als heilbar betrachteten Gewalt- und Sexualstraf Tätern in Spezialkliniken verursache «beträchtliche Kosten», sagt Amtssprecherin Rebecca de Silva. Die Fallzahlen sind im Kanton Zürich von 156 (2007) auf 229 im vergangenen Jahr gestiegen. Die Ausgaben in diesem Bereich sind regelrecht explodiert, wobei eine transparente Gesamtschau nicht vorliegt.

Allein die 24 Insassen der 2010 eröffneten Forensisch-Psychiatrischen Abteilung (FPA)



«Mehr teure Langzeitgefangene denn je.»

des Gefängnisses Pöschwies verursachen jährliche Kosten von mehr als 6,5 Millionen Franken. Finanziert werden damit unter anderem Gruppentherapien, in denen Mörder und Vergewaltiger gemeinsam über ihre Taten sinnieren – und sich, wie es ein Insider ausdrückt, «gegenseitig mit Vorwürfen eindecken, sich zu wenig ernsthaft mit der eigenen Schuld auseinanderzusetzen».

Parallel dazu wuchs der Verwaltungsapparat. Die Ausgaben des Zürcher Justizamts, das mit 806 Stellen besetzt ist, stiegen von knapp 133 Millionen Franken (2006) auf über 170 Millionen (2012). Überblickt man die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, fällt ein weiterer kostentreibender Grossfaktor ins Auge: Die Steuerzahler müssen für mehrheitlich importierte Probleme aufkommen. Denn fast zwei Drittel der Gefängnisinsassen sind Ausländer. Seit 1990 ist ihr Anteil von knapp 17 auf über 63 Prozent gestiegen. Auch hier führt das neue

Strafrecht zu unwillkommenen Nebenfolgen: Sexual- und Gewaltstraftäter werden häufig für teures Geld behandelt, bevor sie die Schweiz verlassen müssen. Oder man verwarht sie, damit sie den Bürgern in ihrem Heimatland nicht gefährlich werden. Die Kosten tragen natürlich die Schweizer Steuerzahler.

Ein Beispiel für diesen Leerlauf ist der Kosovare Nekti Berisha*, der 2008 im Kanton Zürich wegen mehrerer Einbruchdiebstähle verurteilt wurde. Die Strafe wurde zugunsten einer stationären Massnahme aufgeschoben, wobei sich der junge Mann erfreulich entwickelte: Er holte eine Lehre nach und galt unter seinen Therapeuten als Musterschüler. Doch nach seiner Entlassung wurde er auf Betreiben des Migrationsamts ins Kosovo ausgeschafft. Die Spesen – Berishas Heilung dürfte etwa eine halbe Million Franken gekostet haben – wurden abgeschrieben, ohne dass jemand davon profitiert hätte. Auch Berisha

nicht, der in seiner Heimat kaum etwas anfangen kann mit seiner Lehre.

Die Zürcher Juristin Anna Landmann, die mit dem Fall vertraut ist, findet das «absurd». Fragt man unter Anwälten nach, wer für die grosszügige Ausweitung der Therapiezone verantwortlich sei, erhält man meist eine einfache Antwort: Frank Urbaniok, Chef des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes (PPD) in Zürich. Der Deutsche kam 1995 in die Schweiz, als die Justiz ihren pfleglichen Umgang mit gefährlichen Tätern nach dem Fall Erich Hauert überdenken musste (der verurteilte Gewalttäter hatte während eines Hafturlaubs eine Pfadfinderin ermordet).

«Richter in Weiss»

Urbaniok hat mehrere hochgefährliche Mörder und Vergewaltiger therapiert. Und er glaubt, dass sich die Gefährlichkeit eines Täters vorher sagen lasse. Deshalb kritisieren ihn Täter-Anwälte als Wegbereiter eines Psychiatrielastigen «Präventivstrafrechts», der Betroffene im Zweifelsfall auch auf Vorrat wegsperre. Urbaniok gilt Kritikern als Kopf eines Justizvollzugs, der sich mit seinen «Richtern in Weiss» – gemeint sind Therapeuten und Psychiater – zunehmend als «vierte Macht» im Staat gebärde.

«Früher wurden Straftäter verurteilt, sassen ihre Strafe ab und wurden wieder freigelassen», sagt Anna Landmann. Heute sei nicht mehr relevant, was einer getan hat, sondern «was er noch tun könnte». Für Landmann ist das Ausdruck einer «Vollkaskomentalität» in der Gesellschaft, die sämtliche Risiken aus der Welt schaffen wolle. Und Psychiater wie Urba-

Heute sei nicht mehr relevant, was einer getan hat, sondern «was er noch tun könnte».

niok nährten die Illusion, dass dies möglich sei. Tatsächlich ist es Urbanioks Ziel, die Rückfallgefahr von gefährlichen Tätern so weit wie möglich zu verringern. So hat er ein eigenes Computerprogramm entwickelt, um die künftigen Risiken von Gewalt- und Sexualstraftätern abzuschätzen. Dass das Wort des PPD bei Gerichten grosses Gewicht hat, ist unbestritten. Ebenso, dass heute viele Häftlinge wie Silvan Bärtschi länger «sitzen» – und damit die Staatskasse belasten.

Die Klagen über das «Präventivstrafrecht» lassen Urbaniok jedoch kalt. Von 59er- und Verwarungs-Massnahmen sei nur eine Minderheit der Insassen betroffen. Und: «Wir reden hier nicht von unbescholtenen Bürgern, sondern von Leuten, die schwere Sexual- und Gewalttaten begangen haben», sagt er. «In solchen Fällen hat die Gesellschaft das Recht, zu fragen: <Wie gross ist die Gefahr, dass du das wieder tust? Was können wir tun, damit dieses Risiko sinkt?>» Natürlich gebe es vereinzelte





«Mehr Therapie»: Psychiater Urbaniok.

Fehlentwicklungen – Gutachter, die sich mit zweifelhafter Arbeit eine goldene Nase verdienen, Institutionen, die zweifelhafte Vollkostenrechnungen präsentierten –, aber eine Rückkehr zum Laisser-faire der neunziger Jahre könne niemand ernsthaft wollen.

Auch die Therapie von ausländischen Straftätern macht nach Urbanioks Ansicht Sinn: «Gerade besonders gefährlichen Tätern ist es egal, ob sie legal oder illegal in einem Land sind», sagt er, «die kommen zurück, wenn man sie ausgeschafft hat.» Natürlich hätten all diese Massnahmen ihren Preis, aber unter dem Strich spare man sogar Geld, glaubt der einflussreiche Gerichtspsychiater. «Die volkswirtschaftlichen Kosten einer schweren Straftat sind viel höher als die Therapiekosten.» Schliesslich habe sich die Rückfallquote der von ihm behandelten Straftäter seit 1997 um mehr als 70 Prozent verringert.

Urbanioks Erfolgsmeldungen

Ob Urbanioks Rechnung «Mehr Therapie gleich weniger Kosten» wirklich aufgeht und ob seine Zahlen realistisch sind, ist allerdings umstritten. Fachleute äussern Zweifel. Solche überwältigenden Erfolgsmeldungen seien sonst nirgends zu finden. Urbanioks Aussagen seien nicht überprüfbar, da sie nicht auf einer kontrollierten Studie beruhten. Und auch seine Bemerkung, von den teuren Massnahmen sei nur eine «Minderheit» betroffen, ist irreführend: Tatsache bleibt, dass die Gruppe der luxuriös behandelten 59er für den markantesten Kostenschub im Justizwesen verantwortlich ist.

Grundsätzliche Kritik am Therapie-Boom im Schweizer Strafvollzug äussert Professor

Killias. Eine Reform jage die andere, man führe immer wieder neue, teure Programme ein, ohne deren Nutzen geprüft zu haben. Internationale Auswertungen kriminologischer Studien und Experimente hätten gezeigt, dass manches gutgemeinte und kostspielige Programm wirkungslos oder gar schädlich war. So hat der Kriminologe Rüdiger Ortmann die Wirkung sozialtherapeutischer Massnahmen in Deutschland untersucht – mit ernüchternden Resultaten. Die Rückfälligkeit von Tätern, die in Genuss solcher Behandlungen kamen, war nur um wenige Prozentpunkte tiefer als diejenige von Entlassenen aus dem Normalvollzug, also ohne aufwendige Therapie.

In der kriminologischen Literatur finden sich sogar etliche Beispiele von Programmen, die nicht nur keinen Erfolg brachten, sondern bei denen die therapierten Delinquenten stärker rückfällig waren als nicht behandelte. Ein berühmtes Beispiel dafür ist das Cambridge-Somerville-Programm zur präventiven Betreuung gefährdeter Knaben, das zur Weltkriegszeit in Cambridge (Massachusetts) durchgeführt wurde. Langfristig schadete das Programm mehr, als dass es nützte (man vermutet, dass die behandelten Personen durch die soziale Intervention abhängig gemacht wurden von fremder Hilfe).

Schlechtere Resultate bei Behandelten

Wenig erbauliche Befunde förderte der kanadische Kriminologe Bruno Pellerin in einer Auswertung von Spezialprogrammen für Pädophile und Vergewaltiger bereits 1996 zutage. In acht von zwölf untersuchten Programmen waren die Ergebnisse der Behandlungsgruppe schlechter als unter nicht behandelten Tätern.

Solche Effekte lassen sich auch in der Schweiz nachweisen. So ergab die Evaluation

Bisher deutet nichts darauf hin, dass die Politiker die Einwände ernst nehmen.

einer therapeutischen Sonderabteilung für persönlichkeitsgestörte Drogenabhängige in der Strafanstalt Lenzburg (das Programm lief unter dem Namen «Dingi») eine erhöhte Rückfallquote der psychologisch Betreuten. Im ersten Jahr nach der Entlassung wurden 50 Prozent der Therapierten erneut verurteilt, während es in der sogenannten Kontrollgruppe, die per Los bestimmt worden war und im Normalvollzug verblieb, nur 20 Prozent waren. Die Therapie nützte also nicht nur nichts, sie schadete sogar.

Angesichts der Risiken schädlicher Behandlungen, so schreibt Professor Killias in seinem Standardwerk «Grundriss der Kriminologie», erstaune die Sorglosigkeit, «mit der gerade im Strafvollzug – oft ausgerechnet für Gewalt-



Wirksamkeit ist nicht belegt: Kriminologe Killias.

und/oder Sexualtäter – andauernd neue Methoden ausprobiert werden, ohne dass die politisch Verantwortlichen auf eine experimentelle Evaluation dringen würden». Mit andern Worten: Neue Massnahmen werden vorgängig nicht in hieb- und stichfesten Experimenten geprüft.

Bisher deutet nichts darauf hin, dass die Politiker derartige Einwände ernst nehmen. Die jüngsten Änderungen im Schweizer Strafrecht belegen eher das Gegenteil. Es herrscht ein euphorisch anmutender Glaube an die Wirksamkeit therapeutischer Massnahmen, ohne dass dafür eine gesicherte wissenschaftliche Grundlage bestünde. Sicher ist nur eines: Die Kosten des Strafvollzugs wachsen in den Himmel. Anzeichen einer Kehrtwende sind keine auszumachen. Vielmehr steigt der Druck, noch mehr Therapieplätze zu schaffen, denn heute warten Verurteilte Monate, manchmal sogar Jahre, bis ihre Behandlung auf unbestimmte Zeit beginnt.

Auch der eingangs erwähnte Häftling Silvan Bärtschi wird bis auf weiteres therapiert. Im Frühjahr 2012 hat ein Bezirksgericht entschieden, dass er für zwei weitere Jahre behandelt werden soll. Wäre es nach den Gutachtern gegangen, wären es sogar fünf Jahre gewesen, weil ihr Therapieobjekt nur «oberflächliche Anpassungsleistungen» gezeigt habe. Die nächste gerichtliche Beurteilung steht im Sommer 2014 an. Gut möglich, dass die Richter Bärtschi dann für zwei weitere Jahre in die Therapie schicken – für Hunderte Franken, Tag für Tag.

* Name geändert.

Hildebrand im Visier der Justiz

Die Zürcher Staatsanwaltschaft will in der Affäre Hildebrand das Verfahren gegen den SVP-Politiker Hermann Lei in wesentlichen Punkten einstellen. Dafür ermittelt die Bundesanwaltschaft nun gegen den gestrauchelten SNB-Präsidenten und den Ex-Bankratspräsidenten Raggenbass. *Von Alex Baur*

Als die *Weltwoche* Ende 2011 die Dollargeschäfte von Nationalbank-Präsident Philipp Hildebrand publik machte, brauste ein Sturm der Empörung übers Land. Seltsamerweise richtete sich der Fokus anfänglich weniger auf den obersten Währungshüter, der privat mit Devisen spekuliert hatte, sondern vielmehr auf den Überbringer der schlechten Nachricht: Hermann Lei, einen Anwalt und SVP-Politiker aus Weinfelden, den ausserhalb des Thurgaus bis dahin kaum einer kannte.

Hinter der paradoxen Reaktion steckte ein raffinierter Schachzug von Hildebrand und dem damaligen Bankratspräsidenten Hansueli Raggenbass. Anlässlich einer gemeinsamen Pressekonferenz outeten sie Hermann Lei am 5. Januar 2012 als den Mann, der kompromittierende Bankauszüge von Hildebrand zuerst via Nationalrat Christoph Blocher (SVP) an den Bundesrat weitergeleitet und später der *Weltwoche* zugespielt hatte. Das war der ideale Stoff, um den in die Bredouille geratenen Nationalbank-Präsidenten als Opfer einer SVP-Intrige zu präsentieren.

Die Verschwörungstheorie löste sich allerdings schnell in Luft auf. Unter dem Druck der Fakten musste Hildebrand am 10. Januar 2012 zurücktreten. Eine Strafuntersuchung blieb ihm erspart. Lei dagegen bekam die volle Härte des Gesetzes zu spüren: Hausdurchsuchung unter den neugierigen Blicken von Reportern, Beschlagnahmung privater und geschäftlicher Computer, von Telefongeräten und Akten, stundenlange Einvernahmen zu Verdächtigungen aller Art.

Der Rest wird per Strafbefehl erledigt

«Der Aktenberg ist aufgebaut», witzelt Leis Verteidiger Valentin Landmann heute, eineinhalb Jahre später, «jetzt warten wir gespannt auf das Mäuschen, das da rauskommt.» Landmann kann es locker nehmen. Gemäss Recherchen der *Weltwoche* hat der zuständige Zürcher Staatsanwalt Robert Braun schriftlich angekündigt, das Verfahren gegen Lei in den gravierendsten Punkten (Verletzung von Berufs- und Geschäftsgeheimnis) einzustellen. Was übrigbleibt (versuchte Anstiftung und Gehilfenschaft zur Verletzung des Bankgeheimnisses), soll per Strafbefehl erledigt werden. Dies hat die Zürcher Oberstaatsanwaltschaft auf Anfrage bestätigt. Lei hätte noch die Möglichkeit, vor Abschluss des Verfahrens letzte Beweisanträge zu stellen. Doch dafür sehe er keinen Anlass, erklärte Anwalt Lei auf Anfrage.

Der äussere Ablauf des Falles war aufgrund des Mailverkehrs relativ einfach zu klären. Am 3. Dezember 2011 hatte Lei den Bankinformantiker Reto T. – einen Jugendfreund und ehemaligen Klienten – mit Christoph Blocher zusammengebracht. Bei diesem einmaligen Treffen zeigte Reto T. dem frischgewählten Nationalrat den privaten Kontoauszug von Philipp Hildebrand, den er an seinem Arbeitsplatz heimlich abgelichtet hatte und der nahelegte, dass der SNB-Präsident just im Zeitraum, als der Schweizer Franken an den Euro gebunden wurde, auch privat mit Devisen spekulierte. Blocher informierte den Bundesrat streng vertraulich über den Verdacht.

Lei hat nie bestritten, den Kontoauszug Ende Dezember 2011 an die *Weltwoche* weitergeleitet zu haben, nachdem der Bundesrat Hildebrands Machenschaften als angeblich «haltloses Gerücht» unter den Tisch kehren wollte. Hingegen stellt er in Abrede, eine Verschwiegenheitspflicht verletzt zu haben.

Bankgeheimnis war längst gebrochen

Dass die Staatsanwaltschaft den Fall nun per Strafbefehl erledigen will, weist darauf hin, dass auch sie Leis Verschulden als gering einstuft. Mehr als eine bedingte Geldstrafe droht dem SVP-Politiker nicht. Doch damit will sich Lei nicht zufriedengeben. Er kündigt an, auch

einen Strafbefehl «auf jeden Fall» anzufechten. Nach seiner Meinung hatte Reto T. das Bankgeheimnis längst gebrochen, als er mit dem kopierten Kontoauszug zu ihm kam: «Wenn der Tresor einmal aufgebrochen ist, kann man ihn nicht erneut knacken.» Auch könne es nicht sein, dass er als Bürger, der einen realen Missstand aufdeckt, dafür auch noch bestraft werde – während der eigentliche Missetäter ungeschoren davonkomme.

Strafverfahren in aller Diskretion

Genau das ist gemäss den Recherchen aber nicht mehr so sicher. Wie die Bundesanwaltschaft in Bern auf Anfrage bestätigt, hat sie inzwischen in aller Diskretion gegen Philipp Hildebrand und den ehemaligen Bankratspräsidenten Hansueli Raggenbass ein Strafverfahren eröffnet. Über den Inhalt des Verfahrens mochte die Sprecherin Jacqueline Bühlmann nichts verlauten lassen. Gemäss unbestätigten Informationen geht es um den Verdacht auf Amtsmissbrauch oder Verletzung des Amtsgeheimnisses im Zusammenhang mit dem eingangs erwähnten «Outing» von Hermann Lei und Christoph Blocher, die den Bundesrat unter der Zusage höchster Vertraulichkeit informiert hatten. Hildebrand mochte zum laufenden Verfahren auf Anfrage keine Stellung nehmen, Raggenbass war nicht erreichbar. ○



Die volle Härte des Gesetzes: Anwalt Lei.

Verhandeln heisst nachgeben

Die Schweiz leistet Amtshilfe bei gestohlenen Bankdaten, gibt rückwirkend Kunden und Mitarbeiter preis, übernimmt französisches Recht und lässt sich von den USA erpressen. Unbehindert von ihren Kollegen im Bundesrat destabilisiert Eveline Widmer-Schlumpf den Schweizer Rechtsstaat. Von Peter Keller

Gestohlen und verkauft: 2008 entwendet der Informatiker Hervé Falciani Kundendaten bei der Genfer Filiale der HSBC-Bank. Französische Behörden erwerben einige seiner geklauten CDs und reichen Informationen über mutmassliche Steuersünder auch an andere betroffene Staaten weiter.

Nun hat der Bundesrat am 15. August entschieden, selbst dann ausländischen Staaten Amtshilfe zu leisten, wenn das Gesuch auf gestohlenen Bankdaten basiert. Sogar rückwirkend soll die Schweiz kooperieren und Informationen rausrücken, die noch vor Inkrafttreten der neuen Bestimmung gestohlen wurden.

Die Schweiz leistet Amtshilfe bei gestohlenen Bankkundendaten. Tiefer kann die Selbstachtung eines souveränen Staates kaum sinken. Dabei weiss die federführende Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) durchaus zwischen Bankgeheimnisbruch und Bankgeheimnisbruch zu unterscheiden: Im Januar 2012 verlangte sie noch eine «knallharte Untersuchung» der Umstände, die zur Veröffentlichung der Bankdaten und damit der Devisenspekulationen des damaligen Notenbankpräsidenten Philipp Hildebrand führten. Allerdings war dort ihr Intimfeind involviert: Christoph Blocher.

Seit dem 1. November 2010 gebietet Eveline Widmer-Schlumpf über das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD). Wie führt die Bündnerin dieses Schlüsselressort? Welche Ziele verfolgt sie? Was hat sie erreicht? Ein Blick in die vergangenen Monate zeigt: Gegenüber dem Ausland gibt die Bundesrätin eilfertig nach – und im Inland wird nachgezogen: Auch da lautet das Fernziel die Abschaffung des Bankgeheimnisses und damit der gläserne Steuerbürger.

Steuerabkommen mit Deutschland — Im August 2011 handeln Deutschland und die Schweiz ein erstes Steuerabkommen aus. Vorgeesehen sind Steuersätze von 19 bis 34 Prozent für deutsches Schwarzgeld. Da die SPD opponiert, wird «nachverhandelt» – was für die Schweiz naturgemäss schlechtere Ergebnisse bedeutet. Im April 2012 wird das überarbeitete Abkommen unterzeichnet. Inzwischen sind die Sätze auf 21 bis 41 Prozent angehoben worden. Zudem sollen die Schweizer Banken eine Vorauszahlung von 2 Milliarden Franken leisten (siehe Abschnitt

«Steuerabkommen mit Grossbritannien»). Auch Erbschaften fallen unter das Abkommen.

Gleichwohl kündigt das von der SPD regierte Bundesland Nordrhein-Westfalen an, weitere gestohlene Daten-CDs kaufen zu wollen. Im Juni 2011 hatte Widmer-Schlumpf noch ein Verbot solcher Ankäufe in Aussicht gestellt: «Wenn wir die Verträge über die Abgeltungssteuer inklusive des Verbots, gestohlene Kundendaten zu kaufen, abgeschlossen haben, dann sollen diese auch für eine geraume Zeit gelten» (*Finanz und Wirtschaft*, 25.6.2011). Am Ende wird das Parlament das Abkommen in der Sommersession 2012 ohne diesen Passus absegnen.

«**Lex USA**» — Gut zwei Jahre dauern unter Widmer-Schlumpf die Verhandlungen mit den USA. Im Juni 2011 definiert sie die Marschroute: «Wir müssen unserem Recht zum Durchbruch verhelfen. Es kann nicht sein, dass die Banken vor der Alternative stehen, entweder amerikanisches oder aber schweizerisches Recht zu brechen» (*Finanz und Wirtschaft*, 25.6.2011). Im November bekräftigt die Finanzministerin, bis Ende Jahr sei eine Lösung auf dem Tisch: «Die gesetzlichen Grundlagen sind da, um die aktuellen Fälle zu behandeln.» Notrecht sei kein Thema mehr. «Kurzum: Die Schweiz hat dem amerikanischen Druck standgehalten und sich nichts diktieren lassen» (*Bilanz*, 4.11.2011).

Es kam ganz anders: In einer Hauruckübung sollte das Parlament in der letzten Sommersession der sogenannten «Lex USA» zustimmen. Für zwölf Monate hätten die Amerikaner ihr Recht diktieren können und Schweizer Banken zur Preisgabe von Kundendaten zwingen können. Datenschutz- und Mitarbeiterrechte wären rückwirkend aufgeweicht worden. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf wollte das Geschäft als dringliches Verfahren durchpeitschen. Ein Kniefall sondergleichen. Eine Mehrheit im Nationalrat zog die Notbremse.

Steuerabkommen mit Grossbritannien — Am 6. Oktober 2011 unterzeichnen der britische Steuerminister David Gauke und Widmer-Schlumpf das revidierte Steuerabkommen. Schweizer Banken müssen künftig bei ihren britischen Kunden eine Steuer zwischen 27 und



Zum Nachteil der Schweiz: Widmer-Schlumpf (r.),

48 Prozent einziehen, wenn diese ihr Konto nicht offenlegen wollen. Bei unversteuerten Vermögenswerten ist eine Pauschalabgabe zwischen 19 und 34 Prozent fällig. Zum Vertrag gehört auch eine Vorauszahlung von 500 Millionen Franken an Grossbritannien. Auch hier hat die Schweiz peinlich gepatzt. Wie die Bankiervereinigung kürzlich mitteilte, sei der unversteuerte Anteil britischer Vermögen in der Schweiz viel tiefer als ursprünglich angenommen. Allerdings haben es Widmer-Schlumpfs Beamten verpasst, eine saubere Rückvergütung auszuhandeln. Laut Bankiervereinigung würden die 500 Millionen den Schweizer Banken «nicht oder nur zu einem geringen Teil» rückerstattet.

Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich — Auch französische Erblasser mit Wohnsitz in der Schweiz sollen abgeschöpft werden können: Mit dieser Forderung gelangte jedenfalls das französische Finanzdepartement ans EFD. Das war am 28. Juni 2012. Schon elf Tage später informierten Widmer-Schlumpfs Beamte per Communiqué, das revidierte Erbschaftssteuer-Abkommen liege unterschriftsbereit vor. Offenbar wurde gleich



französischer Finanzminister, im Juli in Paris.

die Vorlage der Gegenseite übernommen. Künftig sollen also Immobilien von französischen Erblässern mit Wohnsitz in der Schweiz besteuert werden. Mit anderen Worten: Die Schweiz wendet französisches Erbrecht an – und liefert die Einnahmen brav im Elysée-Palast ab. Das Prinzip Wohnsitz gleich Steuersitz wird aufgeweicht. Zum Nachteil der Schweiz. Am vergangenen 11. Juli unterzeichnen Widmer-Schlumpf und ihr französischer Kollege das Abkommen.

Das Beispiel zeigt, wie Widmer-Schlumpf vorgeht: Zum Auftakt kommt sie den einseitigen Interessen Frankreichs fast vollständig entgegen – um dann einen «Dialog» in wichtigen Dossiers für die Schweiz zu starten (etwa zur Pauschalbesteuerung französischer Staatsbürger). Die Finanzministerin bleibt sich in ihrer Untreue treu: Ob «Lex USA» oder die Amtshilfe beim Datenklau oder die diversen Steuerabkommen: Statt dem Druck zu widerstehen oder wenigstens Gegenleistungen auszuhandeln, wird beflissen nachgegeben.

Ungebremstes Ausgabenwachstum — Ihren Etatismus stellt Widmer-Schlumpf nicht nur

in der Steuerpolitik unter Beweis. Auch das Wachstum der Staatsausgaben kennt nur eine Richtung: steil nach oben. Bereits nach zwei Monaten im Amt, im Februar 2011, stoppt die BDP-Politikerin das Sparpaket ihres Vorgängers Hans-Rudolf Merz. Schliesslich sei im kommenden Jahr ein Überschuss von «rund drei Milliarden» zu erwarten. «Vor diesem Hintergrund wäre es nicht nachvollziehbar, das geplante Konsolidierungsprogramm integral umzusetzen.»

Die Staatsrechnung 2012 schloss am Ende mit einem Plus von 2,4 Milliarden Franken (statt, wie erwartet, von «rund drei Milliarden»). Wobei sich besonders zwei Faktoren positiv auswirkten: Die historisch tiefen Schuldzinsen und die guten Ergebnisse bundeseigener Betriebe wie Post und Swisscom, die 2012 über 2,2 Milliarden Franken Erträge ablieferten; eine Milliarde mehr als im Vorjahr.

Für die gute Ertragslage kann die Politik wenig: Die Steuern sprudeln, wenn die Unternehmen gut arbeiten und die Bürger fleissig ihren Verpflichtungen nachkommen. Aufschlussreicher ist da die Ausgabenpolitik des Bundes. 2010 schloss die Staatsrechnung noch mit einem ordentlichen Aufwand von 59,385 Milliarden. Nach zwei Jahren Widmer-Schlumpf stiegen die Ausgaben bereits auf 62,336 Milliarden. Im Voranschlag 2013 sind 64,842 Milliarden vorgesehen. Das wäre ein Ausgabenwachstum von rund 5,5 Milliarden Franken oder knapp zehn Prozent innerhalb von drei Jahren – während das reale Wirtschaftswachstum bei jährlich rund einem Prozent runddümpelt. Absehbar ist: Wenn die ausserordentlich hohen Einnahmen ausbleiben, wird der aufgeblähte Staatshaushalt ins Minus kippen.

Demontage des Bankgeheimnisses — Im Februar 2011 übernimmt die Schweiz die neuen OECD-Standards für Steueramtshilfe. Wenn bisher ein Staat um Amtshilfe nachsuchte, musste er mit dem Namen des Kontoinhabers und der Bank vorstellig werden. Nun soll schon eine IBAN-Nummer genügen. Zudem werden Gruppenanfragen zugelassen. Widmer-Schlumpf beruhigt: «Es geht in keiner Art und Weise darum, das Bankgeheimnis auszuhöheln oder gar den automatischen Informationsaustausch einzuführen» (NLZ, 13. 2. 2011).

Zu diesem Zeitpunkt hat die Finanzvorsteherin schon die Unterscheidung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug, wie sie das Schweizer Gesetz vorsieht, gegenüber dem Ausland aufgegeben. Diese Preisgabe dient vor allem innenpolitischen Weichenstellungen: Man gibt gegenüber dem Ausland nach, um anschliessend in der Schweiz Druck zu machen. Widmer-Schlumpf: «Die Gleichbehandlung mit den ausländischen Steuerbehörden ist ein Anliegen, das man prüfen und mit den Kantonen diskutieren muss» (Sonntagszeitung, 27.3.2011). Das Wort «prüfen» ist bestenfalls

eine Höflichkeitsfloskel. Die Finanzministerin will auch in der Schweiz das Bankgeheimnis und die Unterscheidung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung schleifen.

Es gehe in keiner Weise darum, den automatischen Informationsaustausch (AIA) einzuführen, versicherte Widmer-Schlumpf 2011. Ende 2012 sind diese Beteuerungen bereits Makulatur. Kurz vor Weihnachten kündigt Widmer-Schlumpf erstmals an, mit der EU über den AIA verhandeln zu wollen. Und verhandeln heisst bei ihr: nachgeben.

Alles wankt und schwankt

Widmer-Schlumpf versucht, ihre Kritiker zu beruhigen: «Ich bin überzeugt, dass die Schweiz mit der Qualität des Bankenplatzes und der Stabilität des Rechtssystems gegenüber der Konkurrenz entscheidende Vorteile hat» (Bilanz, 4.11.2011). Für die Qualität des Bankenplatzes sind die Banken zuständig. Für die Stabilität des Rechtssystems der Bundesrat. Und hier sieht es düster aus: Rückwirkende Steuerabkommen, französisches Erbrecht in der Schweiz, amerikanische Erpressungen, Amtshilfe bei gestohlenen Bankdaten, Auslieferung von Mitarbeitern und Bankkunden – noch nie wurde das Schweizer Rechtssystem so umfassend destabilisiert wie unter der jetzigen Finanzministerin. ○

Pensionierung

- Wie spare ich Steuern?
- Wie sichere ich mein Einkommen?
- Wie regle ich meinen Nachlass?

Sprechen Sie mit uns und überzeugen Sie sich von unserer Expertise. Das erste Gespräch ist kostenlos und unverbindlich.

Tel. 044 207 27 27 (Hauptsitz)
www.vermoegenszentrum.ch

VZ VermögensZentrum

Antworttalon

Ja, ich habe Fragen zur Pensionierung.

- Rufen Sie mich an für ein kostenloses Gespräch.
- Senden Sie mir Ihre Unterlagen.

Vorname/Name

Jahrgang

Strasse

PLZ/Ort

Tel. (tagsüber)

Talon bitte einsenden an unseren Hauptsitz:

VZ VermögensZentrum, Beethovenstrasse 24, 8002 Zürich

Willkommen im Paradies

Wer in ein Land einwandert, muss die Sprache erlernen, die Ordnung einhalten und die Gebräuche beachten. In der Schweiz nicht: Die Gesetze zur Integration der Ausländer, die Bund und Kantone erlassen, fordern wenig und fördern vieles, mit den Millionen der Steuerzahler. *Von Markus Schär*



Die Schweiz, ein multikulturelles Land seit je.

Als angeblicher Flüchtling aus Pakistan kommt Amir Zaki 1978 in die Schweiz. Nach der Ablehnung seines Asylgesuchs heiratet er eine Schweizerin und bekommt mit ihr eine Tochter. Kaum hat er den roten Pass, lässt er sich scheiden, holt eine zwanzig Jahre jüngere Frau aus seiner Heimat und zeugt mit ihr vier Kinder. Für den grossen Haushalt reicht sein Arbeitslosengeld nicht, deshalb zahlt das Zürcher Sozialamt drauf, bis zu 9121 Franken im Monat. Die Mutter braucht eine Haushaltshilfe, und weil sie kein Wort Deutsch spricht, muss das Dienstmädchen aus Pakistan kommen. Während Amir Zaki mit seiner Familie auf Kosten der Steuerzahler lebt, geht er Millionengeschäften als Waffenhändler nach. Als aber eine Staatsanwältin gegen ihn ermittelt, versteht der Schweizer Bürger plötzlich kein Wort Deutsch oder Englisch mehr: Die Behörden müssen alle Akten auf Urdu übersetzen.

Willkommen im Schlaraffenland Schweiz! Integration bedeutet hier nicht: Der Einwanderer passt sich dem Land an, seiner Sprache, seiner Ordnung, seinen Gebräuchen. Sondern: Das Land macht alles, damit sich der Einwanderer wohl fühlt, mit seiner eigenen Kultur.

Das zeigt sich im Extrem an der Geschichte von Amir Zaki (der nicht so heisst), wie sie die *Weltwoche* in mehreren Artikeln aufdeckte, zuletzt vergangene Woche. Aber es gilt im Grund-

satz für alle Einwanderer, auch für jene, die sich nicht mit vorgeblicher Integration einen Schweizer Pass erschleichen.

Der Fremde muss sich nicht in einer Amtssprache ausdrücken können, um Sozialhilfe, Gesundheitsleistungen und Erziehungsbeitrag zu erhalten. Er muss sich nicht an die öffentliche Ordnung halten, also seinen Lebensunterhalt eigenverantwortlich und gesetzestreu verdienen. Und er muss sich nicht um die hiesigen Gebräuche kümmern, kann also der Lehrerin seiner Kinder den Handschlag verweigern, der Tochter das Kopftuch zum Schulbesuch befehlen oder – obwohl in der Schweiz seit 1874 die Toten ohne Ansehen des Glaubens nebeneinander liegen – die Bestattung in einem abgesonderten, nicht durch Ungläubige entweihten Grab durchsetzen.

Das Buch von Sommaruga und Strahm

Die Schweiz, ein multikulturelles Land seit je, übt Toleranz – die Schweizer mussten sich darin üben, weil ihre Wirtschaft die Einwanderer brauchte. Aber bei aller Toleranz kam es zu immer schärferen Konflikten. «Wir haben gesellschaftspolitisch und im Arbeitsmarkt tatsächlich ein Ausländerproblem», erkannten denn auch zwei Politiker in einem Buch, das sie 2005 herausgaben. «Die Nichtintegration der ausländischen Wohnbevölkerung ist das grösste

ungelöste Problem in unserem Land. Viel zu lange wurde das Thema ignoriert, beschönigt und verdrängt.» Das Buch hiess «Für eine moderne Schweiz», als Autoren zeichneten prominente SP-Mitglieder: Nationalrat Rudolf H. Strahm und Ständerätin Simonetta Sommaruga, die heutige Bundesrätin.

Ihr Vorgänger als Justizminister, Christoph Blocher, packte das Problem an. 2006 gab sein Departement einen umfassenden Bericht heraus, der das Scheitern der Integration belegte: Die Ausländer gehörten doppelt so häufig wie die Schweizer zu den Armen gemäss Statistik und bezogen bis zu dreimal häufiger Sozialhilfe. Ihre Erwerbslosenquote lag mitten im Boom bei 9 Prozent, dreimal so hoch wie jene der Schweizer, besonders hoch bei Jugendlichen aus den Balkanländern (19 Prozent) sowie aus den nichteuropäischen Staaten (29 Prozent) – dies vor allem, weil bis zu einem Fünftel der ausländischen Schulabgänger keine Berufsausbildung machen.

«Ausländerinnen und Ausländer sollen sich vermehrt um ihre Integration bemühen», schloss die Landesregierung daraus. Das Ausländergesetz, das im September 2006 vors Volk kam, weil es die Linke als «unmenschlich» bekämpfte, sah deshalb vor: «Die Behörden können die Aufenthaltsbewilligung mit der Bedingung verknüpfen, dass Ausländerinnen und Ausländer einen Sprach- oder Integrationskurs besuchen.»

Hemmungen beim Fordern

Das Volk nahm das Gesetz mit 68 Prozent an – an den Verhältnissen aber änderte sich seither nichts. In den letzten zehn Jahren wanderten Hunderttausende von Hochqualifizierten ein, die viel zur Wirtschaftsleistung beitragen. Trotzdem stellen die Ausländer immer noch fast die Hälfte der Sozialhilfebezüger, in Bern leben 10 Prozent der Ausländer auf Kosten der Steuerzahler, in Lausanne 13 Prozent und in Biel gar 21 Prozent. Und in den Gefängnissen der Romandie stammen 83 Prozent der Insassen aus dem Ausland.

Jedes Einwanderungsland der Welt erwartet von den Immigranten, dass sie eine Leistung erbringen, sich also nicht auf Staatskosten einrichten und ihr Gastrecht missbrauchen. Die Schweiz aber scheut davor zurück. Viele Schweizer pflegen ein schlechtes Gewissen gegenüber den ausländischen Arbeitskräften, die Ernten einbringen, Gäste bedienen oder Kranke betreuen (und damit selbst bei Nied-

riglöhnen viel mehr verdienen als in der Heimat). Deshalb dulden die Schweizer auch Einwanderer, die nicht daran denken, einen Beitrag zum Bruttoinlandprodukt zu leisten. Die Schweiz fordert die Immigranten nur mit Hemmungen, fördert sie aber nach Kräften. So macht sie, wie es ein aktuelles Papier der SVP Schweiz ausdrückt, die Integration zum «Selbstbedienungsladen».

Einige Beispiele? Die Sozialkonferenz des Kantons Zürich bietet die Broschüre «In Not geraten?» in zwölf Sprachen an, von Albanisch bis Arabisch. Auf ihrer Website stellt sie einladend fest: «Die Zahl der Menschen, die in Not geraten und auf Sozialhilfe angewiesen sind, ist gross.» Die Berner Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen hilft ausser beim Umgang mit Behörden auch bei Alltagsbewältigung, Erziehung sowie Partnerschaft und knüpft Kontakte zu Anwälten oder anderen Beratern, selbstverständlich in zehn Sprachen. Und ein Evaluationspapier der Kantone Solothurn und Aargau sieht Schulen auf der «Excellence-Stufe», wenn sie nicht nur «mindestens eine ausgebildete Fachperson für den Bereich Mehrsprachigkeit bzw. Interkulturalität» stellen, sondern auch dafür sorgen, «dass es für fremdsprachige Eltern und deren Kinder bedürfnis- und adressatengerechte Angebote der familien- und schulergänzenden Unterstützung gibt».

So war es nicht gemeint, zumindest vom Volk nicht: Es will Ausländer, die sich gegen die Integration sperren, nicht verhätscheln, sondern zurückschicken. Das Ausländergesetz, das 2008 in Kraft trat, schreibt alle nötigen Grundsätze fest; so lässt sich der Aufenthalt vom Erlernen einer Landessprache, vom Bestreiten des Lebensunterhalts und vom Beachten der Gebräuche abhängig machen. Trotzdem stellten Bundesrat und Parlament der Ausschaffungsinitiative in der Volksabstimmung vom November 2010 einen Verfassungsartikel gegenüber, der im ersten Absatz säuselte: «Das Ziel der Integration ist der Zusammenhalt der einheimischen und der ausländischen Bevölkerung.» Dieser Gegen-

vorschlag wurde von allen Ständen und von 54 Prozent der Stimmenden verworfen – für den Bundesrat der Anlass, nur ein Jahr später einen Entwurf in die Vernehmlassung zu geben, der das noch keine vier Jahre geltende Gesetz stark erweitert und in «Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration» umbenennt.

Dieses Gesetz liegt jetzt beim Parlament, seit letzter Woche berät es die Kommission des Ständerates. Es fordert wenig: So macht es den Aufenthalt und die Niederlassung vom Stand der Integration abhängig – aber ohne diese verbindlich festzuschreiben. Und es fördert vieles und viele: Schon im Budget 2013 stehen 71,4 Millionen Franken für die Integration von Ausländern, diesen Betrag will der Bundesrat in den kommenden Jahren noch um 20,7 Mil-

Noch eifriger als der Bund bemühen sich die Kantone um die Einwanderer.

lionen erhöhen. Die Kantone, die bisher ebenfalls 70 Millionen ausgeben, bekommen die Mittel aber nur, wenn sie nachziehen. Insgesamt gäbe der Staat also, ohne die hohen Kosten für Schulen, Sozialbehörden und Strafvollzug, jährlich 180 Millionen aus – «und dies für einen Bereich, der keine Staatsaufgabe darstellt und dessen Verankerung in der Bundesverfassung vom Schweizer Stimmvolk abgelehnt wurde», wie die SVP festhält.

Noch eifriger als der Bund bemühen sich die Kantone um die Einwanderer. Waadt und Genf schreiben in ihren Gesetzen keinerlei Pflichten für die Ausländer fest, ja sie zahlen sogar für Massnahmen, damit die Einwanderer die Beziehung zu ihrer Herkunftssprache weiter pflegen können. Basel-Stadt und Basel-Landschaft schliessen Integrationsvereinbarungen mit schwierigen Ausländern, ziehen bisher aber bei Verstössen kaum die Konsequenzen. Die Zuger stimmen am 22. September über ein Integrationsgesetz ab. Und in Zürich, wo sich die SVP erfolgreich gegen ein

Gesetz wehrte, fördert die kantonale Fachstelle für Integration die Ausländer einfach ohne Gesetzesgrundlage und richtet gar einen Integrationspreis aus.

Ernüchternder Befund

Wie es mit dem Fordern und dem Fördern gemeint ist, zeigt sich exemplarisch im Berner Gesetz. Es hält nur fest, die Ausländer trügen zu ihrer Integration bei, indem sie sich «im Rahmen ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten verpflichten», eine Amtssprache zu lernen, und sich «bemühen, für ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln aufzukommen». Zwar sieht das Gesetz Integrationsvereinbarungen vor. Ein Pilotprojekt in Ostermündingen zeigte allerdings, dass ein Bruch der Vereinbarung kaum zu Konsequenzen führt und dass die Zahl der Personen, die sich tatsächlich verpflichten, «sehr gering sein dürfte». Wie der Abschlussbericht erkennt, führen die Vereinbarungen am ehesten zum Erfolg, «wenn der oder die Teilnehmende sich in relativ stabilen Lebensverhältnissen befindet, motiviert ist, die eigene Situation zu verbessern und vorwärtszukommen, die an sie gestellten Anforderungen und Erwartungen versteht, mit den vorgeschlagenen Zielen und Massnahmen einverstanden ist und einen persönlichen Nutzen darin sieht» – kurz: wenn sich der Einwanderer aus eigenem Antrieb integriert, wie dies eigentlich von allen zu erwarten ist.

Trotz des ernüchternden Befunds wollen die Berner das teure Gesetz jetzt umsetzen, sofern sie denn in der leeren Staatskasse die Mittel dafür finden. Sie sollten wohl bei den Berner Genossen nachlesen. «Man muss heute ernüchert feststellen, dass der wohlmeinende Wunsch, jeder solle in der Gesellschaft seine Herkunftskultur bewahren können, nicht zu einer multikulturellen Gesellschaft führt, sondern zu Gettoisierungstendenzen, zu radikalen ethnischen Subkulturen und zu Abwehrreaktionen bei den Einheimischen», schrieben Rudolf H. Strahm und Simonetta Sommaruga vor acht Jahren: «Eine echte Integrationspolitik setzt einen gewissen Druck voraus.» ○

HIGHLIGHTS DER WOCHE

Terreus - Bodegas Mauro 2009
CHF 85.30

Tinto Crianza - Bodegas Condado de Haza 2009
CHF 16.20

Dignus - Viña Magaña 2007
CHF 14.05

Numanthia - Numanthia 2008
CHF 41.05

Matarromera Reserva - Bodega Matarromera 2006
CHF 33.50

Unico - Vega Sicilia 2003
CHF 253.80

Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten.
Franko Melano, Transport nicht im Preis enthalten.

DIE BESTEN SPANISCHEN WEINE MIT DEM BESTEN PREIS/QUALITÄT VERHÄLTNIS

2010
MAURO
BODEGAS MAURO
CHF 28.10

94
2009
PINTIA
BODEGAS PINTIA
CHF 36.70

92-94
2010
ALTO
ALTO
CHF 41.05

ARVI
THE SWISS BANK OF FINE AND RARE WINES

ARVISA
Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano
T 091 649 68 88
F 091 648 33 75
info@arvi.ch
WWW.ARVI.CH

Vekselberg macht's gut

Investor Viktor Vekselberg hält seit fast zehn Jahren die Schweizer Industrie auf Trab. Seine Erfolge geben ihm recht, doch das Verhältnis der Schweiz zum Oligarchen bleibt verkrampft. *Von Florian Schwab*

Wenn Viktor Feliksovich Vekselberg eine Schweizer Firma kaufen will, dann gibt es meistens Radau. So ist es auch heute wieder im trickreichen Kampf um die Kontrolle beim Stahlkonzern Schmolz + Bickenbach (S+B) mit Sitz in Emmenbrücke.

Mitte April wurde ruchbar, dass Vekselberg daran interessiert ist, das hochverschuldete Unternehmen aufzukaufen. Der Verwaltungsrat hatte sich zuvor auf die Suche nach Investoren begeben. An Interessenten mangelte es nicht. Seine Kaufbereitschaft bekundete der Aarburger Industrielle Michael Pieper. Er bot dem Vernehmen nach der Mehrheitsaktionärin von S+B recht grosszügige drei Franken pro Aktie. Doch die in Deutschland ansässige Erbgemeinschaft der Familie Schmolz, die 40 Prozent an dem Unternehmen hält, hatte bereits im Verborgenen mit Vekselberg angebandelt – ohne den Verwaltungsrat einzubeziehen. Pieper kam zu spät, und die Erben gaben Vekselbergs weniger gutem Angebot von Fr. 2.40 pro Aktie den Vorzug. Auf die Generalversammlung (GV) vom 13. September hin will fast der gesamte Verwaltungsrat nach verlorenem Kampf geschlossen zurücktreten.

Vekselbergs Investmentgesellschaft Renova hat Erfahrungen in Übernahmeschlachten.

Keine der Firmen wurde zur Befehlsempfängerin des Kreml degradiert.

Zentimeter um Zentimeter ringt sie ihre Widersacher nieder. Auch Sulzer zog im April 2009 alle Register, um Vekselberg abzuwehren: Vor der entscheidenden GV tauchte plötzlich der Vorwurf auf, Vekselberg und seine strategischen Partner, die Österreicher Ronny Pecik und Georg Stumpf, hätten ihre Beteiligung nicht rechtmässig deklariert und dürften somit nicht abstimmen. Das entsprechende Strafverfahren wurde allerdings später gegen die Zahlung einer Wiedergutmachung von zehn Millionen Franken eingestellt.

Auch bei S+B wurde Vekselberg zunächst mit der Annullierung seines Stimmrechts an der GV ausgebremst. Doch solche Störmanöver vermögen den russischen Oligarchen nicht aufzuhalten. Aufgrund seiner unaufgeregten Beharrlichkeit attestierte ihm das Wirtschaftsmagazin *Economist* ein mandarinhaftes Wesen. Dazu passt, dass Vekselberg lieber Fabergé-Eier und Schweizer Beteiligungen sammelt als

Jachten und Fussballklubs wie andere russische Milliardäre.

Normalerweise spielen sich harte Übernahmekämpfe in der teppichgedeckten Welt der Verwaltungsratszimmer und ihrer Advokaten ab. Die Kampfgeräusche finden bestenfalls in der Finanzpresse ihr Echo. Nicht so, wenn Vekselberg auf den Plan tritt. Seine feindlichen Übernahmen erregen die Gemüter weit über die interessierten Kreise hinaus.

Gegen *Blick* und Politik

Als es 2009 bei Sulzer um ein Filetstück der Schweizer Industrie ging, trat eine Phalanx von politischen Schwergewichten auf den Plan und wandte sich beschwörend an die Aktionäre: Neben dem Winterthurer Stadtpräsidenten Ernst Wohlwend (SP) waren auch Kathy Riklin (CVP), Filippo Leutenegger (FDP), Markus Hutter (FDP) und Jacqueline Fehr (SP) für Amtsinhaber Ulf Berg. Doch es half alles nichts, der Präsident wurde entmachtet und stattdessen Vekselbergs Kandidat Jürgen Dormann installiert.

Das Echo in den Medien war für Vekselberg wenig schmeichelhaft. «Vekselberg putscht Verwaltungsrat weg!», empörte sich der *Blick*, der schon früher die Angst vor «Oligarchen-Viktor» angeheizt hatte, indem er etwa die Frage aufwarf, ob Vekselberg «die halbe Schweiz aufkaufen» wolle. Dass Vekselberg in der Schweiz oft mit dem schillernden Alt-Botschafter Thomas Borer geschäftete, machte ihn in den Augen seiner Kritiker nicht eben vertrauenswürdig.

Im Fall S+B ist der Tonfall ebenfalls giftig. Laut *Neuer Luzerner Zeitung* «krallt» sich Vekselberg das Unternehmen, der *Blick* wirft ihm vor, die Kleinaktionäre «mit einem Butterbrot abspesen» zu wollen, denen Vekselberg Fr. 2.85 pro Aktie bietet. Das ist auch der Hauptvorwurf des bisherigen Minderheitsaktionärs Gerold Büttiker. Dieser besitzt 6 Prozent des Unternehmens, kann aber aufgrund vertraglicher Vereinbarungen mit dem Mehrheitsaktionär, den Schmolz-Erben, bis zu 20 Prozent der Stimmrechte ausüben. Ein Gutachten der Bank J. Safra Sarasin, auf das sich Büttiker bezieht, sieht den Wert einer S+B-Aktie bei fast sechs Franken. Laut Vontobel-Analyst Patrick Rafaisz ist diese Bewertung aber «ungemein optimistisch» in ihren langfristigen Annahmen. Industrie-Analysten sehen einen Wert zwischen drei und vier Franken als realistisch an.

Vekselbergs Angebot von Fr. 2.85 ist aus dieser Optik vielleicht etwas knauserig, aber keinesfalls jenseits von Gut und Böse. Sowieso



Garant für Stabilität und strategische Weitsicht:

wird die Übernahmekommission der Finanzmarktaufsicht den Preis nochmals ansehen müssen, nachdem Büttiker Beschwerde eingereicht hat. Nebst der Höhe des Vekselberg-Gebots verstimmt vor allem das Vorgehen: Nach unbestätigten Gerüchten soll Vekselberg den Schmolz-Erben bei einem anderen Investment finanziell aus der Patsche geholfen haben und im Gegenzug ihre S+B-Aktien zum Vorzugspreis erhalten haben. Das wäre gewiss ein gerissener Schachzug – verboten ist es nicht.

Für die Minderheitsaktionäre mögen die Umstände der Übernahme ärgerlich sein. Verständlich wäre es, wenn sich der vertraglich mit den Schmolz-Erben verbundene Gerold Büttiker verschaukelt vorkäme. Aber das darf nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die bisherigen Eigentümer die Verantwortung dafür tragen, dass das Unternehmen überhaupt zu einem attraktiven Übernahmeziel wurde. Eine fremdkapitalfinanzierte Expansionsstrategie hatte



Investor Vekselberg (l.) mit Berater Thomas Borer, 2009.

tiefe Löcher in die Bilanz gerissen. Dass die Vorherrschaft der Gründerfamilie für die übrigen Aktionäre zu einem Problem werden kann, ist nichts Neues. Sinnbildlich für das Missmanagement bei S+B steht ein Betrugsskandal, der vergangenes Jahr das Unternehmen erschütterte: Ein aus den Reihen der Erbgemeinschaft berufener Manager hatte mehr als eine Million Franken aus der Firmenkasse entwendet und damit seinem Hobby, der Jagd, gefrönt.

Angesichts einer solchen Vorgeschichte erscheint Viktor Vekselberg gutschweizerisch solide. Frühe Anwürfe, die ihn als «Börsenspekulanten» diffamierten, wurden Lügen gestraft. Bei OC Oerlikon, wo Vekselberg seit 2006 massgebliche Anteile besitzt und heute 46,11 Prozent hält, verkaufte er nicht, als die Aktien im Jahr 2007, von euphorischen Aussichten und der Solar-Bonanza getrieben, am Markt zu mehr als 700 Franken gehandelt wurden. Er hielt dem Unternehmen die Treue, selbst als es 2009 be-

gann, Verluste zu schreiben, und der Kurs infolge der Finanzkrise auf nur noch gut 10 Franken implodierte. Als Mehrheitsaktionär orchestrierte Vekselbergs Renova einen Turnaround und führte OC Oerlikon ab 2011 wieder in die Gewinnzone zurück – heute empfiehlt die Mehrheit der Finanzanalysten die Aktie zum Kauf.

Keiner so vernünftig wie Renova

Auch bei seinem zweiten grossen Schweizer Engagement, Sulzer, ist Vekselberg langfristig interessiert. Das Unternehmen meisterte die Finanzkrise besser als viele andere Industriefirmen. Bei seinem Abschied als Sulzer-Präsident betonte der erprobte Manager Jürgen Dormann gegenüber der *Handelszeitung*, er habe noch keinen so vernünftigen Grossaktionär erlebt wie Vekselbergs Renova – und das will etwas heissen, denn Dormann stand zuvor in den Diensten der Familien Jacobs und Wallenberg sowie des kuwaitischen Staatsfonds.

Befürchtungen, wonach Vekselbergs Einfluss zu einem Kahlschlag bei den Arbeitsplätzen führen würde oder wonach die Firmen zu Befehlsempfängern des Kreml degradiert würden, haben sich nicht bewahrheitet. Laut Kennern der Industriebranche herrscht heute an den Märkten der Eindruck vor, ein Investment von Renova sei ein Garant für Stabilität und strategische Weitsicht. Dass Vekselberg mit guten Kontakten den russischen Markt öffnet, nützt den von ihm kontrollierten Schweizer Unternehmen. Trotzdem bleibt der russische Mathematiker mit dem markanten Bart ein Fremdkörper in der Schweizer Wirtschaft. Als Renova im vergangenen März die Aufnahme bei Economiesuisse beantragte, wies ihr der Verband die Türe.

Dabei investiert Vekselberg seit fast zehn Jahren erfolgreich in Schweizer Firmen. Ein Grund zur Aufregung ist er höchstens für die von ihm ins Visier genommenen Firmen und deren Führungskräfte. ○

Natur in Gefahr

Waldsterben, Ozonloch, Klimawandel – viele angebliche Öko-Katastrophen werden von Aktivisten überschätzt und von den Medien hochgespielt. Die echten Probleme für die Umwelt werden verkannt. Vier Gründe, warum man sich heute um Mensch und Natur sorgen muss. *Von Alex Reichmuth*

Werden Massnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt beschlossen, schadet das oft mehr, als es nützt. So zeigte sich etwa, dass die einst hochgelobte Produktion von Biosprit den CO₂-Ausstoss erhöht statt senkt und dazu den Hunger in der Welt fördert. Auch der Atomausstieg könnte sich als Bumerang für die Natur erweisen – nämlich dann, wenn es am Ende fossile Brennstoffe braucht, um zu verhindern, dass die Lichter ausgehen.

Doch die ideologisch verbrämte Öko-Debatte befördert nicht nur unsinnige Massnahmen. Das Übel liegt tiefer: Es stehen die falschen Probleme im Fokus. In den 1980er Jahren war es das Waldsterben, das die Agenda von Politikern und Aktivisten bestimmte. Doch das Sterben der Wälder in Ländern wie der Schweiz oder Deutschland erwies sich als Hirngespinnst. Derzeit hämmern Öko-Aktivisten den Menschen ein, der Klimawandel sei die grösste Herausforderung der Menschheit. Dabei gibt es gute Gründe, anzunehmen, dass sich höhere Temperaturen positiv auf Natur und Mensch auswirken.

Die echten Öko-Bedrohungen werden derweil von der Öffentlichkeit wenig bis gar nicht zur Kenntnis genommen. Umso dringlicher ist es, diese zu thematisieren. Nachfolgend eine Aufzählung der weltweit grössten Bedrohungen für Mensch und Umwelt.

1—Luftverschmutzung

In den meisten westlichen Industrieländern hat die Luftverschmutzung in den letzten Jahrzehnten zwar deutlich abgenommen. Die russgeschwängerte Luft im Ruhrgebiet oder der tödliche Smog über London oder Tokio sind Geschichte. Doch weltweit gesehen ist schlechte Luft ein riesiges Problem. Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO fordert sie jedes Jahr etwa zwei Millionen Todesopfer. Schlimm ist die Lage vor allem in Schwellenländern, wo die Industrie boomt, während gleichzeitig die Massnahmen zum Schutz der Luft völlig hinterherhinken. Gemäss der Weltbank befinden sich die zehn Städte mit der schlechtesten Luftqualität in China, Indien, Indonesien und Ägypten.

Forscher haben kürzlich anhand von Statistiken nachgewiesen, dass Chinesen, die im Norden des Landes leben, fünf Jahre früher sterben als diejenigen, die im Süden wohnen. Der Unterschied ist vermutlich auf die schlechte Luft im Norden Chinas zurückzuführen. Dort gibt es viele Industrieanlagen

und Kohlekraftwerke, die giftige Schadstoffe produzieren. In Peking zum Beispiel, das im Norden des Landes liegt, übertraf im letzten Januar die Menge an Luftschadstoffen die Grenzwerte der WHO um das Vierzigfache. Im Süden hingegen ist die Luft deutlich sauberer. Ein noch gravierenderes Problem scheint die Luftverschmutzung in Indien zu sein. Im Luftqualitätsindex der amerikanischen Universitäten Columbia und Yale liegt Indien auf dem letzten Platz aller Länder. Laut dem Internationalen Währungsfonds IWF sterben in Indien allein wegen Schadstoffen aus Kohlekraftwerken jedes Jahr 70 000 Menschen.

Nebst industrieller Produktion und Kohlekraftwerken sind auch Brandrodungen eine wichtige Ursache schlechter Luft. In Malaysia zum Beispiel mussten die Behörden im letzten Juni über zwei südliche Provinzen den Smog-Ausnahmestand verhängen. Ursache für die

Es ist anzunehmen, dass sich der Klimawandel positiv auf Natur und Mensch auswirkt.

schlechte Luft waren illegale Brandrodungen auf der indonesischen Insel Sumatra.

Ein ebenso gravierendes Problem wie verschmutzte Aussenluft sind Luftschadstoffe im Innern von Häusern und Behausungen. Davon sind vor allem viele Bewohner in sehr armen Ländern betroffen. Drei Milliarden Menschen kochen über offenen Herdstellen und sind darum regelmässig Rauch und Russ in den eigenen vier Wänden ausgesetzt. Die WHO bezifferte 2011 die Zahl der Menschen, die jährlich wegen verrusster Innenluft sterben, auf zwei Millionen. Fast die Hälfte der Toten sind Kinder unter fünf Jahren. Somit bringt verschmutzte Innenluft etwa gleich viele Menschen um wie schlechte Aussenluft.

Die Uno will bis 2020 hundert Millionen Menschen mit sauberen Kochstellen versorgen, bei denen die Abluft nach draussen geführt wird. Doch solche Initiativen scheitern häufig, weil viele Betroffene wenig Interesse zeigen, die Luftqualität in ihren Häusern zu verbessern. Weiterhin auf traditionelle Art zu kochen und zu heizen, ist ihnen wichtiger, als die Gesundheit zu schützen.

2—Entwaldung

Die Rodung von Wäldern schreitet voran, wenn auch verglichen mit früheren Jahrzehnten

langsamer. Gemäss der globalen Waldinventur der Welternährungsorganisation (FAO), die seit 1948 alle fünf Jahre gemacht wird, verschwanden in den 1980er und 1990er Jahren jährlich 16 Millionen Hektaren Wald. Zwischen 2000 und 2010 betrug der Verlust noch 13 Millionen Hektaren pro Jahr, was etwas mehr als der dreifachen Fläche der Schweiz entspricht. Anders ausgedrückt: Jede Minute wurden 35 Fussballfelder Wald vernichtet.

Der Nettoverlust an Waldfläche ist allerdings geringer. Das liegt daran, dass die FAO auch aufgeforstete und nachgewachsene Wälder in ihrer Inventur berücksichtigt. Vor allem in gemässigten und subpolaren Zonen steigt die Waldfläche, unter anderem wegen gezielter Aufforstungen wie in China. Und anstelle von Regenwald entstehen oft Plantagen, etwa zur Palmölproduktion.

Die FAO taxiert Plantagen ebenfalls als Wald. Berücksichtigt man solchen Waldzuwachs, ist der globale Verlust an Waldfläche geringer. Zwischen 2005 und 2010 betrug er gemäss FAO 5,6 Millionen Hektaren pro Jahr, was 1,3-mal so viel ist wie die Fläche der Schweiz. In den 1990er Jahren waren es jährlich noch 8,3 Millionen Hektaren. Insgesamt verringerte sich die Waldfläche zwischen 1990 und 2010 um 3,2 Prozent oder 135 Millionen Hektaren – 33-mal die Fläche der Schweiz. Heute sind noch 31 Prozent der weltweiten Landfläche bewaldet.

Gravierender als die Abnahme der Waldfläche insgesamt ist die Vernichtung von ursprünglichem Wald, sogenanntem Primärwald. Vor allem die tropischen Regenwälder werden immer kleiner. Regenwälder sind aber besonders wertvoll, weil in ihnen etwa die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten angesiedelt ist. Der Verlust an Primärwäldern betrug von 1990 bis 2010 sechs Prozent.

Die Länder mit dem absolut gesehen grössten Verlust an Waldfläche sind (in dieser Reihenfolge) Brasilien, Indonesien, Nigeria, Tansania und Myanmar. In Brasilien, das weite Teile des Amazonas-Regenwaldes umfasst, verschwanden zwischen 1990 und 2010 zehn Prozent der Wälder. Die Abholzung von brasilianischem Regenwald konnte in den letzten Jahren zwar stark gebremst werden. Allerdings ist dieser Erfolg gefährdet: Ende 2011 beschloss Brasilien, die Bestimmungen zum Schutz der Wälder deutlich zu lockern. Prompt sind im vergangenen Juli wieder 14 Prozent mehr Regenwald verschwunden als im Jahr



35 Fussballfelder pro Minute: Abholzung im brasilianischen Regenwald.



Tödlicher Smog: Luftverschmutzung in Ägypten.



Schwindender Lebensraum: getötete Gorillas im Kongo.

zuvor. Gross ist der Verlust an Regenwald auch in Asien und Mittelamerika. In Indonesien gingen innert zwanzig Jahren 20 Prozent der Waldfläche verloren, in Mittelamerika sogar 25 Prozent. Prozentual am meisten Wald verschwand zwischen 1990 und 2010 aber auf den Komoren, einem Inselstaat im Indischen Ozean: 75 Prozent.

Die wichtigsten Gründe für die Rodung von Regenwald sind die Erschliessung neuer Flächen für Landwirtschaft und die Holzgewinnung. Regenwald ist aber nicht nur reich an Arten, sondern bildet auch den Lebensraum vieler Menschen, beispielsweise indigener Völker. Wald bietet zudem Schutz vor Erosion, Lawinen und Überschwemmungen.

3—Artensterben

Für das schwedische Forschungsgremium Stockholm Resilience Centre ist das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten das grösste ökologische Problem überhaupt. Die Arten schwinden heute vermutlich hundert- oder tausendmal schneller, als es ohne Einwirkung des Menschen der Fall wäre. Zu beziffern, wie gross dieses Problem genau ist, erweist sich aber als schwierig. Denn niemand weiss, wie viele Tier- und Pflanzenarten auf der Erde überhaupt existieren. Vor allem die Regenwälder beherbergen wohl noch Millionen von Arten, die kein Mensch je registriert hat. Ein grosser Teil davon sind wahrscheinlich Insek-

Gegen Umweltprobleme helfen wirtschaftliche Entwicklung und technologische Innovation.

ten. Auch im Ozean werden noch unzählige unentdeckte Meeresbewohner vermutet. Entsprechend unklar ist, wie viele Arten in ihrer Existenz bedroht oder bereits ausgestorben sind.

Darum sind Schätzungen zum Verlust der Artenvielfalt mit grossen Unsicherheiten behaftet. Viele Forscher gehen davon aus, dass täglich 3 bis 130 Tier- und Pflanzenarten verschwinden. Die Uno schätzte den Verlust hingegen auf 150 Arten pro Tag. Der WWF sagt, die Artenvielfalt habe zwischen 1970 und 2005 um 27 Prozent abgenommen. Weitere 34 000 Arten seien vom Aussterben bedroht. Gemäss der Umweltorganisation IUCN waren 2007 12 Prozent aller Vogelarten, 20 Prozent aller Säugetierarten und 29 Prozent alle Amphibienarten in ihrer Existenz gefährdet. Solche Zahlen werden meist ermittelt, in dem man schätzt, wie gross der Verlust an natürlichem Lebensraum ist.

Eine Regel lautet, dass die Hälfte aller Arten verlorengeht, wenn die Fläche eines ökologischen Habitats um 90 Prozent zurückgeht. 2011 berichteten aber amerikanische und chinesische Forscher, dass das Artensterben mit



Steigender Fischkonsum: Südpazifik.

solchen Methoden vermutlich überschätzt wird.

Nachgewiesenermassen ausgestorbene Arten gibt es jedenfalls vergleichsweise wenig. Die IUCN sprach 2005 von 785 Arten, deren Verschwinden belegt ist. Dazu zählen etwa die Goldkröte, die erst in den 1960er Jahren entdeckt wurde, das Quagga, eine bereits im 19. Jahrhundert ausgerottete Zebraart, und der St.-Helena-Riesenohrwurm, der seit 1967 nicht mehr gesehen wurde.

Naturschutzorganisationen behaupten, der Schwund an natürlichen Lebensräumen sei der wichtigste Grund für das Artensterben. Der deutsche Umweltjournalist Michael Miersch zweifelt allerdings daran. Denn viele nachgewiesenermassen verschwundene Arten seien wegen direkter Bejagung verlorengegangen. Es gebe wenig Belege dafür, dass Säugetiere und Vögel allein durch die Vernichtung ihres gewohnten Lebensraums ausgelöscht werden können. Wie auch immer: Als Ursachen des Artensterbens gelten auch Pestizide und Chemikalien, die in die Umwelt gelangen, sowie die Verdrängung einheimischer Arten durch verschleppte Tiere, Pflanzen und Krankheitserreger.

4—Überfischung

Laut der Welternährungsorganisation sind 32 Prozent aller Fischgründe übernutzt. Es werden dort also dauerhaft mehr Fische gefangen als heranwachsen oder zuwandern. Vor 35 Jahren galten erst 10 Prozent der Fischgründe als übernutzt. Nur 15 Prozent aller Fischbestände sind heute noch fast oder gänzlich unberührt. Die europäischen Meere sind sogar zu 88 Prozent überfischt.

Gemäss dem WWF wurde fast ein Drittel der weltweiten Meeresfläche bereits so stark be-

fischt, dass die Ökosysteme Schaden genommen haben. Spanische Forscher berichteten 2012, die Zahl der Thunfische und Makrelen sei seit den fünfziger Jahren um 60 Prozent zurückgegangen.

Ursache der Übernutzung ist der weltweit zunehmende Fischkonsum. Dieser ist gemäss FAO zwischen 1961 und 2009 um jährlich 3,2 Prozent gestiegen. Das Bevölkerungswachstum betrug gleichzeitig aber nur 1,7 Prozent pro Jahr. Entsprechend hat sich der Fischkonsum pro Kopf seit den sechziger Jahren fast verdoppelt, auf heute 18,8 Kilogramm pro Jahr.

2010 wurden insgesamt 154 Millionen Tonnen Fisch «produziert» – zwei Drittel davon in Asien. Davon waren 41 Prozent nicht der Fischerei zu verdanken, sondern sie stammten aus sogenannten Aquakulturen. Fischzuchten lösen das Problem der übernutzten Fischbestände allerdings nicht – ganz im Gegenteil. Zuchtische werden oft selber mit Fischmehl und Fischöl gefüttert und grossgezogen. Zur Produktion eines Kilogramms Zuchtisch braucht es meist sogar mehr als ein Kilogramm Wildfisch.

Umweltschutz dank Fortschritt

Was muss geschehen, um die erwähnten Umweltprobleme zu mindern? Im Fall der Luftverschmutzung heisst die nachhaltige Lösung eindeutig wirtschaftliches Wachstum. Denn erfahrungsgemäss kümmert sich eine Volkswirtschaft erst dann um die Luftqualität, wenn der Wohlstand ein gewisses Ausmass erreicht hat. In China etwa könnte die Luft bald sauberer werden: Das Land will in den nächsten fünf Jahren 277 Milliarden Dollar in die Luftreinhaltung investieren.

Am Verschwinden von Regenwäldern und am Artensterben ist vor allem der steigende Bedarf an Acker- und Weideland schuld. Weil es immer mehr Menschen gibt – und immer mehr, die Fleisch konsumieren –, braucht es eine immer grössere Fläche, um die Ernährung zu sichern.

Für Entlastung sorgen könnten Ackerpflanzen, die, verglichen mit existierenden, robuster sind und mehr Ertrag abwerfen. Dann wäre der Flächenbedarf der Landwirtschaft geringer. Hier ist die Forschung gefordert. Ein hoffnungsvoller Ansatz für bessere Sorten ist die Gentechnik.

Gegen übernutzte Fischbestände hilft weniger Fisch essen – oder ebenfalls wissenschaftlicher Fortschritt. Wie der *Tages-Anzeiger* berichtet, testen amerikanische Forscher derzeit zum Beispiel, ob Fischzucht mit gänzlich vegetarischer Nahrung möglich ist.

Das Fazit ist eindeutig: Gegen die wirklichen Umweltprobleme helfen in erster Linie wirtschaftliche Entwicklung und technologische Innovation. Leider wird dies von den meisten Öko-Aktivisten verkannt. ○



1978

Pharisäer unter uns

SNB-Präsident Fritz Leutwiler kämpft gegen den starken Franken. Das früher im Jahr verhängte Anlageverbot für Ausländer erweist sich als wirkungslos und wird wieder aufgehoben. Stattdessen gibt es politische Schützenhilfe für die Exportwirtschaft.

Die Devisen-Welt hat, letzte Woche Donnerstag, einen Augenblick den Atem angehalten. Mehr als die Spannung der Fachleute steckte freilich nicht hinter der kühnen Behauptung, die ganze internationale Öffentlichkeit blicke gebannt nach Bern. Ob die Eidgenossen im Stress fortgesetzter Stärkung des Schweizer Frankens vor allem gegenüber Dollar und Deutschmark zur wechselkurspolitischen Notbremse greifen wollen und wie das nun aussieht, weiss auch knapp eine Woche nach der Berner Depesche ausser ein paar interessierten Bankiers und Unternehmern mit besonders scharfer Schweiz-Konkurrenz auch im Ausland kaum ein Wirtschaftler zu sagen. Zum Glück für uns. Denn was Bundesrat und Nationalbank, demonstrativ Hand in Hand, im Schilde führen, mag unausweichlich und das einzig Mögliche sein. Ein Ruhmesblatt für eidgenössische Wirtschaftsgesinnung aber wird es mit Gewissheit nicht.

Wie das? Klingt nicht in helvetischen Gauen fast allenthalben das Lied vom braven Mann, der den Verlockungen der üblen Protektionisten und der noch übleren Zwangswirtschaftsvögte auf dem Devisenmarkt tapfer widerstand? Gewiss ist erst in Umrissen bekannt, was anstelle fast apokalyptischer Varianten unserer Wirtschaft als Stärkung verabreicht werden soll. Aber der Rahmen gestattet schon, vorsorglich zu warnen. Zu warnen davor, sich allzu anerkennend selber auf die Schulter zu klopfen. Zu warnen vor den Pharisäern, die sich unters Volk mischen und ihm weismachen wollen, wir seien wieder einmal strahlendes Vorbild.

Zugegeben: es sieht so aus, als wollten Bundesrat und Nationalbank nächstens die notwendigen Eingriffe in das freie Spiel des Devisenmarkts, weltweit besonders in der Form des Ausländern vorbehaltenen Anlageverbots mit übler Nachrede bedacht, rückgängig machen oder wenigstens mildern. Ein Stück Marktwirtschaft würde damit dort wieder installiert, wo man es unter dem vermeintlichen Druck der Verhältnisse herausgerissen hatte. Dass dies geschieht, weil sich sogar mancher Bundesrat auf freiheitlichen Geist zurückbesinnt, wäre jedoch zu schön, um wahr zu sein. Gelockert wird, weil die Verfestigungen nachweislich wenig bis nichts eingebracht, ja sich im devisentechnischen Mechanismus da und dort gar als kontraproduktiv erwiesen haben.

Rückkehr zur Freiheitlichkeit aus Resignation: kein sehr glanzvolles Motiv. Und dass das Praktische absolut den Vorrang vor dem Grundsätzlichen hat, lässt sich auch am Abbau eines durchaus marktkonformen Mittels erkennen. Grosse Mengen Dollars zur Stützung von deren Kurs aufzukaufen, hat sich eben gleicherweise als fast wirkungslos, also unpraktisch erwiesen.

Kehrtwendung devisenmarktpolitisch ist das eine. Das andere scheint sich auf eine intensivere, sagen wir: Betreuung der wahrlich arg



Gleich lange Spiesse: SNB-Präsident Leutwiler.

gebeutelten Exportwirtschaft zu konzentrieren. Spätestens hier wird vollends klar, womit wir es bei der Depesche aus Bern zu tun haben. Die Umorientierung ist komplett. Die Schweiz hat es satt, Kaskaden von Gelöbnissen weiter über sich ergehen und währenddessen die eigene Wirtschaft, weil international tatsächlich nichts geschieht, immer tiefer in die Klemme geraten zu lassen. Die Schweiz lehnt es ab, noch länger hereingelegt zu werden. Jahrelang haben wir aktiv an Bemühungen mitgewirkt, das wieder einmal wildgewordene Währungssystem zu bändigen. Immer wieder haben wir uns von Schalmeienklängen einneh-

men lassen und nach Strohhalmen gegriffen. Fortan lassen wir, nur wenig überspitzt, das System ruhig toben. Dafür versuchen wir, unsere Wirtschaft so zu stählen, dass sie den Turbulenzen besser widerstehen kann. Das ist ein Vorgang, dessen Tragweite noch längst nicht überall begriffen worden ist. Er beansprucht grosse Bedeutung selbst dann, wenn er nur einen Übergang zu einer vielleicht doch noch einmal zustande kommenden internationalen Aktion oder gar Ordnung darzustellen hätte.

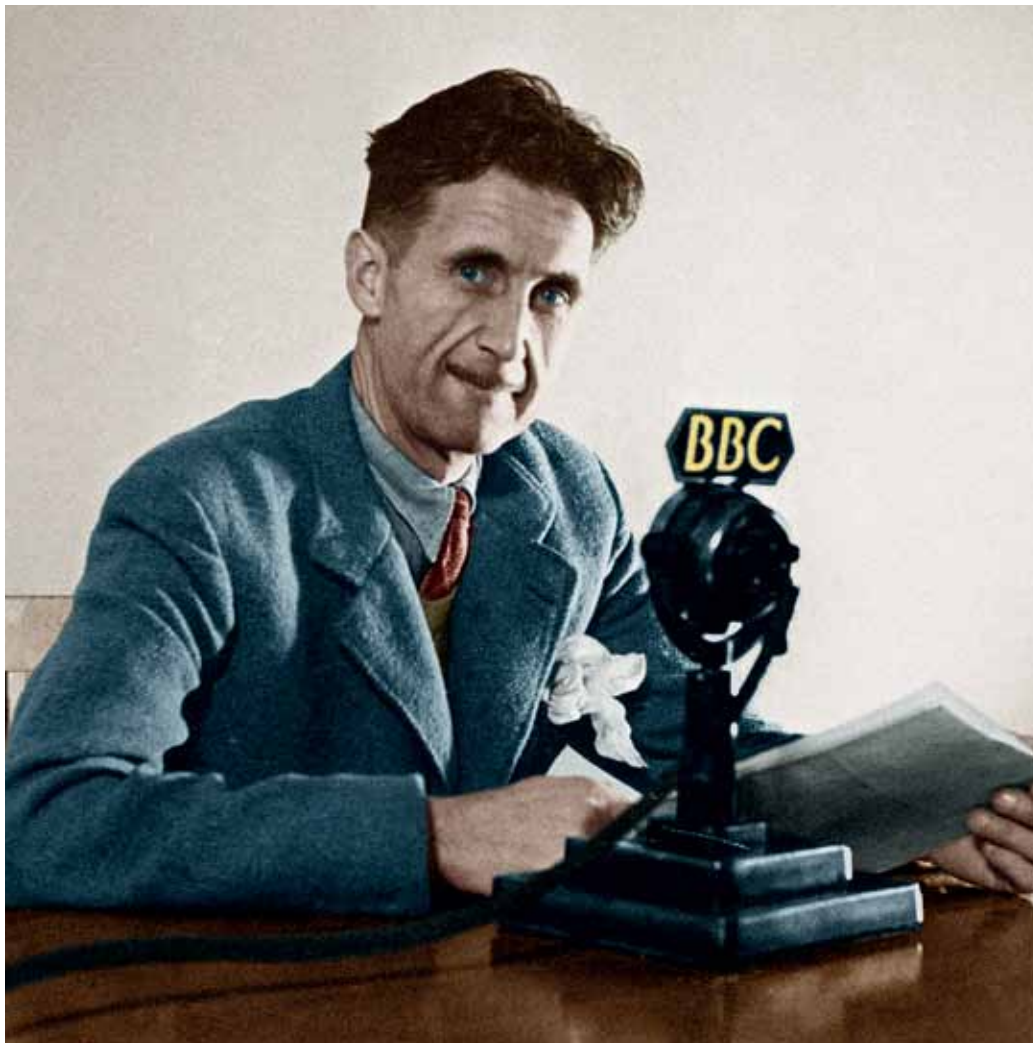
Rauhe Weltmarktwinde

Hinwendung zu den Problemen der Exporteure schweizerischer Güter und Dienstleistungen: im Klartext heisst das in diesem Sektor weniger Marktwirtschaft. Sowenig die Nationalbank im Februar bereit war, das besagte Anlageverbot als zwangswirtschaftliches Element anzuerkennen, so wenig will «Bern» jetzt etwas von Protektionismus wissen. Das ist allerdings eine Frage der Definition. Man kann nicht nur heimische Märkte vor unerwünschten Importen protegieren. Protektion ist auch Stärkung des Exports durch Massnahmen, die nicht vom Markte kommen – Schilde, die vor rauhen Weltmarktwinden zu schützen haben. Dies zuzugeben, heisst noch nicht, man müsse sich gleich verschämt verkriechen. Die Schweiz ist lediglich im Begriff, sich als einer der letzten Staaten auf ein zweifelhaftes Niveau zu begeben, wo sich viele wichtige Konkurrenten schon lange tummeln. Vorteile für die eigenen Firmen, um ihnen Vorteile im Weltmarkt-Gezangel zu verschaffen – das haben uns grosse Nationen längst vorgemacht, und nicht nur das Land der aufgehenden Sonne. Man weiss, dass gerade in diesen Wochen die «Tokio-Runde» im Welthandelsabkommen Gatt sich verzweifelt bemüht, solche Handelsmanipulationen, die mit Zöllen rein gar nichts zu tun haben, aus der Welt zu schaffen. Dass die Schweiz gerade jetzt für gleich lange Spiesse sorgen muss, ist schade. Dass es aus schierer Notwehr geschieht, macht den helvetischen Beitrag zum weltweiten Protektionstrend nur verständlich. Mehr Marktwirtschaft dort, dafür weniger hier: kein Grund, wie gesagt, zum Verkriechen. Aber auch keiner zum Triumph.

Der Beitrag «Pharisäer unter uns» von Wolfgang Winter erschien am 23. August 1978 in der *Weltwoche*.

Totalitär sind immer die anderen

Der britische Schriftsteller George Orwell (1903–1950) beschwor in seinem Roman «1984» den Überwachungsstaat von «Big Brother». Viele behaupten heute, die Vision sei jetzt Wirklichkeit geworden – ein Missverständnis. Von Rolf Hürzeler



«Nationaldenkmal» wie William Shakespeare und Charles Dickens: Orwell, 1943 in London.

Big Brother ist überall. «Der Grosse Bruder ist unfehlbar und allmächtig. Er erfüllt die Funktion einer Sammellinse für Liebe, Furcht und Verehrung ...» Mit diesen Worten beschrieb der britische Schriftsteller George Orwell den «Grossen Bruder» in seinem Roman «1984» im Jahr 1948. Orwell zeichnete das Bild eines apokalyptischen Überwachungsstaats, der das Denken aller Untertanen kontrollierte. Widerspruch war nicht zugelassen, und wer ihn dennoch wagte, musste sich der Umerziehung beugen.

Orwell schrieb diese düstere Vision eines omnipräsenten Unterdrückungsstaats, als Nazi-Deutschland eben erst untergegangen war und sich der Kalte Krieg zusehends erhitzte. Seither gehört «1984» zum Kanon der Weltliteratur, ist Pflichtlektüre an Schulen. Der Begriff «Big Brother» dient heute auch regelmässig als Metapher in kulturpolitischen

Debatten, etwa beim Reality-TV mit angeblich eingeschlossenen Teilnehmern.

Vorstellung von der perfekten Diktatur

Mit der nun bekannten amerikanischen Überwachung der internationalen Datenströme bestimmt Big Brother die Debatte erneut. So hat sich der Begriff im Lauf der Jahre immer mehr von Orwells «1984» entfernt – und gilt heute als Umschreibung der Datenerfassung schlechthin, der rechtmässigen wie der unrechtmässigen. Das führt zu einem Paradox: Orwell ist heute politisch wichtiger als zu seinen Lebzeiten, allerdings nur deshalb, weil er und sein «Big Brother» missverstanden werden. Denn Orwells damalige Vorstellung von der perfekten Diktatur mit einer rigiden Hierarchie ist zusehends vergessen gegangen. Bei Big Brother denkt heute kaum mehr jemand an das Naziregime oder den Stalinismus, wie

das George Orwell in der unmittelbaren Nachkriegszeit getan hat.

Im Jahr 1948 wurde «1984» als eine Weiterentwicklung seines Romans «Animal Farm» verstanden, der kurz zuvor erschienen war. Darin veranschaulichte der Sozialist Orwell die Perversion des frühen Sowjetstaates nach der Revolution. «Der Horror liest sich hier als Komödie. Aber in «1984» betrifft uns der Horror unvermittelt», schrieb das *Times Literary Supplement*, nachdem das Buch erschienen war. Diese Einschätzung ist noch heute zutreffend: Orwell verstand sich nicht als Prophet, er sah vielmehr das «politische Schreiben als eine Kunst», die den Leser packt.

Der Schriftsteller Julian Barnes bringt den politischen George Orwell auf den Punkt: «Er verabscheute das Empire, das freut die Linke. Er verabscheute den Kommunismus, das freut die Rechte.» Barnes ordnet Orwell den Status

Er selbst unterstützte die britischen Schlapphüte just in der Zeit, als «1984» erschien.

eines britischen «Nationaldenkmals» zu wie William Shakespeare und Charles Dickens. Orwell selbst charakterisierte sich politisch laut seinem Biografen Bernard Crick als einen «Tory anarchist». «Seine politischen Ansichten waren links, aber seine Vorurteile sehr konservativ», konstatierte Biograf Crick. Das irritierte vor allem überzeugte Linke. Der marxistische Literaturdozent John Newsinger bewunderte zwar Orwell als Schriftsteller, bedauerte aber: «Orwell hat die Hoffnung auf einen revolutionären Umschwung in absehbarer Zeit aufgegeben und kann sich heute mit einer Labour-Regierung abfinden.»

Orwell war ein kritischer Patriot

Diese Einschätzung von Newsinger war korrekt. Orwell war sogar ein Patriot, wenn auch ein kritischer. Das spürt die angelsächsische Leserschaft bei der Lektüre seines Romans «1984» angesichts der elektronischen Datenüberwachung noch immer. «Grossbritannien fühlte sich der Schreckensvision von George Orwell niemals näher als jetzt», schreibt der *Daily Telegraph* diesen Sommer. Und die amerikanische Website *The Week* registriert, dass der Verkauf von «1984»-Ausgaben im Juni um 3000 Prozent gewachsen sei. Beim Buchhändler Orell Füssli in der Schweiz hat

man allerdings keine markant steigenden Verkaufszahlen registriert.

Die heutige elektronische Datenüberwachung der Geheimdienste zur angeblichen Staatssicherheit als orwellsche Apokalypse? Der Meister hätte wohl milde gelächelt. Er selbst unterstützte die britischen Schlapphüte just in der Zeit, als «1984» erschien. Er musste sich damals im März 1949 in einem englischen Sanatorium wegen seiner Tuberkulose behandeln lassen und erhielt Besuch von seiner Freundin Celia Kirwan, Arthur Koestlers Schwägerin. Sie arbeitete für die antikomunistische Propagandaabteilung des Aussenministeriums und musste eine Truppe von Gewährsleuten zusammenstellen. Kirwan verlangte von Orwell eine Liste von Personen, die wegen angeblicher kommunistischer Sympathien unzuverlässig waren. Orwell lieferte eine Liste mit 38 Namen, darunter waren der

George Orwell

Arthur Blair, so Orwells richtiger Name, kam 1903 als Sohn eines britischen Kolonialbeamten in Britisch-Indien zur Welt. Mit einem Stipendium besuchte er das renommierte Eton College – und ging von dort als Beamter der Indian Imperial Police nach Burma. 1936 heiratete er Eileen O'Shaughnessy, eine hochgebildete Oxford-Absolventin. Das Paar blieb kinderlos, adoptierte jedoch kurz vor Eileens Tod einen Sohn. O'Shaughnessy erlebte Orwells Durchbruch als Schriftsteller nicht mehr; er schaffte ihn mit «Animal Farm» kurz nach dem Krieg. 1947 erkrankte er an einer akuten Tuberkulose und verstarb drei Jahre später. (hii)

Treffen beobachtet. Er tritt als Bohémien im Büro und in der Freizeit auf.» Dann wiederum hiess es beim MI5: «Der hat doch nichts mit der Kommunistischen Partei zu tun; er vertritt zweifellos radikal linke Positionen, ist allerdings meilenweit vom orthodoxen Kommunismus entfernt.» Ein solcher Geheimdienst ist ebenso meilenweit von «1984» entfernt und konnte Orwell kaum als Vorbild für den perfekten Überwachungsstaat im Roman dienen.

Die BBC erkannte indes im Zweiten Weltkrieg – wie später das Aussenministerium – den Wert von Orwell als Propagandisten. Sie liess ihn gerade wegen seiner kritischen Ansichten über den Kolonialismus im Asien dienst ans Mikrofon, um mehr Glaubwürdigkeit bei der indischen Hörerschaft zu gewinnen. Orwell liess sich noch so gerne einspannen, wenn auch mit kritischer Distanz. «Herrgott noch mal, ich weiss doch, dass die mich missbrau-

KSP

Auch ambulant privat versichert.

Wir sind auch die Krankenversicherung der Schweiz, weil Sie nur bei uns ambulante Behandlungen privat versichern können. PRIMEO garantiert Ihnen die freie Wahl Ihres Spezialisten aus unseren Partnerkliniken. 0844 80 81 82 oder www.helsana.ch/primeo-info

Helsana

Die Krankenversicherung der Schweiz.

Neu und nur
bei Helsana.

Schriftsteller J. B. Priestley, die Schauspieler Charlie Chaplin und Michael Redgrave oder Journalisten wie Walter Duranty, Moskau-Korrespondent der *New York Times*.

Auf den ersten Blick erscheint diese Liste des Sozialisten Orwell als kolossaler Verrat. Orwell war jedoch ein zuverlässiger Linker; aber er wurde nach seinen Erfahrungen im Spanischen Bürgerkrieg auch ein radikaler Anti-Stalinist: Als junger Mann unterstützte er 1937 in der trotzkistischen Einheit Partido Obrero de Unificación Marxista die von den rechten Falangisten bedrohte Republik. Die Trotzkisten gerieten bald ins Visier der Stalinisten, wie Orwell in seinen Erinnerungen «Mein Katalonien» beschrieb. Es kam in Barcelona zu einem «Bürgerkrieg im Bürgerkrieg» innerhalb der Linken; Orwell wurde verletzt und musste das Land fluchtartig verlassen. Kein Wunder, dass der Mann nach dem Krieg eine Aversion gegen die Moskau-Treuen hegte, weil er seiner linken

Überzeugung treu blieb. Und dazu gehörte die Weitergabe von Angaben über den politischen Gegner, gerade um die Gefahr einer Diktatur wie im Roman «1984» zu verhindern. Das war Orwells Rache an den Kommunisten, die seinen demokratischen Sozialismus diskreditierten.

«Ich weiss, dass die mich missbrauchen»

Dabei war Orwell im Zweiten Weltkrieg selbst im Visier des englischen Geheimdienstes gewesen. Diese Überprüfung durch den MI5 erinnert aus heutiger Sicht eher an den Dilettantismus der Schweizer Staatsschützer, wie er in der Fichenaffäre der achtziger Jahre publik wurde, als an «1984»: Orwell, beim Asien-Dienst der BBC beschäftigt, erschien 1941 dem Inlandgeheimdienst MI5 zwar zuerst als harmlos: «Nichts Nachteiliges bekannt.» Später war in den Unterlagen des Special Branch die Rede von «kommunistischen Ansichten; verschiedene Zeugen haben ihn an kommunistischen

chen», schrieb er in einem Brief, den der Historiker James Smith von der Universität Durham in seinem soeben erschienenen Buch «British Writers and MI5 Surveillance, 1930–1960» zitiert. Mit andern Worten: Orwells Verhältnis zum britischen Staat war vergleichsweise entspannt, wenn auch distanziert.

Es störte Orwell nicht einmal, dass die Propagandaabteilung des Aussenministeriums im aufziehenden Kalten Krieg seinen Roman «Animal Farm» über die Botschaften im Ausland vertrieb und für Lesefauler sogar eine Cartoon-Version des Buchs zeichnen liess. Das Foreign Office liess zudem «1984» in fünfzehn Sprachen übersetzen, unter anderem auf Hebräisch und Litauisch. Mit andern Worten: Die britischen Beamten fühlten sich von Orwells Vision eines Überwachungsstaats nicht angesprochen – totalitär sind ja immer die andern. Und sehr wahrscheinlich hätte George Orwell diese Einschätzung geteilt. ○

Audienz beim Satan

Für Schriftsteller und Feuilletonisten ist der Suhrkamp-Investor Hans Barlach ein «Wimp», ein «Unhold», ein «Satan». Seine Kritiker beschimpfen den Geschäftsmann als raffgierigen Zerstörer deutscher Kultur. Haben sie Recht? *Von Rico Bandle*



Fühlt sich falsch verstanden: Unternehmer Barlach in seiner Hamburger Villa.

Residiert so ein Teufel? In einer weiss strahlenden Villa in Hamburg, mit einigen schönen Autos auf dem Vorplatz? Die Klingel an dem herrschaftlichen Haus ist mit «Barlach» angeschrieben, ein Angestellter öffnet die Türe, er weist den Weg in den oberen Stock. Der Raum ist geschmackvoll eingerichtet mit viel Kunst: Skulpturen von Hans Barlachs Grossvater Ernst, aber auch grossformatige Gemälde anderer Künstler. Hans Barlach, braungebrannt, die obersten zwei Hemdknöpfe offen, begrüsst mit einem festen Händedruck. «Das kann man gar nicht glauben. Die Heftigkeit, mit der das alles vonstatten geht», sagt er, auf die Anwürfe bezogen, die er in den letzten Monaten und Jahren über sich ergehen lassen musste.

Das ist also der Mann, dem einige der grössten Schriftsteller Deutschlands unterstellen, er wolle aus Profitgier eine der wichtigsten kulturellen Institutionen des Landes zerstören: Suhrkamp, der legendäre Buchverlag, der Grössen wie Max Frisch, Hermann Hesse, Bertolt Brecht eine Heimat bot, einst das Herz des intellektuellen Lebens Deutschlands. Am lautesten brüllte Peter Handke: Barlach sei ein «Abgrundböser», ein «Feind», «voll, prall, aufgeblasen prall des bösen Willens», ein «Satan».

Die Mehrheit der Feuilletonisten stimmte in den Chor ein. Sie stellen Barlach als Heuschrecke dar, die sich an dem Verlag bereichern möchte und dabei dessen Existenz aufs Spiel setzt. Barlach, in der Vergangenheit ein instinktsicherer Geschäftsmann, gibt ein ideales Feindbild für die Kulturleute ab: Er hat nicht studiert, sondern eine Lehre als chemisch-technischer Assistent gemacht, mit Anfang zwanzig verwaltete er erfolgreich den Nachlass seines berühmten Grossvaters, war Galerist, später machte er mit der Sanierung von Zeitungen und Zeitschriften sowie der Entwicklung von Bauprojekten Millionengewinne. Die Fronten sind klar: Auf der einen Seite steht der Geist (gut), auf der anderen das Kapital (böse). Hier Ulla Unseld-Berkéwicz, die Witwe des legendären Verlegers Siegfried Unseld, die via die Unseld-Familienstiftung 61 Prozent des Verlags kontrolliert, dort der Investor Hans Barlach, dem 39 Prozent gehören.

Seit Jahren decken sich beide Seiten mit Klagen ein, im Wochenrhythmus vermelden die Medien eine Neuentwicklung in Deutschlands liebster Feuilleton-Seifenoper. In den vergangenen Wochen erhöhte sich die Kadenz, selbst Fachleute haben bei dem juristischen Hickhack den Überblick verloren.

Zuletzt trieb die Suhrkamp-Geschäftsleitung unter Ulla Berkéwicz den Verlag vorsätzlich in die Insolvenz – mit dem erklärten Ziel, Hans Barlach zu entmachten. Dass eine Unternehmerin vor Gericht mit einem Heer von Anwälten dafür kämpft, dass ihr eigenes Unternehmen als insolvent erklärt wird, ist wohl ein Novum in der Wirtschaftsgeschichte. Ein Berliner Gericht kam dem Insolvenzbegehren nach, was in den meisten Kulturteilen der Zeitungen als «Befreiungsschlag» bejubelt wurde. Letzte Woche wiederum befand ein Frankfurter Gericht, den Gewinnansprüchen der Familienstiftung, die zur gewollten Zahlungsunfähigkeit des Verlags führten, sei rechtswidrig nachgekommen worden. Dass sich zwei Gerichte widersprechen – selbst dies überrascht in dem Konflikt niemanden mehr.

Der Putsch scheiterte

«Wir sind entsetzt», sagt Barlach über das Insolvenzverfahren. Mit «wir» sind seine Anwälte mitgemeint, zum Beispiel der Schweizer Carl Ulrich Mayer, ein Freund Barlachs, der mit seinem Labrador ebenfalls bei dem Gespräch in Hamburg anwesend ist. («Der Hund kommt immer mit, wenn ich länger als ein paar Tage weg bin.») Barlach ist in Kampfeslaune, redet viel, fühlt sich in den Medien falsch dargestellt. «Man sagt mir nach, ich sei ein Streithammel. Das ist Quatsch.» Ans Aufgeben habe er während der sieben Jahre Dauerstreit mit Ulla Berkéwicz nie gedacht, dass er zurzeit monatlich Zehntausende von Euros für Anwälte ausgibt, nimmt er als notwendiges Übel hin.

Wie konnte es so weit kommen? 2006 kauften Hans Barlach und der mittlerweile verstorbene Investmentbanker Claus Grossner dem Schweizer Unternehmer Andreas Reinhart die Medienholding AG Winterthur ab, die 29 Prozent am Suhrkamp-Verlag hielt. Ulla Berkéwicz, deren Familienstiftung 51 Prozent des Verlags gehörten, hatte sich 2003 in die Geschäftsleitung gehievt und Joachim Unseld, Siegfried Unselds Sohn aus erster Ehe, dem 20 Prozent gehörten, brüsk entmachtet. «Die Witwe» war in der Intellektuellenszene nicht gelitten, Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki bezeichnete sie als «eine böse Frau!». Zahlreiche Grossautoren trennten sich ihretwegen vom Verlag, darunter Hans Magnus Enzensberger, Martin Walser, Daniel Kehlmann, später auch Adolf Muschg. Heute wettern zum Teil dieselben Leute gegen Barlach – die Berufsmahner erweisen sich als erstaunlich flexibel, wenn sie in einer Empörungswelle mitschwimmen können.

Barlach tat sich mit Joachim Unseld zusammen, gemeinsam kontrollierten sie 49 Prozent der Aktien. Ihr Ziel: die Macht im Verlag. Der Putsch scheiterte, 2009 hatte Joachim Unseld genug und verkaufte seine Beteiligung je zur Hälfte an Berkéwicz' Familienstiftung und Barlachs Medienholding.

In der Folge sah es kurze Zeit so aus, als komme doch noch eine einvernehmliche Zusammenarbeit zwischen Barlach und Berkéwicz zustande. Er unterstützte ihre Pläne, den Verlagssitz von Frankfurt nach Berlin zu verlegen, und gewährte ihr dafür ein Darlehen. Im Gegenzug liess er sich vertraglich weitreichende Mitspracherechte bei der Führung des Verlags zusichern. Der Friede währte allerdings nicht lange.

Bei einem Blick in die Bücher bemerkte Barlach, dass Berkéwicz einige Räume ihrer privaten Berliner Villa heimlich für 6000 Euro pro Monat dem Verlag vermietete und auf Verlagskosten einen Steinway-Flügel gekauft, die Küche renoviert und Gartenmöbel aus Spanien eingeflogen hatte. Barlach klagte wegen Veruntreuung – und erhielt recht. Das Berliner Landgericht berief Verlagschefin Berkéwicz ab und verpflichtete die Geschäftsführung zu einer Schadenersatzzahlung von 282 500 Euro. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig; mit der künstlich herbeigeführten Insolvenz will sie nun ihre Haut retten.

Berkéwicz' Anwälte haben sich eine trickreiche Strategie ausgedacht: Durch ein neues, in der Schweiz unbekanntes «Schutzschirmverfahren» kann in Deutschland eine insolvente Firma in Eigenverwaltung, also ohne Mitwirkung der Eigentümer, saniert werden. Mit anderen Worten: Der Mehrheitseigner, der die Geschäftsleitung stellt, entscheidet allein, der Minderheitseigner, also Barlach, hat nichts mehr zu sagen.

Für Barlach ist dies ein «klarer Missbrauch» des Schutzschirmverfahrens – eine Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht hat er bereits in die Wege geleitet. «Es geht wahrscheinlich nur darum, dass die Witwe ihren bisher grosszügigen Lebensstil auf Kosten des Verlags halten kann», sagt Barlach. «Dass der Verlag durch die Insolvenz einen riesigen Schaden nimmt, scheint niemanden zu interessieren.» Gewinner sind in erster Linie die Juristen. Barlach kosten die Anwälte zurzeit über 60 000 Euro pro Monat, Suhrkamp gibt keine Auskunft dazu. Bekannt ist allerdings, dass der Verlag mit Gleiss Lutz zusammenarbeitet, einer der grössten und teuersten Anwaltskanzleien Deutschlands. Auf Vorschlag des Verlags wurde Rolf Rattunde als Insolvenzverwalter eingesetzt. Gemäss den gesetzlichen Honorarvorgaben dürfte er an dem Fall gegen eine Million Euro verdienen. Im *Handelsblatt* gibt Rattunde zu, dass der Fall Suhrkamp für ihn ein grandioser Marketingcoup sei: «Das Verfahren um Suhrkamp hat einen grossen Werbeeffekt für das Schutzschirmverfahren. [...] Wenn es uns gelingt, bei einem prominenten Fall wie Suhrkamp zu zeigen, dass eine Insolvenz ein Mittel zur Lösung eines Problems sein kann, wird das auch Auswirkungen auf die Sanierungskultur in Deutschland haben.» Gegenüber der *Welt-*

woche wollte Rattunde keine Stellung nehmen. Barlach ist überzeugt: «Die Anwaltskosten von Seiten des Verlags übersteigen längst alles, was ich je vom Verlag gefordert habe. Das ist nicht nur Geldvernichtung, das ist fanatisch.»

Der Verlag hat zwanzig Dienstwagen

Über die eigentliche Verlagsarbeit spricht Barlach nur positiv. «Suhrkamp hat gute Autoren, der Verlag spürt immer wieder neue Namen auf. Die Lektoren machen eine tadellose Arbeit.» Gegenüber der Verlagsleitung gibt er sich aber unversöhnlich: «Die Geschäftsführung ist unfähig und gehört abgesetzt.» Tatsächlich sieht die Bilanz seit Berkéwicz' Machtübernahme 2003 trist aus: Der Verlag hat bis 2009 immer Verluste geschrieben, zum Teil in Millionenhöhe. 2010 und 2011 war das Ergebnis nur dank dem Verkauf des Archivs und von Liegenschaften positiv.

Die Verluste lassen vor allem deshalb aufhorchen, weil der Verlag eine komfortable Basis hat: Durch die riesige Backlist fliesst jeden Monat automatisch Geld in die Kasse. 55 Prozent der Einnahmen tragen die Bücher alter Autoren ein, Suhrkamp ist dadurch nicht wie andere Verlage von einzelnen Bestsellern abhängig. Zudem ist das Unternehmen frei von Bankschulden. Doch der Verlag mit rund 45 Millionen Euro Umsatz leistet sich den Luxus von drei Geschäftsführern, sieben Geschäftsführungsassistenten, sieben Mitarbeitern in der Kommunikation und so fort. Der verlagseigene Fuhrpark umfasst zwanzig Fahrzeuge, ein Mitarbeiter übernimmt auch Chauffeurdienste für leitende Angestellte. «Suhrkamp macht pro Mitarbeiter etwa 240 000 Euro Umsatz, vergleichbare Verlage 500 000», rechnet Barlach vor. «Das kann nicht so weitergehen.»

Ist sein Ziel also doch, das Unternehmen herunterzusparen, um es dann teuer weiterzuverkaufen? «Nein. Ich will mich langfristig engagieren. Aber selbst wenn dem so wäre: Was ist verwerflich daran, einen Verlag zukunftsfähig zu machen?»

Eine gewisse Klagefreude ist ihm nicht abzusprechen – auch in der Schweiz steht er wegen eines Streits mit Andreas Reinhart bald vor Bundesgericht –, dass er bisher fast immer recht erhalten hat, spricht aber für ihn. Gefällt er sich eigentlich in der Rolle des Satans? «So böse möchte man nicht dargestellt werden, so verständnislos auch nicht. Es ist eine gezielte Verleumdung. Spurlos geht das an einem nicht vorbei.» Längst kämpft er nicht mehr nur um den Verlag, sondern auch um seine Ehre. Er könnte mittlerweile wohl sogar damit leben, bei dem Investment einen Verlust einzufahren. Nicht aber, den Machtkampf mit Ulla Berkéwicz zu verlieren. Er wird nicht ruhen, bis sie als Geschäftsleiterin abtritt. Und er ist sich auch sicher, dass dies bald der Fall sein wird: «Sie weiss es zwar noch nicht, doch ihre Ära ist zu Ende, egal, was nun passiert.» ○



Zorn der Eroberten: Mursi-Anhänger.

Das Erfolgsrezept der Muslimbrüder

Seit der Gründung ihrer Bewegung im Jahr 1928 werden die Muslimbrüder angefeindet und vom Staat verfolgt. Ihr Rückhalt in der Bevölkerung ist aber nach wie vor ungebrochen. Die Gründe, warum die Organisation auch die aktuelle Krise überstehen wird. *Von Pierre Heumann*

Am 5. Mai 1798 stach der 29-jährige General Bonaparte in See, um sich den rund 55 000 Soldaten anzuschließen, die bereits unterwegs nach Ägypten waren. Seine Streitmacht, mit der er das Land am Nil erobern wollte, bestand aus mehreren hundert Transportschiffen und Fregatten, 1000 Feldartilleriegeschützen sowie 700 Pferden. Als Napoleon in den Städten Alexandrien und Kairo einmarschierte, war es für die Muslime die erste Begegnung mit dem modernen Europa. Es war ein Schock, der bis heute für Hass sorgt und Gewalt auslöst.

Im Schlepptau hatte der General aus Frankreich grosse Kontingente von Wissenschaftlern, Philosophen, Künstlern, Musikern, Astronomen, Architekten, Zoologen, Ingenieuren, Druckern. Sie würden im unterentwickelten Osten Zeugnis von den Leistungen der französischen Aufklärung ablegen, hoffte Napoleon, und den Zorn der Eroberten beschwichtigen. Doch er täuschte sich.

Die Frommen wollten nichts von den Errungenschaften aus Europa wissen. Sie befürchteten, in die Abhängigkeit des Westens zu geraten. Der ausschweifende Lebenswandel der Franzosen war ihnen zuwider. Viele Muslime sahen die Unterjochung durch einen Christen aus dem Westen als Katastrophe. Die seit Jahrhunderten etablierte kosmische Ordnung des Islam, klagten viele, sei durch Napoleon zer-

stört worden. Der ägyptische Gelehrte Abd al-Rahman al-Jabarti fasste die Gefühle seiner Landsleute gegenüber den neuen Machthabern aus Europa mit den Worten «Elend, Unglück, Leichen, Verfolgungen, Terror, Revolution, Unordnung, Zerstörung» zusammen. Es sei, befürchtete Jabarti, «der Beginn einer Reihe von verhängnisvollen Ereignissen». Er täuschte sich nicht.

Aufbruch in der Sinnkrise

Als rund hundert Jahre später Hassan al-Banna, der spätere Gründer der Muslimbrüder, auf die Welt kam, war Ägypten weiterhin unter fremdem Joch. Die Briten hatten die Franzosen als Besatzer abgelöst. Die Präsenz der Kolonialisten in der muslimischen Welt führte ähnlich wie schon zu Napoleons Zeiten zu kulturellen und politischen Spannungen. Zum geradezu traumatischen Ereignis wurde für Muslime schliesslich die Abschaffung des Kalifats im Jahre 1924 durch Atatürk. Das bedeutete das Ende des weltlich-religiösen Herrschers in der muslimischen Welt. Die Welt des Islam sah sich nicht nur unter Beschuss christlicher Eroberer. Sie war in ihren Grundfesten erschüttert.

In dieser Sinnkrise gründete der Volksschullehrer al-Banna, gerade erst 22 Jahre alt, die Bewegung, die heute die grösste, aktivste und (zumindest bis vor kurzem) erfolgreichste Or-

ganisation im arabischen Raum ist: die Muslimbrüder. Ihr Ziel: ein islamischer Staat.

Oft sah man den jungen al-Banna predigend in einfachen Kaffeehäusern seiner Stadt Ismailia am Suezkanal, wo aufgrund der Präsenz der britischen Soldaten und Siedler der kulturelle Einfluss des Westens besonders manifest war. Er kritisierte das Schweigen muslimischer Würdenträger und des politischen Establishments und deren Unfähigkeit, der vom Westen ausgehenden Säkularisierungswelle und dem Materialismus etwas entgegenzusetzen.

Al-Banna wollte den Islam wieder ins Zentrum der Welt rücken. Es liege nicht in der Natur des Islam, dominiert zu werden, sondern zu dominieren, schrieb er in einem Brief an seine Anhänger. Er strebte nicht weniger als die «islamische Umerziehung der Gesellschaft» und die «Stärkung der Solidarität unter Muslimen» an. Allahs Souveränität über die Welt müsse wiederhergestellt und die ganze Menschheit in die Lehren des Islam eingeführt werden, schwärmte al-Banna.

Der 1928 gegründeten Bruderschaft liefen dank al-Bannas Popularität rasch Mitglieder zu. Sie fühlten sich von der Kombination seiner sozialen, politischen und religiösen Qualitäten angezogen. Al-Banna sorgte dafür, dass jede neue Filiale eine Moschee, Schulen und einen Sportklub anbieten konnte. Später

kamen Spitäler, Kindergärten und Suppenküchen hinzu. Die Bewegung übernahm soziale Verantwortung – und hat an diesem Prinzip bis heute festgehalten.

Al-Banna schlug anfänglich moderate Töne an. Muslime dürften sich zwar nicht vom Westen von dessen dekadenten Moralvorstellungen anstecken lassen, warnte der Mann, der inzwischen aus der Provinz in die Hauptstadt übersiedelt war. Es spreche aber nichts dagegen, die Errungenschaften europäischer Ingenieure zu übernehmen. Anders als die meisten Antikolonialisten unterschied al-Banna zwischen den europäischen Mächten, die keine fremden Länder besetzen, und den Briten, gegen die der Heilige Krieg gerechtfertigt sei. Keinen Widerspruch sah al-Banna darin, die einstige Ausdehnung des Islam als Segen Allahs zu loben, den westlichen Kolonialismus aber zu verurteilen.

Die Briten hatten in den dreissiger Jahren nicht nur seine Heimat, sondern auch Palästina, das britische Protektorat, besetzt. Bei Ausbruch des israelisch-arabischen Krieges machten sich Muslimbrüder – unter ihnen auch Jassir Arafat – auf nach Palästina und kamen dort an, bevor die regulären Armeen eingetroffen waren.

Der Beitrag der Bruderschaft im Krieg fiel letzten Endes bescheiden aus. Den in seiner Klarheit demoralisierenden Sieg des jungen israelischen Staates konnte sie nicht verhindern. Aber ihr Kalkül ging auf: Nach dem Engagement für Palästina und gegen Israel strömten der Organisation mehr Anhänger zu als je zuvor. Bereits 1936 bis 1941, als die erste Kampagne gegen die Briten und die Zionisten stattfand, hatten die Muslimbrüder die Zahl der Zweigniederlassungen in Ägypten mehr als verdreifacht.

Machte der Erfolg seiner Organisation al-Banna übermütig? Hatte ihm die Popularität so den Kopf verdreht, dass er sein Prinzip einer Islamisierung der Gesellschaft ohne Gewalt aufgab? Sicher ist, dass al-Banna, der ursprünglich einer Islamisierung von unten das Wort geredet hatte, in den 1940er Jahren plötzlich der Idee einer islamischen Regierung zugeneigt war. Er gab damit dem Drängen von vor allem jüngeren Mitgliedern nach, die eine Strategie der Gewalt befürworteten.

Al-Banna liess beide Strategien zu. Die Bewegung sei noch nicht reif, um das Islamisierungsprojekt durch eine Revolution zu erzwingen, warnte er einerseits. Doch andererseits gab er grünes Licht für die Gründung eines militärischen Flügels, der gegen die Briten und die Feinde des Islam kämpfen sollte. Damit bot er Hand zur Schaffung einer neuen Terrororganisation, die sich der Kontrolle durch das Hauptquartier weitgehend entzog.

Die Muslimbrüder machten fortan Schlagzeilen: Sie verübten Anschläge nicht nur auf britische Soldaten, sondern auch auf ägyptische Polizeiposten, Richter, Regierungsvertre-



«Umerziehung der Gesellschaft»: al-Banna.



Schauprozess nach dem Attentat: Qutb, 1966.

ter und die immer kleiner werdende jüdische Gemeinschaft im Land. Als die Palästina-Soldaten von ihrem Einsatz zurückkamen, sollen sie sogar einen Marsch auf Kairo und einen Putsch geplant haben, um sowohl die Regierung als auch König Faruk zu stürzen. Ihnen schwebte eine theokratische Diktatur vor.

Hinrichtungen unter Nasser

Die Regierung reagierte rasch und erklärte die Bruderschaft zum Staatsfeind. Sie wurde entwaffnet, ihre Verbände wurden aufgelöst, das Vermögen beschlagnahmt und viele ihrer Mitglieder wurden festgenommen. Doch die Lage eskalierte. Ein Mitglied der Muslimbrüder erschoss den Premierminister. Dass al-Banna sich vom Attentat distanzierte, half ihm nichts. Wenig später wurde der Gründer der Muslimbrüder durch eine Kugel hingestreckt. Die Umstände des Anschlags blieben ungeklärt.

Offiziell löste die Regierung al-Bannas Bewegung 1948 auf. Doch auslöschen liess sich die Bruderschaft nicht. Von den damals achtzehn Millionen Einwohnern war immerhin eine Million bei den Muslimbrüdern aktiv.

Die Bewegung widerstand den Angriffen der Staatsgewalt, weil sie in kleinen, familiären Zellen organisiert war, die aus jeweils fünf Mitgliedern bestanden. Diese raffinierte, im Prinzip bis

heute gültige Organisationsform machte es praktisch unmöglich, die einzelnen Mitglieder aufzuspüren oder die Bewegung gar auszurotten. Zudem sorgte die geheime paramilitärische Spezialorganisation dafür, dass die Bruderschaft alle Attacken überlebt hat. Der militärische Arm war eine starke und unkontrollierbare Instanz innerhalb der Bewegung.

Die Muslimbrüder mussten viele Schläge einstecken. Nasser hob nach seiner Machtübernahme zwar zunächst das Verbot der Muslimbrüder auf, weil sie seine Revolte gegen den König unterstützt hatten. Die Brüder hofften, sich am Aufbau des neuen Ägypten zu beteiligen und dabei islamisches Recht zur Verfassung erklären zu können. Doch nach heftigen Diskussionen verzichteten sie freiwillig auf den Eintritt in die Regierung. Sie befürchteten, als Teil der Macht ihre Popularität im Volk zu verlieren.

Der Frieden hielt nicht lange. Nach einem Attentatsversuch auf Nasser liess dieser Muslimbrüder massenweise hinrichten; Tausende wurden inhaftiert, viele wichen ins Exil aus. 1964 kam es zu einem Schauprozess gegen den Chef der Muslimbrüder, Sayyid Qutb, der zum Tod verurteilt wurde. Die systematische Unterdrückung der Muslimbrüder dauerte (mit kurzem Unterbruch) bis zu Nassers Tod 1970.

Unter Anwar Sadat war die Beziehung zwischen der Bruderschaft und dem Regime relativ entspannt. Doch nachdem zwei Islamisten Sadat während einer Militärparade erschossen hatten, war es mit der Ruhe vorbei. Sadats Nachfolger, Hosni Mubarak, liess sie verfolgen und einsperren.

Trotzdem gelang es der Bewegung, die Hilfe an die Armen auszubauen. So kümmerten sich die Brüder in den 1990er Jahren um junge Menschen, die trotz bester Ausbildung keinen Job fanden. Selbstlos taten sie das freilich nicht: Voraussetzung war, dass die Arbeitslosen bei den Muslimbrüdern als Mitglied eingeschrieben waren.

Unterdrückung hin oder her: Die Muslimbrüder liessen sich nicht unterkriegen. Nach dem Sturz Mubaraks erhielten sie bei den Parlamentswahlen vierzig Prozent der Parlamentssitze, und Mitte 2012 gelang es ihnen, mit Mohammed Mursi die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen.

Mursi, der Anfang Juli gestürzt wurde, scheiterte gerade deshalb, weil seine Bewegung in all den Jahren so erfolgreich und populär gewesen war. Die Bruderschaft war mit der Aufgabe überfordert, für eine ganze Nation zu sorgen, da sie darin schlicht keine Erfahrung hat. Die Bewegung zahlt jetzt den Preis dafür. Auch nach den harten Schlägen, die sie in den vergangenen Wochen hat hinnehmen müssen, wird sie sich nicht auflösen – das zumindest zeigt die Geschichte der Bruderschaft. Auch wenn sie in den Untergrund abtaucht: Irgendwann wird sie Ägypten wieder zurückholen. ○

Wunderkind soll Amerikaner erziehen

Sie ist blitzgescheit und galt einst als Amerikas künftiger Geigenstar. Nun soll Maya Shankar, 27, US-Bürgerin im Namen der Regierung zu besseren Menschen machen – und Geld sparen. Den Schlüssel zum Erfolg sieht sie in der Verhaltensforschung. Kritiker wittern Bevormundung durch den Staat. *Von Urs Gehriger*



Bloss ein kleiner «Stupsers»: Beraterin Shankar.

In der Kaskade von Geheimdienst-Enthüllungen stossen Nachrichten über die Durchleuchtung von Bürgern auf gezügelte Begeisterung. Hat Barack Obama deshalb seinem neusten Programm zur Vermessung der Bürgerseele ein sanftes Gesicht verliehen? Maya Shankar, Yale-Absolventin, Oxford-Doktorin und musikalisches Multitalent mit berstendem IQ-Kapital, strahlt mit zu Enthusiasmus ansteckendem Lachen. Die 27-Jährige ist der jüngste Stern, der am Firmament des Teams Obama aufsteigt. Ihre Mission: Amerikaner durch «subtile» Anreize auf den Weg der Tugend zu stupsen.

Seit vier Monaten bastelt Shankar als «Senior Advisor» im Büro für Wissenschaft und Technologiestrategie an ihrem Team, das noch keinen Namen hat. Jetzt wurde sie vom Medienradar erfasst. Ein Brief, in dem Shankar einen Professor um die Vermittlung von Fachkräften ersucht, wurde Fox News zugespielt. «Wir arbeiten bereits mit mehr als einem Dutzend Departementen [der US-Regierung, d. Red.] an neu designten Verhaltensforschungsprojekten», steht in dem Brief. Die Idee bestehe darin, mit verschiedenen Techniken zu «experimentieren», mit dem Ziel, das Verhalten der Bürger zu trimmen, damit sie alles täten, was ihnen und der Gesellschaft nutze – von der persönlichen Altersvorsorge über Umweltschutz bis zur fristgerechten Einzahlung der Steuern. Ganz nebenbei sollen mit dem Projekt Milliarden eingespart werden.



Vermessung der Bürgerseele: Präsident Obama.

Kritiker wännen eine neue Volte in Obamas Bevormundungsstaat. Richard Thaler, Professor an der University of Chicago, hält dagegen: «Wer ein solches Programm nicht will, muss entweder schlecht informiert oder töricht sein.» Die apodiktische Haltung Thalers erstaunt wenig. Zusammen mit seinem Chicagoer Professorenskollegen Cass Sunstein hat er 2008 das Grundlagenwerk für die neue Beeinflussungspolitik Obamas geschrieben: «Nudge: Improving Decisions About Health, Wealth, and Happiness» (auf Deutsch im Ullstein-Taschenbuchverlag unter dem Titel «Nudge: Wie man kluge Entscheidungen anstösst» erhältlich).

Ein *nudge* (deutsch: Stupsers) ist für Sunstein und Thaler das Gegenteil eines Befehls oder Verbots. Gerade darum habe er die Kraft, das Verhalten von Menschen tatsächlich zu beeinflussen. *Nudges* hätten sich beispielsweise in Pissuirs bewährt. Werde in Urinalen ein Abbild einer Fliege angebracht, lande 80 Prozent weniger Urin auf dem Boden, da die Männer beim Pinkeln auf die Fliege zielten. Oder, um ein erbaulicheres Exempel zu nennen: Werde in einem Kantinenbuffet Obst in Griffnähe präsentiert, Süssgebäck dagegen weiter entfernt, würden die Konsumenten öfter zur Vitamin- statt Kalorienbombe greifen.

Thaler und Sunstein bezeichnen ihr Vorgehen als «libertären Paternalismus». Sie propagieren damit einen Mittelweg zwischen zwei älteren, in ihren Augen gescheiterten Modellen: dem auf

Ideen von John M. Keynes beruhenden bürokratischen Paternalismus einerseits und dem ungezügelt Liberalismus andererseits, der darauf baut, dass die Menschen über den Marktmechanismus alles selbst regeln.

Die «Chicago-Gang»

Nudge basiert auf den Erkenntnissen der Verhaltensökonomie, die im Gegensatz zur klassischen Ökonomie die Irrationalität von Menschen als gegeben annimmt. Eine kontextfreie Wahl gebe es nicht, so die Autoren. Die Umstände einer Entscheidung könne man daher entweder dem Zufall überlassen – oder aber man gestalte sie ganz bewusst und führe gewünschte Verhaltensweisen herbei. Damit werde die freie Entscheidung der Menschen nicht eingeschränkt, beteuern Thaler und Sunstein. Ihr Verhalten werde durch kleine «Stupsers» bloss in die richtige Richtung gelenkt.

Das stimmt skeptisch. Wer bestimmt, welche Entscheidungen im Interesse der Gesellschaft sind, wohin gestupst werden soll? Haben die Entscheidungsarchitekten in der Regierung tatsächlich mehr Ahnung davon, was sinnvoll und notwendig ist? Wissen sie, wie man menschliches Glück maximiert? Wissen sie überhaupt, was Wohlbefinden ausmacht? Und handeln sie dabei auch noch uneigennützig? Dies sind relevante Fragen. Ausführliche Antworten bleiben die Autoren schuldig.

Dies hinderte Obama nicht, gleich nach Amtsantritt 2009 Co-Autor Cass Sunstein zu seinem Informations- und Regulationszaren zu machen. Was wenig erstaunt, ist Obamas Studienfreund Sunstein doch Mitglied der berühmten «Chicago-Gang», einer Seilschaft von Kumpeln aus der Heimatstadt des Präsidenten, die in seinem Kielwasser in Washington Einzug hielt. (Wie stark die inzestuöse Personalpolitik noch heute spielt, unterstreicht das Beispiel von Sunsteins Ehefrau Samantha Power, die seit Anfang August als Amerikas Uno-Botschafterin amtiert.)

Sunsteins Bemühungen als «Chief of the White House Office of Information and Regulatory Affairs» hatten allerdings wenig Erfolg. Zahlreiche gesetzliche Bestimmungen wurden vor den letzten Präsidentschaftswahlen auf Eis gelegt. Das vergiftete politische Klima in Washington habe seine Versuche, die Politik effizienter zu organisieren, verhindert, erklärte Sunstein, bevor er letztes Jahr demissionierte.

Elan, Biss und Willen

Nun soll es Maya Shankar richten. Trotz ihres jugendlichen Alters versprüht der Spross indischer Einwanderer Elan, Biss und Willen. Mit zehn Jahren galt sie als musikalisches Wunderkind. «Jetzt sind die Vereinigten Staaten ihr Instrument», höhnte die *New York Post*. «Macht euch dafür bereit, von ihr gefiedelt zu werden.» Damit spielte das Revolverblatt auf Shankars grösstes Talent und ihre grösste Tragödie an.

Shankar lernte sehr früh Geige spielen. Mit zwölf hatte sie ihren ersten TV-Auftritt. Itzhak Perlman, einer der brilliantesten Violinvirtuosen des letzten Jahrhunderts, nahm sich ihrer an. Doch mit fünfzehn, kurz vor dem Durchbruch in die Elite, kündete sich Unheil an. Sie übte gerade ein Paganini-Capriccio, als sie plötzlich einen Plopp hörte und einen brennenden Schmerz in ihrem Handgelenk verspürte. «Der Schmerz verging nicht», erinnert sie sich in einem Interview mit National Public Radio. «Schliesslich sagten sie mir, es sei alles aus.» Shankar folgte dem Rat der Experten, die ihr mit sanften, aber entschiedenen Worten rieten, zugunsten ihrer Gesundheit mit dem Geigenspiel für immer aufzuhören.

«Ich musste mich neu erfinden», sagt sie. Gefunden hat Shankar ihre neue Passion für die Kognitionswissenschaft, die Erforschung von geistigen Prozessen. Sie schloss ihre Studien summa cum laude ab. Dies nicht irgendwo, sondern an der renommierten Yale-Universität, wo sie die Zeitschrift *Five* herausgab, die von der linken George-Soros-Stiftung finanziert wurde. «Ich war früher einmal in Indien gewesen und hatte die Armut gesehen, aber erst das pulsierende Aktivistenleben auf dem Campus von Yale hat mich zum Handeln bewegt», beschrieb Shankar ihr soziales Erweckungserlebnis.

Wie einst das Geigenspiel praktizierte sie ihre neue Passion offenbar mit eiserner Disziplin. Die Zeitung *USA Today* nannte Shankar einen «rastlosen Champion der sozialen Ge-

rechtigkeit, lokal und global». Kaum erstaunlich, dass Shankars Biografie den ehemaligen Sozialarbeiter Obama beeindruckt hat. Kurz nach ihrer Dissertation im englischen Oxford ereilte sie der Ruf aus dem Weissen Haus.

Aus Grossbritannien nimmt Shankar neben ihrem Doktorat auch Anschauungsunterricht für ihren neuen Job nach Hause. Premierminister David Cameron hat 2010 das Behavioural Insights Team (BIT) ins Leben gerufen, das diverse gesetzgeberische Massnahmen bestimmt und getestet hat, die den Menschen bei geringeren Kosten helfen, ihre Ziele zu erreichen. Als besonders erfolgreich soll sich dabei erwiesen haben, die Bevölkerung zum Energiesparen anzuspornen. Der Trick liege beispielsweise darin, Bürgern bei der Entrümpelung von Dachböden zu helfen – und das bei voller Kostenübernahme. Denn man hatte herausgefunden, dass die Bürde, den Estrich aufzuräumen, einer der entscheidenden Hinderungsgründe für die Installation einer soliden Wärmeisolation war. Dieses Angebot habe zu einer Verfünffachung der Isolierungen von britischen Dachböden geführt.

David Halpern, Direktor der britischen «Nudge Unit», geht davon aus, dass mit ähnlichen Anreizen in den nächsten Jahren «Milliarden» eingespart werden können. Im Mai verkündete Kabinettsminister Francis Maude gar, die Regierung werde demnächst einen Sponsor suchen und das gesamte Projekt privatisieren.

In den USA hingegen gibt es keine Anzeichen dafür, dass Obamas neue «Erziehungstruppe» je etwas anderes als ein Regierungsprojekt werden wird. Ausserdem ventiliert der Becher-Streit, der jüngst in New York tobte, keine Zuversicht. Im Dezember hatte Bürgermeister Bloomberg angekündigt, ein Verbot für XXL-Softdrink-Becher zu erlassen, die mehr als sechzehn Unzen fassen, knapp einen halben Liter. Die Massnahme wurde als Paradebeispiel von *nudge*-Paternalismus gepriesen, welcher die Konsumenten davon abhalten sollte, sich fett zu brausen. Vor wenigen Tagen jedoch erlitt der volkspädagogische Versuch eine Totalniederlage. Ein Berufungsgericht entschied, die Gesundheitsbehörde habe den Bürgern nicht vorzuschreiben, wie viel Zuckerwasser sie konsumieren dürfen.

Nun wäre es vermessen, aufgrund der verlorenen Brause-Schlacht in New York die Amerikaner als komplett erziehungsresistent abzuschreiben. Man darf erwarten, dass Maya Shankar, das feinfühliges Wunderkind aus Connecticut, mit mehr Subtilität und Verve ans Werk gehen wird als der hemdsärmelige Mayor aus New York.

Auf der Suche nach der neuen Hillary Clinton, Condoleezza Rice oder Oprah Winfrey wählte das *Glamour*-Magazin 2006 Shankar in die «Top Ten College Women». Nach ihrem Karriereziel gefragt, erklärte sie damals ambitiös: «Mein grösster Traum ist es, wissenschaftliche Beraterin des Präsidenten zu werden.» Dass sie tatsächlich auf dem hohen

Posten angekommen ist, sieht sie nicht als Laune des Schicksals, sondern als Triumph des Willens. «Von Kindsbeinen an lernte ich, dass man Ziele leidenschaftlich verfolgen muss.»

Nudge führt zu Fehlleistungen

Dennoch: Dass Shankar in ihrer neuen Aufgabe als Volkserzieherin reüssieren wird, ist unwahrscheinlich, denn eine wundersame Wendung in ihrer Biografie zeigt, zu welch fatalen Fehlleistungen die vermeintlich gutgemeinte *nudge*-Taktik führen kann: Vor vier Jahren erhielt Shankar einen Anruf aus Südafrika. Ob sie nicht mit Joshua Bell, Amerikas neuem Geigenstar, ein Bach-Duett einspielen könne? «Die müssen die falsche Maya gewählt haben», dachte sie bei sich, «diese Maya spielt nicht mehr.»

In einem «Anflug von Optimismus» habe sie dennoch zugesagt. Zum ersten Mal nach acht Jahren holte sie die Geige aus dem Kasten. Nicht nur fühlte sich ihr Gelenk besser an, auch das Spiel ging ihr natürlich von der Hand. Nach fünfzehn Minuten Üben pro Tag war sie bereit für den Auftritt – es sollte der Auftritt ihres Lebens werden. «Es war eine Wiedergeburt», sagt sie. «Ich habe nie ein so grosses Glücksgefühl erlebt wie damals.» Hätte sie nicht endlich die Experten ignoriert, die sie sanft, aber eindringlich dazu «gestupst» hatten, das Geigenspiel bleiben zu lassen, wäre die Quelle ihrer grössten Passion für immer versiegt geblieben. ○

Schweizerzeit

Das Wort zur Woche:

Wüste

Regierungen, die ihren Bürgern Steuerwüsten verordnen, gehören in die Wüste geschickt.

«Schweizerzeit» – damit das gesagt wird, was nicht ungesagt bleiben darf.

Gratis-Probenummern:
«Schweizerzeit»

Postfach 23, 8416 Flaach

Tel. 052-301 31 00

Fax 052-301 31 03

abonnement@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Die blanke Gier

Was treibt reiche Kinder zu Koks, Diebstählen und teilnahmslosem Sex? Der Roman einer jungen Schweizerin und ein Hollywood-Film suchen Antworten. *Von Beatrice Schlag*



Vorstellung eines aufregenden Lebens: Szene aus «The Bling Ring».

Die 23-jährige Schweizerin Linda Solanki gehört zu den seltenen Glückspilzen, deren erstes Buch auf Anhieb einen Verleger fand. Das mag daran liegen, dass der Erstlingsroman der jungen Zürcherin ein ewiges Boulevard-Thema aufgreift: Wie amüsieren sich eigentlich die Reichen? Genauer gesagt: die jungen Reichen von Zürichs Goldküste.

Der Roman mit dem wenig rasanten Titel «Dem See entlang Richtung verlorene Jugend» beschreibt die zugehörten Nächte und verkaterten Tage einer Viererclique: Gian, Laura und Leo schmeissen mit Geld um sich und sind Stammgäste in den VIP-Zonen sämtlicher angesagter Klubs. Micha gelingt es, als Vierte in die Clique aufgenommen zu werden, obwohl sie nicht aus reichem Haus kommt und bei H&M einkauft. Oder, wie Laura sagt: «Man konnte nicht zu uns gehören. Ausser man war dazu geboren – nicht im Stadtpital, sondern in der Privatklinik, eingewickelt in

St. Galler Spitze.» Zu ihrem Verdruss finden Gian und Leo die junge Frau heiss, die in Lauras Augen aussieht «wie ein Bauerntempel mit verschnittenen Haaren».

Abwechselnd kommen in den 22 Kapiteln des Buches die einzelnen Protagonisten zu Wort. In Ichform berichten sie von Shopping-Trips, ihren Partys mit Alkohol- und Drogenkonsum und ihrem gelegentlichen Seelenschmetter, den sie mit zusätzlichem Alkohol und neuen Drogen sofort wieder wegdrücken. Sie erzählen von Sex-Erlebnissen untereinander, mit anderen Partygästen und mit Prostituierten und klingen dabei so, als hätten sie es genauso gut lassen können. Es wird viel erbrochen in dem Buch, abwechselnd aus Übelkeit oder Magersucht. Micha lässt sich das Highlife eine Weile von den andern finanzieren und arbeitet schliesslich als Escortgirl, um nicht immer abseitsstehen zu müssen, wenn Laura sich wahllos Designerklamotten im Dutzend kauft.

Man liest und wird immer ratloser. Zwischen den vier Party-, Konsum- und Drogensüchtigen gibt es kaum Emotionen und noch weniger Gespräche, gemeinsam ist ihnen nur, dass sie auf keinen Fall allein sein können. Erkenntnisse drängen sich keine auf oder vielleicht einzig die, dass ein hemmungsloses Herumhängen in VIP-Rooms auf Papas Kosten offenbar so süchtig macht wie Koks und Whisky. Praktisch jeder Versuch von Laura, Micha, Gian und Leo, über ihr Leben nachzudenken, scheitert daran, dass sie sich an die meisten ihrer nächtlichen Ausschweifungen nur noch neblig erinnern. Autorin Solanki sagt, sie sei keines der beschriebenen Girls, habe aber die Goldküsten-Kids während ihrer eigenen Partyjahre in Zürich sehr intensiv kennengelernt: «So viel Megakrasses habe ich sonst nicht in meinem Leben erlebt.»

Schön, resolut, stilsicher

Noch verwirrender als die reichen Kinder vom Zürichberg zelebrieren die Hauptdarsteller in Sofia Coppolas Film «The Bling Ring» ihre Vorstellung eines aufregenden Lebens. «The Bling Ring», die Protz-Clique, ist keine Erfindung der Regisseurin und Drehbuchautorin, sondern die sehr faktennah erzählte Geschichte einer Bande jugendlicher Diebe in Los Angeles, die zwischen Oktober 2008 und August 2009 unzählige Einbrüche in die Villen Prominenter verübten. Es waren nicht irgendwelche zufällig gewählte Prominente, sondern die Stil Vorbilder der Clique: Paris Hilton, Lindsay Lohan, Megan Fox, Victoria's-Secret-Model Miranda Kerr, Soap-Star Rachel Bilson und Reality-TV-Star Audrina Patridge.

Wie Solanki Figuren stammen auch die Mitglieder der «Bling»-Bande mehrheitlich aus wohlhabenden bis sehr reichen Familien. Sie trinken, koksen und treiben sich vorwiegend in den Klubs von Los Angeles herum, die laut Klatschportalen wie TMZ bei Celebrities gerade beliebt sind. Bis die modebesessene Rachel Lee, Studentin koreanischer Abstammung, genug davon hat, die teuren Klamotten, Handtaschen und Louboutin-Schuhe nur an Prominenten zu bestaunen. Sie will sie selber tragen und schlägt ihrem neuen Schulkollegen Nick Prugo vor, doch einmal in Paris Hiltons Villa shoppen zu gehen; Nick war schon als Kind mit Pillen gegen seine Konzentrationsstörungen gefüttert worden und flog vor kurzem aus seiner vornehmen Schule, weil er zu oft nicht im Unterricht erschienen war. Rachel war die erste Mitschülerin, die ihn in der neuen Schule

angesprochen hatte. Sie war alles, was er nicht war: schön, resolut, stilsicher, cool. Er bewunderte sie grenzenlos. Und er wollte irgendwo dazugehören. Rachel schleppte ihn zu ihren Promi-Watching-Touren in die Klubs mit und stellte ihm ihre Clique vor: die unverfrorene Alexis Neiers und ihre Adoptivschwester Tess Taylor, ihre alte Schulfreundin Courtney Ames und die wegen Diebstahls vorbestrafte Diana Tamayo.

Hausschlüssel unter dem Türvorleger

Dass Eigentum auch in Rachels Augen ein fließender Begriff war, entdeckte er, als sie zusammen bei einer Prominentenparty in einer Privatvilla vorfuhr. Routiniert checkte Rachel die Luxuswagen der Gäste nach unverschlossenen Türen ab und machte reiche Beute: Handtaschen, Bargeld, Laptops. Und kein einziger Parkwächter in Sicht. Der ängstliche Nick war fast empört, wie einfach Klauen war. Rachel war euphorisch. Als er Dutzende von Einbrüchen später verhaftet und nach seinen Motiven gefragt wurde, sagte er: «Warum? Einfach so. Wir haben nie darüber geredet. Rachel wollte einfach Kleider. Sie wollte gut aussehen. Und ich trabte ihr nach. Ich liebte sie fast wie eine Schwester.»

Die frechste und gleichzeitig dilettantischste Diebstahlserie in der Geschichte der Hollywood Hills begann mit einem ersten Ein-

stieg in Paris Hiltons Villa. Den Hausschlüssel fanden die Eindringlinge unter Hiltons Türvorleger. Sie packten ein, was an Bargeld herumlag und zogen sich die paar Gramm Koks in die Nase, die sie fanden. Vor allem aber waren sie, genau wie die Zuschauer, überwältigt von den Abertausenden von Schuhen, Klamotten, Taschen und Schmuckstücken in Hiltons begehbarem Kleiderschrank (Paris Hilton hatte ihre Villa für die Dreharbeiten zur Verfügung gestellt). Dennoch wählten sie ihr Diebesgut selektiv. Die Besitzerin sollte gar nichts bemerken. Tat sie auch erst nach dem fünften Ein-

Micha lässt sich eine Weile von den andern finanzieren und arbeitet schliesslich als Escortgirl.

bruch, als Schmuck im Wert von angeblich zwei Millionen Dollar fehlte.

Einbrüche bei Megan Fox, Miranda Kerr, Audrina Patridge, Rachel Bilson und Lindsay Lohan folgten. Manche Villen hatten Videoüberwachung. Erste Aufnahmen der Bande mit den Kapuzenjacken wurden auf TMZ ausgestrahlt. Die Mädchen waren unbesorgt, stellten Fotos von sich mit den gestohlenen Taschen und Klamotten ins Internet. Bei der Polizei gingen Informationen ein, man habe Lee und Prugo bei einer Party mit ihren Diebstählen prahlen hören. Nick

Prugo wurde am 17. September 2009 verhaftet und sang wenig später wie eine Nachtigall: Komplizen, Beute, selbst Einbrüche, von denen die Polizei gar nichts wusste. Geschätzter Wert der Diebstähle insgesamt: 3 Millionen Dollar. Die Gerichtsurteile waren überraschend mild: Rachel Lee sass von ihrer Haftstrafe ein Jahr und vier Monate ab, Prugo ein Jahr, Neiers dreissig Tage. Tamayo und Ames wurden auf Bewährung freigelassen. Gegen Tess Taylor war keine Anklage erhoben worden.

Sofia Coppola, schrieb mein Kollege Wolfram Knorr in seiner Filmkritik in der *Weltwoche*, beuge sich «mit der sanften Vorsicht einer Schmetterlingsforscherin, neugierig, aber distanziert, über die schillernde Oberflächen-Buntheit ihrer Luxus-Kids». In einem Gespräch mit dem *Zeit-Magazin* sagte sie über ihre Motive, den fast dokumentarischen Film zu drehen: «Ich habe plötzlich gemerkt, dass eine ganze Generation in einer Kultur aufwächst, die geprägt ist von Klatschmagazinen, Promi-Internetseiten und sozialen Netzwerken. Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, wie einen das prägt, wenn man die Welt auf diese Weise kennenlernt. Ich glaube, wenn du dich ausschließlich in dieser Trash-Kultur bewegst, ist es, wie den ganzen Tag Bonbons zu essen.»

The Bling Ring: Regie – Sofia Coppola. Im Kino
Linda Solanki: «Dem See entlang Richtung verlorene Jugend». Schwarzkopf & Schwarzkopf

Die Baumesse. Wo man schaut, bevor man baut.



**modernisieren
bauen**

**5.–8.9.2013
Messe Zürich**

Do–So 10–18 | bauen-modernisieren.ch

25% RABATT auf Onlineticket
Gutschein-Nr. **BM13PRANZ0025** nur online
einlösbar unter www.bauen-modernisieren.ch/ticket

Quelle: arento.ch

«Leben ist ja doch möglich»

Der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg, 79, über den allgemeinen Verlust an klassischer Bildung, den Auftrag des Intellektuellen in der Schweiz und den Zauber der Literatur, dank der er «die Welt buchstabieren» lernte. Von Roger Köppel und Ruben Wyttenbach (Bild)

Herr Muschg, immer weniger Leute verfügen heute über eine klassische, humanistische Bildung. Griechisch und Latein geraten in Vergessenheit, die literarischen Klassiker werden in Wikipedia-Zusammenfassungen «gelesen». Ist das schlimm?

Es wäre nicht so schlimm, wenn es viele andere Quellen gäbe, aus denen wir tragfähige Normen schöpfen könnten. Die Antike war einmal ein Modell, an dem man für das eigene Leben Mass nahm. Was Gewinn brachte, lernte man nicht nur zählen, sondern wägen, gemeinschaftlich erwägen. Man pflegte die Kunst der Rede – in einer solchen nannte der grosse Staatsmann Perikles als Vorzug seiner Stadt Athen, dort verstehe man «schön zu leben». Damit meinte er weder Wellness noch materiellen Wohlstand. Er meinte die Freiheit zur Musse und das Menschenrecht auf Differenz. Dazu gehörte auch die sokratische Kunst des Fragens, die zur Selbsterkenntnis bildet. Dieser Kultur schulden wir seit der Renaissance fast alles, was wir europäisch nennen.

Verlieren wir den Kontakt zu diesen Wurzeln?

Ja, und wir haben keinen Ersatz dafür. Digitalisierte Verfahren haben ihn nicht zu bieten, sie reduzieren unser Verständnis der Welt auf kalkulierbare Verhältnisse.

Lautet der Auftrag des Intellektuellen demnach, den Lebensnerv unserer Zivilisation zu pflegen?

Vielleicht kann er das Bewusstsein dafür schärfen, was für ein gutes Leben immer noch wichtiger ist als Bankkonto und sogenannte Sicherheit.

Woran orientieren Sie sich bei der Beantwortung der Frage nach dem guten Leben?

Zum Beispiel an den «Weltgeschichtlichen Betrachtungen» Jacob Burckhardts, des grossen Basler Historikers. Er stellte fest, dass an jeder menschlichen Gesellschaft drei Bedürfnisse formen: dasjenige nach einem guten Sinn der Existenz, dasjenige nach geordneten Verhältnissen und jenes nach grösstmöglicher Freiheit. Diese Bedürfnisse sind gleich fundamental, aber unter sich widersprüchlich. Sie werden in drei Gefässen aufgehoben, die er «Potenzen» nannte: Religion, Staat und Kultur.

Burckhardt formulierte auch: «Die Kultur wirkt unaufhörlich zersetzend und modifizierend auf die beiden stabilisierenden Potenzen Staat und Kirche ein.»

Ist damit die Rolle des Intellektuellen als Zersetzer definiert?

Ja, «der Geist ist ein Wühler». Bemerkenswert, dass Burckhardt die Wirtschaft zur Kultur zählte. Auch sie gründet auf Freiheit, aber auch sie darf nicht dominieren. Die «Amerikanisierung» lieferte ihm schon damals ein abschreckendes Beispiel dafür.

Burckhardts Staat war ein Machtstaat, streng, männlich-väterlich, hart. Heute ist der Staat fürsorglich, freundlich, mütterlich. Inwiefern hat sich durch den Bedeutungswandel des Staates die Rolle des Intellektuellen verändert?

Die Staaten, die Sie beschreiben, reagieren bereits auf den Ausfall der anderen Potenzen. Es gilt, der drohenden Dominanz einer einzigen entgegenzuwirken. Da kommt der Intellektuelle ins Spiel. Überwiegt die Religion, kritisiert er, wie Voltaire, die Religion. Dominiert der Staat, richtet sich sein Widerstand gegen diesen. Wird die Wirtschaft übermächtig, empört er sich gegen ihre Diktate, wie Stéphane Hessel. Das Klischee des Intellektuellen besagt, er betreibe Opposition um ihrer selbst willen. Ich meine aber, er reagiere auf gestörte Gleichgewichte.

Sie sind ein sehr wirtschaftskritischer Intellektueller. Warum eigentlich?

Wenn alles Markt und der Markt alles ist, untergräbt er die Grundlagen der anderen Potenzen, und im Zeichen der Freiheit auch

«Natürlich ist der Markt unentbehrlich – als Mittel zum Zweck unübertroffen.»

noch unbemerkt und scheinbar legitim. Darum hat schon Burckhardt den Absolutismus der Wirtschaft verderblicher gefunden als den von Staat und Religion. Auch die Kultur kommt unter die Räder, die sie treiben hilft.

Warum untergräbt der Markt die anderen «Potenzen»? Der Markt ist doch lediglich ein Verfahren zur Festlegung von Preisen und Tauschverhältnissen, letztlich ein System der Informationsverarbeitung, das den Menschen erlaubt, miteinander in Verbindung zu treten, Verträge abzuschliessen, eine zivilisatorische Errungenschaft!

Natürlich ist der Markt unentbehrlich – als Mittel zum Zweck unübertroffen, wie der Computer als Werkzeug. Aber das Werkzeug wird zum Unding, wenn es die Zwecke, de-

nen es dient, immer ausschliesslicher selbst definiert. Dann weiss es immer besser, was es kann, und immer weniger, was es soll. Heute ist kurzfristiger Profit das Mass aller Dinge. Doch wer von allem nur noch den Preis sieht und von nichts den Wert, kennt am Ende auch den Preis nicht mehr. Ein Beispiel dafür liefert die Euro-Krise. In ihrem Sparprogramm sind soziale und politische Kosten nicht inbegriffen.

Sie haben sich ein Leben lang mit Literatur befasst, als Lehrer, als Hochschulprofessor, als Schriftsteller. Was war die Ur-Faszination, die Sie auf dieses Gebiet gebracht hat?

Die Liebe zur Schrift steckt mir wohl in den Genen. Mein Vater, ein Primarlehrer, schrieb fromme Dorfgeschichten. Das Klappern seiner Schreibmaschine war mein Wiegenlied. Mit den Kinderbüchern meiner Halbschwester habe ich lesen gelernt, und ein anderer Halbbruder, Germanist in Basel, hat mir zuerst als Schriftsteller imponiert. Das war mein Anfang, und er nimmt noch kein Ende: Ich lerne immer noch lesen und schreiben.

Welche Autoren haben Sie früh geprägt?

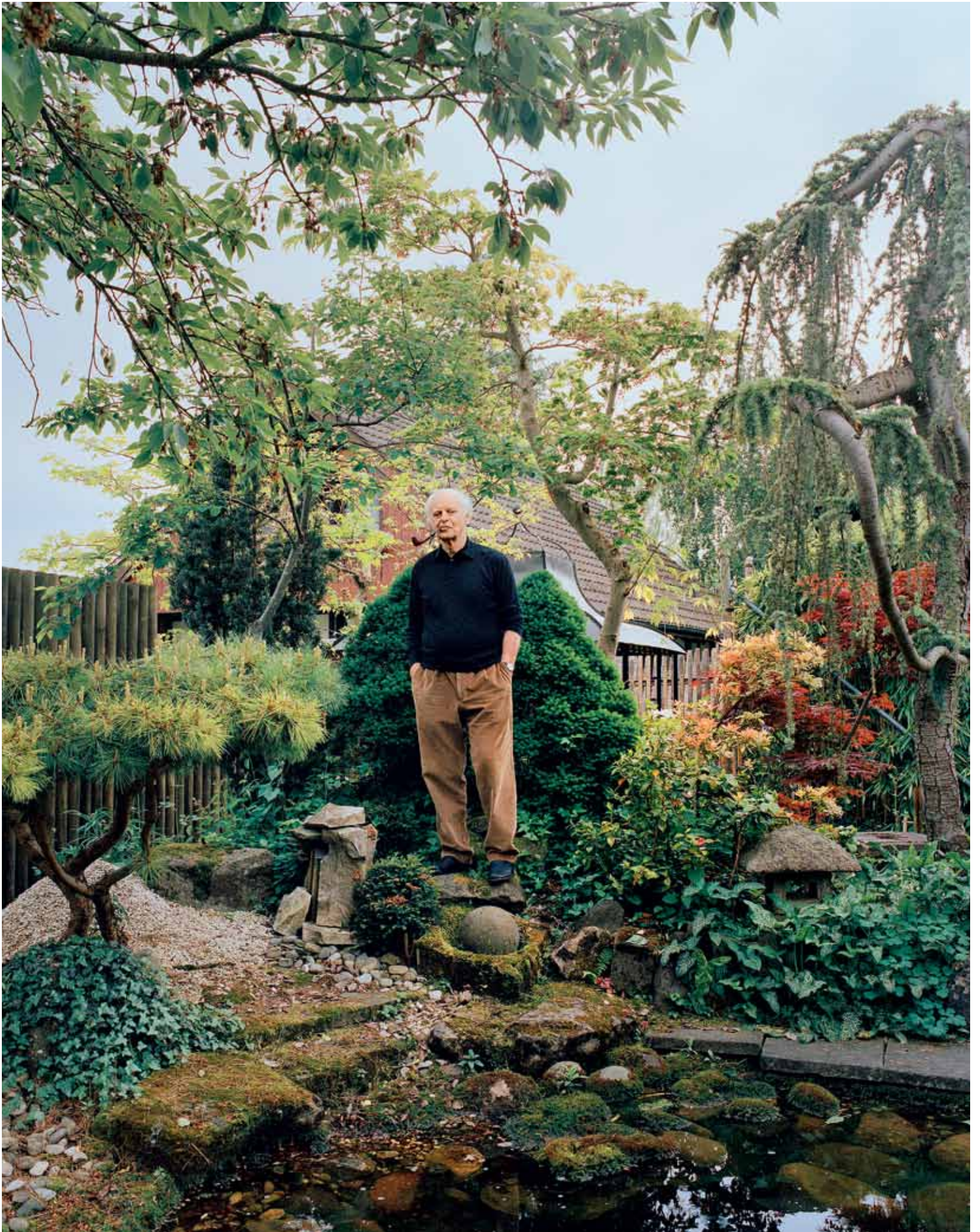
«Meyers Klassiker», die in Vaters Glasschrank standen; das fing mit Lessing an und endete bei Hauff. Der Spötter Heine gehörte schon nicht mehr dazu. In dieser Frakturschrift lernte ich die Welt buchstabieren und fand auch die wunderbarsten Reime auf sie – viele kann ich immer noch auswendig.

Welche Wirkung hatte auf Sie diese frühe Begegnung mit den Klassikern?

Sie gaben mir eine Ahnung vom Reichtum des Lebens – und das bleibende Bedürfnis, das, was mir dann wirklich zusties, an dieser Vorgabe zu messen. Und vor allem: Sie haben mein Leben, das vorgestellte wie das reale, an die Sprache gebunden. Ihre Form konnte für mich nie wieder eine mehr oder weniger fakultative Zutat des Inhalts werden: Sie blieb seine Seele, sie entschied über seine Glaubwürdigkeit.

Wie wichtig ist für Sie die Botschaft eines Buches, des Autors?

Bei guten Büchern wird ihre Bedeutung erst auf dem Hintergrund fortgeschrittener Erfahrung besser lesbar. Grosse Texte überleben sich nicht, wie die meisten Botschaften, die ich früher oder später als Glaubensartikel behandelt und wieder abgestossen habe – oder sie mich. Wahrheiten veralten, gute Spiele nie – «diese sehr ernsten Scherze», wie Goethe seinen «Faust II» genannt hat. >>>



«Goethe kann einen auch in der Abneigung gegen eine digitale Auflösung der Realität bestärken»: Autor Muschg, in seinem Garten.

Welches ist die entscheidende Erkenntnis, die Sie Goethe verdanken?

Zum Beispiel diese: «Was ist das Allge-meinste? Der einzelne Fall. Was ist das Be-sondere? Millionen Fälle.» Oder: «Dulden heisst beleidigen.» Toleranz könne immer nur ein vorübergehender Zustand sein; er müsse zu Neugier führen, zum Interesse. Im vermeintlich ganz Andern könne sich das versäumte Eigene verbergen. Goethe kann einen auch in der Abneigung gegen eine digitale Auflösung der Realität bestärken. Sie besteht ja nicht nur aus 0 oder 1, Schwarz oder Weiss, Gut oder Böse. Goethes Neigung, Widersprüche mit Ironie zu behandeln und dem Bedürfnis nach eindeutigen Verhältnissen zu misstrauen, ist immer noch hilfreich – und hochaktuell.

Warum haben Sie nach dem Zweiten Weltkrieg ausgerechnet deutsche Literatur studiert? Das Land, das die grössten Dichter und Denker hervorbrachte, stürzte in Völkermord und Kriegsverbrechen ab. Ihr späterer Kollege an der ETH, der Germanist Karl Schmid, schrieb: «Die Kultur liefert keine Sicherungen gegen das Böse.» Warum deutsche Literatur nach diesem deutschen Krieg?

Diese Frage hat Thomas Mann beantwortet, auch für mich, als er einem amerikanischen Publikum erklärte: Hitler habe nicht das Böse in den Deutschen an den Tag gebracht, sondern gerade ihr Bestes ins Schlimmste verkehrt. Tatsächlich hat Hitler an keinem Volk verbrecherischer gesündigt als an seinem eigenen – die Juden nicht einmal ausgenommen, denn es waren jüdische Deutsche, die für das Beste ihrer Kultur standen. Nur: Auf der weiten Welt ist auch kein Volk mit sich selbst gründlicher ins Gericht gegangen. Vor Pharisäertum hat mich auch Gottfried Keller bewahrt, der sich ganz selbstverständlich einen «deutschen» Dichter nannte und allergisch war gegen den Anspruch einer «schweizerischen National-literatur». Den kulturellen Anteil, den jede Landessprache ihrer Verwandtschaft jenseits der Grenze schuldig ist, anerkannte Keller als politische Verpflichtung, ja als schweizerische. So weit sind wir heute nicht mehr. Aber darauf bin ich nicht stolz.

Hat Sie der tiefe Fall Deutschlands nicht erschüttert? Schmid schrieb auch, die deutsche Geistesgeschichte müsse nach dem Krieg neu geschrieben werden.

Mein Freund Yehuda Elkana, der Auschwitz überlebt hatte, sagte klipp und klar: «Auschwitz zeigt, was überall möglich ist.» Natürlich ist dieser Satz nicht populär – Hannah Arendt war es auch nicht, als sie im Eichmann-Prozess über die Banalität des Bösen berichtete.

Sie sind im goldenen Zeitalter der Intellektuellen aufgewachsen, Sartre, Camus,

danach die 68er auch bei Ihnen (dem Gedichteschreiber), wurde irgendwann das politische Engagement wichtig. Wie kommt einer, der sich am liebsten in Büchern verliert, dazu, sich plötzlich in den rauen politischen Alltag einzumischen?

Ja, man rauchte Gitanes, trug den schwarzen Rollkragenpulli, las Sartre und hörte Georges Brassens. Aber das berühmte Engagement war von Anfang an widersprüchlich. Ein Engagement gibt es auch für Schauspieler und Artisten. Viele Darsteller des politischen Engagements waren schon im besetzten Paris dabei, das die Nazis zum europäischen Lunapark bestimmt hatten. Darin hatten auch die Hofnarren ihre Rolle. Solche waren wir immer noch, als wir um 68 endlich die ganze Wahrheit über unsere Gesellschaft aufdeckten.

Sie auch...

Ja, fort mit Heidegger, her mit der kritischen Theorie. Aber wer Bücher nicht nur schwenkte, sondern immer noch las, kam bald dahinter, dass bei Benjamin oder Adorno keine Rezepte zu finden waren. Sie machten kritisch auch gegen die Heilsgewissheit. Geblieben ist mir der Vorbehalt gegen alles «Positive», das bei Hegel noch eine Art philosophisches Schimpfwort war. Auch in der Medizin ist «positiv» selten ein erfreulicher Befund. In der Richtung kann man ehrlich bleiben, aber sobald man «Stellung bezieht», muss man sich dümmer stellen, als es sich mit den Tatsachen verträgt. An solchen Stellungsbezügen geht die Geschichte morgen schon vorbei. Auch die Kunst, wenn sie keine Plakatkunst ist, überführt die ehrlichste Position des Autors wieder ins weit Offene – dann zeigt die Kunst, was keiner sehen will: zum Beispiel die peinliche Nachbarschaft des Besten mit dem Schlimmsten.

Welche Autoren sind heute besonders an der Zeit?

Solche, die den Blick auf diese Zeit neu einstellen können. Auf Deutsch: Ernst Augustin, Georg Klein, Eugen Ruge. Und eine garantiert nervige Frau: Elfriede Jelinek. Das Lebenszeichen grosser Literatur finde ich bei ihr grade, in ihrem Luftschnappen und Nicht-mehr-fassen-Können. Nie ist ein kühnerer Nobelpreis verliehen worden als an diese Frau, und selten ein so berechtigter.

Was unterscheidet den Schweizer Intellektuellen von einem deutschen, französischen oder US-Intellektuellen?

Der Typus ist eigentlich schon historisch. In der Schweiz war er nie heimisch, und es ist kein Zufall, dass der Erste, der mir einfällt, Max Frisch, zu seinen Lebzeiten als Unschweizer gescholten wurde. Dabei war er ein hartnäckiger Patriot, in einem Sinn, der uns abhandengekommen ist, und seine Stimme verlangte nach einer Akustik, welche die Schweiz ebenso hartnäckig nicht her-

gab. Dafür hätte sie keine Grande Nation, aber doch eine Nation sein müssen.

Was bedeutet es für den Schweizer Intellektuellen, dass er an einen Staat gebunden ist, der sehr demokratisch ist und weltoffen, aber auch sehr klein und ohnmächtig?

Ist das eine zutreffende Beschreibung? Der politische Zwerg ist zugleich Standort finanzindustrieller Grossmächte – diese Symbiose war lange ein stiller Goldesel; jetzt verschreit er uns in der ganzen Welt. Müsste die Schweiz in vollem Umfang für «ihre» Banken gutstehen, beide wären nicht zu retten. «Too big to fail»? Was mich heute bedrückt, ist die umfassende Abhängigkeit von «fremden Richtern», nur sitzen sie nicht in Brüssel oder Strassburg, sondern in US-Steuerämtern und an der Londoner Börse. Und unsere Politik kann nur noch reagieren – in der geduckten Haltung ertappter Komplizen unanständiger Geschäfte. Mit dem famosen Bankgeheimnis haben wir uns keine Freunde gemacht und entdecken jetzt, wo wir zur Kasse kommen, wie sehr sie uns fehlen. Es gibt auch selbstverschuldete Ohnmacht.

Gibt es bei Schweizer Intellektuellen immer noch das «Unbehagen im Kleinstaat»?

Am Kleinstaat leiden sie sicher nicht. Alle Wiegen der Volksherrschaft waren überblickbare Grössen. Das Basel Jacob Burckhardts war es auch. Und die vergessenen Schweizer Beiträge zur Organisation Europas, von Bluntschlis Verfassungsentwurf bis zu Denis de Rougemonts «Europa der Regionen», gehen von der Verbindung gewachsener Einheiten aus, die nationale Grenzen schon immer überschritten haben. Schliesslich ist die Nation ein Konstrukt der Neuzeit. Verschieden genug sind wir glücklicherweise auch innerhalb ihrer Grenzen und blieben es auch ganz ohne sie. Kleine Einheiten sind nicht weniger die Grundlage Europas, wie sie die Grundlage der Eidgenossenschaft gewesen und geblieben sind. Nur der Kleinstaat, nie die Grossmacht, ist ein geeigneter Träger kosmopolitischer Gesinnung. Ich leide nicht daran, dass die Schweiz ein Kleinstaat ist, sondern dass sie von seinem Potenzial keinen Gebrauch macht. Aber die Grenzbesetzung dauert in vielen Köpfen fort. Und erzeugt ihre eigene Realität, die enger ist als nötig. Angst um die eigene Identität ist noch nie ein Zeichen von Stärke gewesen.

Wenn Sie den Kleinstaat so sehr schätzen: Warum sind Sie ein vehementer Verfechter eines Schweizer EU-Beitritts? Gerade die EU ist doch das Gegenteil des Überschaubaren.

In zwanzig Jahren wird Europa nur noch fünf Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Wie organisiert es sich, um in dieser Lage zu bestehen? Die EU ist nicht das ganze Europa. Es ist nur der Anfang seiner staatlichen Organisation, schon als Versuch mit

vielen Geburtsfehlern behaftet – aber immer noch die erste und einzige Antwort auf eine katastrophale Geschichte. An diesem Versuch kann man sich beteiligt fühlen oder nicht – ich bin überzeugt, dass auch die Schweiz keine Zukunft hat, wenn er scheitert.

Schriftsteller sind das Gewissen der Gesellschaft: Warum hört man heute so wenig von ihnen?

Das ist auch eine Frage der Resonanz. Vor fünfzig Jahren glaubte sich die Gesellschaft ein Gewissen schuldig zu sein; also gab es eine öffentliche Stelle dafür. Das ist vorbei, wie in der Zeitung die obligate Literaturbeilage. Selbst ein Appell ans Gewissen würde als Marketing verstanden; dabei fände niemand mehr etwas Anstössiges. Natürlich muss sich gut verkaufen, wer gehört werden will.

Viele Intellektuelle sind Prediger einer manchmal geradezu militanten moralisierenden Kleinkariertheit geworden. Haben sie dadurch an Gewicht und Autorität verloren?

Moral verstehe ich als Stütze, der Moralismus verwendet sie als Totschläger. Aber reden wir nicht mehr von Aufträgen des Intellektuellen, lieber von der Erfahrung des Schriftstellers. Zum Beispiel dieser: Wenn ein Text etwas taugt, stellt er seine Mehrdeutigkeit sogar gegen meine Absicht her, in meinem moralfreien Rücken, sozusagen.

In Ihrem Aufsatz «Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt» sind Sie selber dem Moralismus erlegen. Würden Sie die Linie vom Geranienbeet zum Vernichtungslager noch immer ziehen?

Diese Verbindung war doch nicht mein Werk. Die Betreiber der Vergasungslastwagen haben sie hergestellt. Geranien sind heimelig; das sollten die Opfer auch finden und vertrauensvoll die Todeskammer betreten. – Nein, an jenem Büchlein finde ich nichts zurückzunehmen. Es war im Sinne meines Freundes Yehuda, der Auschwitz kennengelernt hat: Kein Land, auch nicht die Deutschen, haben ein Schuldmonopol auf den Nullpunkt der Zivilisation. Umgekehrt gibt es auch für kein Land einen Freispruch davon, nicht einmal für Opfervölker, auch nicht für die Schweiz. Ich habe auf eine Äusserung des damaligen Bundesrats Delamuraz geantwortet, der sinngemäss sagte: Da gebe es ja Leute, die so reden, als läge Auschwitz in der Schweiz. Aus Schweizer Mund ein nur zu menschlicher Satz. Ich wollte ihn nicht denunzieren, nur sein Alibi durchleuchten. Kürzlich las ich, dass General Guisan befohlen hatte, Akten zu vernichten, welche die Zurückweisung jüdischer Flüchtlinge dokumentierten. Spuren verwischen: nur zu menschlich. «War da was?» Dann waren wir nicht dabei.

Intellektuelle sollten Gegensteuer geben. Einst war die Schweiz womöglich zu selbstsicher, Kritik war wichtig. Ist heute nicht der Punkt erreicht, wo sich der Intellektuelle im Sinne des Gegensteuerns wieder vermehrt für die Schweiz als erhaltenswertes, weil eben besonders ausbalanciertes Modell einsetzen sollte?

Eben das würde ich für mich in Anspruch nehmen. Der Boden, den ich der Schweiz unter die Füsse wünsche, ist so europäisch wie vor zweihundert Jahren Schillers «Tell». Das Stück hat ganz real dazu beigetragen, dass die Schweiz nach dem Sonderbundskrieg wieder zusammenheilte. Nicht nur die geschlagene Urschweiz, auch Zürcher Liberale und Genfer Arbeiter haben sich in diesem «Tell» wiedergefunden – dank seiner Mehrdeutigkeit. Er demonstriert jenes Gleichgewicht der «Potenzen», das Burckhardt dem

«Moral verstehe ich als Stütze, der Moralismus verwendet sie als Totschläger.»

geschichtlichen Glücksfall zuschrieb. Damit sich Staat, Religion und Kultur – und mit dieser die Wirtschaft – die Waage halten, muss sich jede Potenz zur Kunst erheben, wie im Athen des Perikles. Inzwischen hat die Schweiz über Äusserungen immerhin lachen gelernt, die vor dreissig Jahren noch Fichenwürdig gewesen wären. Etwa Daniel Schmid «Beresina»-Film oder die Nummern von Giacobbo-Müller. Aber auch die Sicherheitsdienste haben nicht geschlafen. Inzwischen wissen wir, dass jeder Nutzer des Internets sich bei NSA und GCHQ automatisch selbst anzeigt, wenn nicht als möglicher Terroristen, so doch als mögliche Kunden.

Der bedeutende Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki schrieb: Die Literatur solle den Menschen vor allem Freude, Vergnügen und Spass bereiten und sogar Glück.

Da halte ich mich lieber an Horaz: «Sowohl vergnügen wie auch belehren wollen die Dichter.» Denn Horaz ist zugleich das beste Beispiel dafür, dass hier Vergnügen nicht mit Spass zu verwechseln ist und Belehrung nicht mit Schulmeisterei.

Muss Literatur Orientierung leisten?

Sie muss und soll gar nicht. Aber wenn schon, dann setzt sie der Ordnung, jeder Ordnung, mit Freiheit zu. Und zeigt uns ein paar Punkte, an denen wir uns nachhaltiger orientieren können als an den Ansagen des Marktes. Paulus empfahl, den Juden ein Jude zu sein, den Griechen ein Grieche; er war Missionar. Der Schriftsteller ist keiner, darum zeigt er die andere Seite: den Juden die griechische und umgekehrt. Das hat etwas mit Gerechtigkeit zu tun: nur dass er nicht dem Kunden gerecht werden möchte, sondern dem ganzen Menschen. Und

damit macht er sich kaum beliebt. Denn der Mensch ist nicht gerecht, er ist, wie er ist.

Der Leser sucht Wahrheiten, die über die schnelle Nachricht hinausgehen.

Was ist Wahrheit? Niels Bohr sagte, die Wahrheit wissenschaftlicher Sätze erkenne man daran, dass ihr Gegenteil genauso wahr sei. Er redete von Symmetrieverhältnissen der Teilchenphysik. Wenn wir von Literatur reden, würde mir etwas wie Wahrhaftigkeit genügen. Sie hat damit zu tun, dass das ganz Andere eines Gegenstands erscheint, das Unvorhergesehene, über das man sich nur wundern kann – aber noch mehr darüber, dass man es noch nie gesehen hat. Plötzlich hat es seine Sprache gefunden.

Suchen Sie Beruhigung, Bestätigung in der Literatur? Oder das Verstörende?

Das Beste findet sich ungesucht. Da begegnet mir ein Satz, an dem alles stimmt; ich muss nicht einmal wissen, warum. Bei Kafka gibt es Sätze, die vor Verstörung leuchten: Zugleich wirken sie, als bewege er spielend eine Last, die man mit der grössten Kraft nicht heben könnte.

Wie kann man heute junge Leute für die Literatur begeistern?

Vielleicht so, dass ein Mensch, der ihnen als Leser bekannt ist, sie trotzdem überzeugt, als Person, durch eine treffende Bemerkung, einen guten Kommentar. Dann spüren sie, dass Lesen nicht blöd sein muss; dass ihnen etwas entgehen könnte.

Es gibt tonnenweise Neuerscheinungen, welche Werke stehen auf Ihrem persönlichen Kanon?

Als Jörg Steiner gestorben war, habe ich seine Erzählung «Der Kollege» wieder gelesen. Seine verschwiegene Poesie, die diskrete Gegenwart des Sprachlosen, rührten mich jetzt noch tiefer an als bei der ersten Lektüre.

Welche Klassiker sollte man gelesen haben?

Beginnen Sie mit Fontane, da müssen Sie gar nichts. Es ist einfach ein Geschenk, jede Konversation ein Fest. Dieser Preusse mit französischem Hintergrund ist die deutsche Antwort auf Dickens, Balzac oder Tolstoi. Aber auch in der Gegenwartssprache gibt es deutsche Klassiker, Peter Handke, Botho Strauss, W. G. Sebald.

Können Sie fünf Bücher nennen, die man als Schweizer unbedingt gelesen haben sollte?

Jeremias Gotthelf: «Die Käseri in der Vehfreude». Gottfried Keller: «Der grüne Heinrich». Robert Walser: «Der Gehülfe». Meinrad Inglin: «Die Welt in Ingoldau». Max Frisch: «Stiller».

Was erleben Sie heute beim Lesen eines guten Buchs?

Eine kleine Wiedergeburt, ein befreites Aufatmen. Leben ist ja doch möglich. Geniess jedes Wort, und verlier keinen Tag.

Eine lange Fassung des Gesprächs mit Aldolf Muschg auf www.weltwoche.ch



Die Kopie machte Geschichte: Picassos «Sylvette», 1954.





Die epochale Sylvette

Von Daniele Muscionico

Welches Bild ist schöner? Das rechte oder das linke? Keine Frage! Rechts blickt man in ein kubistisch abstrahiertes, schief-äugiges Froschgesicht, und links sitzt, ja sitzt da nicht . . . Brigitte Bardot? So urteilt der gesunde Menschenverstand. Doch es gibt Fälle, in welchen dieser für die Katz ist. Beispielsweise dann, wenn es um Kunst geht.

Unter dieser Prämisse ist das Bild links eine Bagatelle. Und das Bild rechts? Nun, es dürfte geschätzte fünf Millionen Franken wert sein. Zu diesem Preis wurde 2008 letztmals ein ähnliches Gemälde verkauft, ein Bild der 19-jährigen Sylvette. Denn nein, hier sitzt nicht der Welt wütendste Tierschützerin in ihrer Urform, der gewesene Weltstar Bardot als Küken. Hier sitzt der Schönheit Original, das gute Kind, das das Pech hatte, zu scheu zu sein und zu schamvoll, um Filmgeschichte zu schreiben mit Stupsnase und Pferdeschweif.

Sie war neunzehn und so schüchtern, dass sie sich im Wandschrank versteckte, als Filmagenten an ihre Tür klopfen; er war 73 und der bekannteste Maler der Welt. Als er sie sah, war es um ihn geschehen, ihre Frisuren-Frivolität beflügelte Pablo Picasso zu seiner letzten Schaffensepoche. In nur drei Monaten porträtierte der Ober-Guru der Abstrakten seine Nachbarin Sylvette David im französischen Töpferdorf Vallauris gegen vierzig Mal. Als die Bilder ausgestellt wurden, auch dieses – seit 1955 in Besitz der Kunsthalle Bremen –, sprachen die Kritiker nach seiner «blauen», «rosa», seiner «Neger»- und seiner «Kubisten-Periode» von Picassos «heitersten Periode», der «Epoche Sylvette».

Sylvettes Stil war jung, so sexy und so neu, dass, als ihr Gesicht dank Picasso um die Welt ging, alle Teenager so sein wollten wie sie: Sie verkörperte das Schönheitsideal und die Mode der fünfziger Jahre. Tatsächlich kopierte sie eine unbekannte Schauspielerin ähnlichen Alters sogleich so haargenau, dass sie damit Weltruhm erntete, Brigitte Bardot.

Die Kopie machte Geschichte und Geschichten. Das Original aber wurde vergessen. Ob zu ihrem Glück oder zu ihrem Unglück, wissen die Götter. Man hört, dass auch Sylvette mit dem Malen begann. Und dass sie für den Gegenwert des Bildes, das ihr der Maler-Gott als Entlohnung schenkte, ein Appartement in Paris kaufte. Wer von den beiden schliesslich das Glück fand? Oder ist Glück die Charakterstärke, ihm zu widerstehen?

«Picasso und das Modell» in der Kunsthalle Bremen, 22. Februar bis 22. Juni 2014

Bestseller

Belletristik

- 1 (10) **Joël Dicker**: Die Wahrheit über den Fall Harry Quebert (*Piper*)
- 2 (1) **Alex Capus**: Der Fälscher, die Spionin und der Bombenbauer (*Hanser*)
- 3 (2) **Franz Hohler**: Gleis 4 (*Luchterhand*)
- 4 (4) **Jonas Jonasson**: Der Hundertjährige ... (*Carl's Books*)
- 5 (6) **Dan Brown**: Inferno (*Bastei Lübbe*)
- 6 (5) **Martin Suter**: Allmen und die Dahlien (*Diogenes*)
- 7 (3) **Peter Stamm**: Nacht ist der Tag (*S. Fischer*)
- 8 (9) **Catherine Ingelman-Sundberg**: Wir fangen gerade erst an (*Fischer Scherz*)
- 9 (–) **John Grisham**: Das Komplott (*Heyne*)
- 10 (7) **Blanca Imboden**: Wandern ist doof (*Wörterseh*)

Sachbücher

- 1 (1) **Bronnie Ware**: 5 Dinge, die Sterbende am meisten bereuen (*Arkana*)
- 2 (5) **Duden**: Die deutsche Rechtschreibung (*Bibliographisches Institut*)
- 3 (–) **Ruth Maria Kubitschek**: Anmutig älter werden (*Nymphenburger*)
- 4 (2) **Eben Alexander**: Blick in die Ewigkeit (*Ansata*)
- 5 (3) **Rolf Dobelli**: Die Kunst des klaren Denkens (*Hanser*)
- 6 (4) **Jacky Gehring**: Body Reset – Das Erfolgsprogramm (*Weltbild*)
- 7 (10) **Mark Lauren, Joshua Clark**: Fit ohne Geräte (*Riva*)
- 8 (9) **Rolf Dobelli**: Die Kunst des klugen Handelns (*Hanser*)
- 9 (6) **Jamie Purviance**: Weber's Grillbibel (*Gräfe und Unzer*)
- 10 (8) **Lukas Fischer**: 1001 Ausflugsziele (*Weltbild*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Überwachung

Wenn schon überall vor dem Überwachungsstaat gewarnt wird, so sollte man auch einmal auf die Risiken beim Lesen elektronischer Bücher hinweisen. Ein Kindle-Lesegerät des Online-Händlers Amazon merkt sich die Seite, auf der sich der Leser gerade befindet und schickt sie per Drahtlos-Internet an den Server, so dass man, wenn man im Tram das Smartphone hervor nimmt, an derselben Stelle weiterlesen kann. Das ist praktisch, bedeutet aber auch: Amazon weiss nicht nur, was jemand liest, sondern auch, wie schnell und ob er vor dem Ende abbricht. Den Angebern, die über Bücher parlieren, die sie nicht fertiggelesen haben, droht nun dasselbe Schicksal wie den Steuerflüchtlingen: Plötzlich könnte eine bei Amazon geklaute Daten-CD auftauchen, die den Bluff auffliegen lässt. (rb)

Literatur

Push-Mitteilungen des Herzens

Peter Stamm horcht mit seinem neuen Roman «Nacht ist der Tag» einmal mehr erstaunlich genau den Puls der Zeit ab.

Von Pia Reinacher



Ist das nicht ironisch? Autor Stamm.

Nichts ist so einfach, wie einen Schwankenden von der Säule zu stossen. Dazu braucht es weder Mut noch besondere literaturkritische Urteilskraft, vor allem, wenn – wie im Fall von Peter Stamm – der Akt der Zurückstufung im Rudel geschieht. Und: Es ist kein neues Phänomen, dass die wirklich verblüffende Beachtung den Autor verzögert erreicht und ausgerechnet dann zum Höhepunkt gelangt, wenn seine Werke bereits Signale der Krise verraten. Man kann dieses merkwürdige Phänomen überall und gerade auch in der Schweiz beobachten anhand öffentlicher Würdenträger, die oft gesteigert in den Fokus medialer Wahrnehmung geraten, wenn Kenner längst Agonie und Selbstkopistenglück ausmachen.

Die verbissene Häme, mit der jetzt, angeführt von der NZZ, Peter Stamm übergossen wird, ist entsprechend mit Vorsicht zu geniessen. Der Autor hat sicher nicht seinen stärksten Roman publiziert, und dies ausgerechnet ein paar Monate nachdem er für den Man Booker International Prize nominiert wurde. Was jetzt aber gegen ihn verwendet wird – der Kitschverdacht, die simple Konstruktion, der Mangel an Ironie –, war von allem Anfang an da. Nur wurden früher die Nachteile unter dem Einfluss der begeisterten Rezeption tonangebender deutscher Kritiker liebedienerisch als Vorteil interpretiert. Wie wenn Peter

Stamm je ein ironischer Autor gewesen wäre! Wie wenn man ironische Brechung von jedem Autor als Gütesiegel erwarten könnte.

Neuer Lebensentwurf

Wie viele andere Autoren auch greift Stamm für seine neue Geschichte auf bewährte Bausteine zurück. Gillian, eine erfolgreiche Fernsehmoderatorin, wacht nach einem Unfall im Spital ohne Gesicht auf. Ihr Mann, mittelmässiger Kulturredaktor einer Illustrierten, ist tot. Die beiden hatten sich nach einer Silvesterparty auf dem Heimweg im Auto gestritten. Betrunken, wie sie waren, gerieten sie wegen Aktfotos aneinander, die Matthias zufällig gefunden hatte. Die Moderatorin war in die Fänge eines obsessiven Künstlers geraten und hatte sich, angetrieben von Selbstsucht und Selbstverlust, von ihm abbilden lassen.

Der Bruch, der sich in der Ehe von Gillian und Matthias längst abzeichnete, wird durch dieses dramatische Ereignis endgültig. Nicht nur verliert Gillian ihr ganzes bisheriges Leben, mit dem Gesicht zerbricht auch ihre Identität. Peter Stamm verfolgt den vorsichtigen Selbstfindungsprozess der Frau. Nach und nach lässt sie die Trümmer des alten Lebens hinter sich und baut sich einen komplett neuen Lebensentwurf zusammen.

Man kann Stamm nun die Schlichtheit einer emotionalen Geschichte vorwerfen, die erst noch glücklich endet. Man kann aber auch staunend feststellen, dass dieser Autor – wenig und empfänglich für aktuelle Trends – einmal mehr den Zeitgeist verblüffend genau abbildet. Sein Roman ist oberflächenorientiert wie eine Onlinezeitung, aufgeschäumt von Emotionen, Skandalen und künstlicher Dramatik, die rasch verebben und durch immer neue, belanglose Beben überlagert werden. Seine Sprache ist widerstandslos und glatt wie jene des digitalen Journalismus. Seine Akteure – übrigens vorwiegend Kulturjournalisten, ist das nicht ironisch? – sind so narzisstisch und selbstbezogen wie im wahren Leben. Ihr Alltag wird rhythmisiert von aufgeregten Push-Mitteilungen des Herzens, die sich im Stundentakt folgen und wirkungslos versanden. Das sind genau die trivialen Geschichten, in denen sich die Leser des 21. Jahrhunderts spiegelbildlich wiedererkennen werden. Wenn sie es ohne Selbst-Einsicht tun, sind sie selber schuld.

Peter Stamm: Nacht ist der Tag. S. Fischer. 256 S., Fr. 31.90

Der Sirup ist weg

Bob Dylan gibt 43 Jahre nach seinem Schocker «Self Portrait» «Another Self Portrait» heraus. Was ist passiert? Von Markus Schär

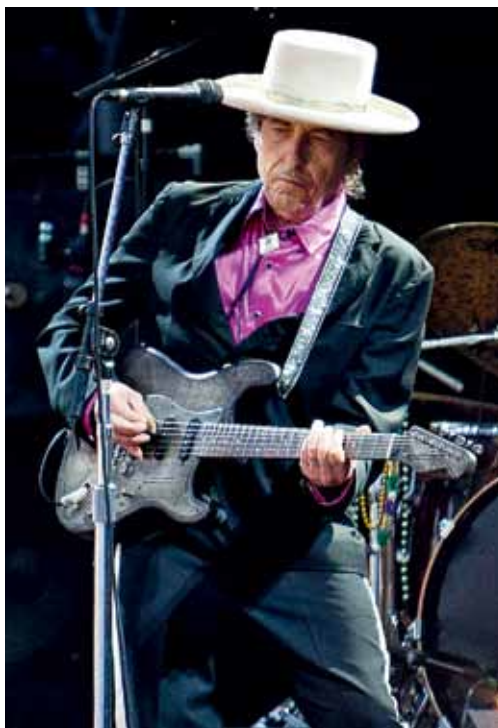
«Was soll dieser Scheiss?» Die Frage ist wohl der berühmteste Satz, der je in einer Plattenkritik stand. Greil Marcus legte so ätzend los, als er 1970 im *Rolling Stone* das Doppelalbum «Self Portrait» von Bob Dylan besprach. Und für den Hohn gab es allen Grund, der Kritiker sagt denn auch heute, er habe nur die Verwirrung in seinem Umfeld ausgedrückt. Der Protestsänger der sechziger Jahre liess sein angebliches Selbstporträt von einem dümmlichen Frauenchor eröffnen, der drei Minuten lang zwei Zeilen wiederholt: «All the tired horses in the sun / How'm I supposed to get any ridin' done?» Darauf folgten zuckersüsse Country-Songs samt Streichersirup, halbherzige Covers wie «The Boxer» von Simon & Garfunkel, wacklige Live-Aufnahmen mit The Band vom Festival auf der Isle of Wight 1969, dem ersten Auftritt Dylans seit seinem schweren Motorradunfall drei Jahre zuvor – lieblos assortierter, lackierter Scheiss also.

Mehr als ein halbes Menschenleben später gibt Bob Dylan am 26. August «Another Self Portrait» heraus: eine Sammlung von Aufnahmen, die 1969 bis 1971 während der Studioarbeiten zu «Self Portrait» und dem nur wenige Monate später wie als Entschuldigung veröffentlichten Album «New Morning» zusammenkamen. Und auch diesmal singen die Kritiker unisono – im Jubelchor. Was ist zwischen 1970 und 2013 passiert?

Schock mit Johnny Cash

Der einfältige Kinderreim von «All the Tired Horses» erklang bewusst als Ouvertüre zum Selbstporträt. «Ich war es müde, als Hohepriester des Protests, als Erzbischof der Anarchie oder als Big Bubba der Rebellion zu gelten», schreibt Dylan in seiner Autobiografie «Chronicles». Nach seinen quecksilbrigen Meisterwerken «Highway 61 Revisited» (1965) und «Blonde On Blonde» (1966) sowie einer turbulenten Welttournee mit The Band erschöpft, zog sich der Revolutionär auf Amphetamin ins beschauliche Woodstock zurück und tauchte nach seinem Unfall völlig ab. Er wollte nur noch mit seiner Frau Sara zusammen eine Familie gründen und mit den Bandkumpels im Keller ihres Hauses in der unergründlichen amerikanischen Musiktradition forschen.

Derweil brannten aber in den USA Grossstädte wegen der Rassenunruhen, gingen Hunderttausende gegen den Vietnamkrieg auf die Strasse und sammelten sich die Hippies mit ihrem Protest gegen den *American Way of Life* an Monsterfestivals wie jenem von Woodstock 1969. Die Demonstranten erwarteten



Revolutionär auf Amphetamin: Musiker Dylan.

Führung von ihrem Sprachrohr und belagerten sogar seinen Rückzugsort im Hinterland. «Dabei war ich nie mehr», wehrte sich Dylan, «als ein Folksänger, der mit tränenblinden Augen in den Nebel starrte.»

Seine Antwort – «Leckt mich!» – gab er spätestens mit dem «Self Portrait»: Er nahm nicht nur, wie bei früheren Alben, die Musiker, sondern auch die Musik von Nashville, freundete sich mit Johnny Cash an und spielte Country-Hits ein. Damit schreckte er seine Fans endgültig ab, denn Nashville stand für alles, wogegen sie kämpften: Rednecks und Ku-Klux-Klan, also Krieg, Rassismus und Reaktion.

Auf dem zweiten Selbstporträt, 43 Jahre später, ist der Schock weg, der Sirup auch. Einige der Songs von «Self Portrait» finden sich darauf ohne die zuckrigen Arrangements. Und in mehreren Aufnahmen, die Bob Dylan im Trio mit dem Gitarristen David Bromberg und dem Keyboarder Al Kooper direkt aus dem Liederbuch einspielte, so gut singend wie selten, beweist er sich als einzigartiger Hüter der amerikanischen Tradition, von Folk über Blues bis, na ja, Country. Der Kritiker des *Rolling Stone* schreibt jedenfalls diesmal: «Das ist eines der wichtigsten, schlüssigsten und befriedigendsten Alben, die Dylan je herausgegeben hat.»

Bob Dylan: Another Self Portrait (1969–1971). The Bootleg Series Vol. 10. Columbia

Der letzte Zeuge einer fernen neuen Zeit

Von Peter Rüedi

Die «Motor City» ist bankrott, der Einbruch der amerikanischen Autoindustrie hat die Verwandlung der einst vitalen Stadt in Michigan in eine riesige Industriebrache rasant beschleunigt. Da kann Erinnerung an bessere Zeiten nicht schaden. An die Tatsache zum Beispiel, dass Detroit einmal so etwas wie einer der Kraftorte des modernen Jazz war. Hier begannen die Karrieren von Pepper Adams, Donald Byrd, Paul Chambers, Yusef Lateef, Curtis Fuller, Kenny Burrell, die der Jones Brothers – Hank, Thad und Elvin. Und die zweier Weltmeister der pianistischen Diskretion: Tommy Flanagan (1930–2001) und Barry Harris. Letzterer, ein *musician's musician* wie kaum einer, wird kommenden 15. Dezember 85 und tritt in New York immer noch gelegentlich auf.

Wie die keines anderen Pianisten trägt seine Kunst das Wasserzeichen derjenigen des grossen, armen Bud Powell. Barry Harris ist der letzte authentische Zeuge einer Musik, die in den vierziger Jahren eher zufällig zum Namen Bebop kam und für die Revolte einer jungen, fiebrigen, urbanen Generation gegen den in den Umarmungen des Kommerzes behäbig gewordenen Swing stand. Es war die Musik, mit der der junge Detrouiter als Teenager aufwuchs. Er machte die Bewegung *from swing to bop* nicht mehr mit, die Erfindungen von Charlie Parker, Dizzy Gillespie, Monk und vor allem Bud Powell waren die authentische Musik seiner Jugend.

Vom Kern des zeitweise von schweren psychischen Trübungen verschatteten Powell kann man sich bei seinem Schüler Harris einen fast besseren Eindruck verschaffen als anhand der zum Teil geisterhaft-verstörten Aufzeichnungen des Originalgenies. Harris' Läufe sind so brilliant, wie Powell sie dachte, aber nur mehr selten auf die rechte Hand brachte, und die extreme Spannung der Harmonik ist bei keinem seiner Nachfolger so herzerreissend wie bei ihm. Jetzt liegen die ersten beiden Trio-LP wieder vor, die Barry Harris 1960 und 1961 für Riverside einspielte: «Preminado» mit Joe Benjamin und Elvin Jones, und «At the Jazz Workshop» mit Sam Jones und Louis Hayes.



Barry Harris Trio: Preminado. At the Jazz Workshop. Solar Records 4569929

Top 10

Knorr's Liste

1	The Bling Ring	★★★★☆
	Regie: Sofia Coppola	
2	Elysium	★★★★☆
	Regie: Neill Blomkamp	
3	The Sapphires	★★★★☆
	Regie: Wayne Blair	
4	The Lone Ranger	★★★★☆
	Regie: Gore Verbinski	
5	Shadow Dancer	★★★★☆
	Regie: James Marsh	
6	Frances Ha	★★★★☆
	Regie: Noah Baumbach	
7	Möbius	★★★★☆
	Regie: Eric Rochant	
8	Now You See Me	★★★★☆
	Regie: Louis Leterrier	
9	Trance	★★★☆☆
	Regie: Danny Boyle	
10	World War Z	★★★☆☆
	Regie: Marc Forster	

Kinozuschauer

1 (-)	Elysium	14 898
	Regie: Neill Blomkamp	
2 (1)	The Lone Ranger	9020
	Regie: Gore Verbinski	
3 (-)	Percy Jackson: Sea of Monsters	7561
	Regie: Thor Freudenthal	
4 (2)	Despicable Me 2	7400
	Regie: Pierre Coffin, Chris Renaud	
5 (3)	The Smurfs 2	6584
	Regie: Raja Gosnell	
6 (4)	Grown Ups 2	5311
	Regie: Dennis Dugan	
7 (6)	Now You See Me	3736
	Regie: Louis Leterrier	
8 (-)	Kick-Ass 2	3623
	Regie: Jeff Wadlow	
9 (5)	The Wolverine	3236
	Regie: James Mangold	
10 (-)	The Bling Ring	2484
	Regie: Sofia Coppola	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	G. I. Joe – Die Abrechnung (Rainbow)
2 (-)	Shootout – Keine Gnade (Rainbow)
3 (4)	Ich – einfach unverbesserlich (Universal)
4 (-)	Voll abgezockt (Universal)
5 (2)	Parker (Rainbow)
6 (3)	Jack and the Giants (Warner)
7 (8)	Django Unchained (Sony)
8 (5)	Die fantastische Welt von Oz (Disney)
9 (9)	Spring Breakers (Praesens)
10 (6)	Stirb langsam 5 (Fox)

Quelle: Media Control



TV-Aufbruchsjahre: BBC-Serie «The Hour».

Fernsehen

Der Bilder-Bogen

«Newsroom» und «The Hour» sind furiose Dramen aus der schönen neuen Serienwelt von HBO und BBC. Von Wolfram Knorr

Vor wissbegierigen Studenten sitzen auf dem Podium Politiker und der prominente TV-Anchorman Will McAvoy (Jeff Daniels); es geht unter anderem um Amerika und darum, was die Nation so grossartig macht. McAvoy versucht sich zu drücken, dann platzt ihm der Kragen, und er holt aus zu: «I don't know what the fuck you are talking about!» («Wenn Sie fragen, warum Amerika die grossartigste Nation sei, dann weiss ich nicht, worüber zum Teufel Sie reden!»). In den USA, schmettert er ins Plenum, stimmt gar nichts mehr – und das Auditorium verfällt in fassungsloses Schweigen. Mit diesem furiosen Auftakt beginnt eine der aufregendsten HBO-Serien, deren erste Staffel nun im Handel ist: «Newsroom», erdacht und geschrieben von Aaron Sorkin, einem glänzenden US-Autor («The West Wing», «The Social Network»), Virtuosen brillanter Pingpong-Dialoge und dramatischer Zuspitzungen.

McAvoy, das Gesicht des Kabelsenders ACN Networks, ein begnadeter Quassler, Zyniker und Draufgänger, wird genötigt, mit seiner Ex-Freundin MacKenzie MacHale (Emily Mortimer) zusammenzuarbeiten; und die will endlich eine Nachrichtensendung mit Substanz und kein seifiges Infotainment. Die Konflikte sind programmiert.

Eine Nachrichtensendung mit Substanz will auch die BBC. Im Gegensatz zu «Newsroom» spielt dieses Drama im Paläolithikum des

Fernsehens: im Jahre 1956, mit Suezkrise, Ungarnaufstand und sozialen Krisen in *old Britain*. «The Hour» heisst die Miniserie, deren erste Staffel auch im Handel und ebenso spannend ist wie «Newsroom».

Stilepoche des Nierentischs

Natürlich schwelgt «The Hour» in der seit «Mad Men» beliebten Stilepoche des Nierentischs, der fünfziger Jahre, mit den Betonfrisuren, Pullundern, engen Röcken; hier kommen noch die klobigen Riesenkameras hinzu. Es geht um eine neue Nachrichtensendung, die Bel (Romola Garai) leitet, mit Hector Madden (Dominic West) als Moderator. Darüber ist Bels alter Freund Freddie (Ben Whishaw), ein gewiefter Pressebengel, sauer, weil er nicht Chef oder zumindest Moderator wurde. Er hasst den blasierten Frauenhelden Hector, der den Job nur wegen seiner Einheirat in die gehobene Schicht erhielt. Konflikte sind programmiert, auch mit Vorgesetzten und Aufpassern aus der Regierung, die die Beiträge zensieren. Zusätzlich gerät Freddy in eine Spionageaffäre, die bis in die höchsten Regierungskreise reicht.

Abi Morgan («Die eiserne Lady») schrieb «The Hour», sie gehört zu den britischen Top-Film- und TV-Autoren. Wie sie die Handlungsstränge verknüpft, Nostalgie-Glamour vermeidet und das Ambiente der TV-Aufbruchsjahre trifft, als man Fernsehen wollte, aber zugleich

vor den Bildern erschrak, ist von hoher Intensität. «Newsroom» und «The Hour» fügen sich zu einem wahren Bilder-Bogen. ★★★★★

The Newsroom. 1. Staffel. Mehrsprachig mit Untertiteln und Bonusmaterial, 4 DVDs. Warner
The Hour. 1. Staffel. Engl./Deutsch mit engl. Untertiteln, 2 DVDs. Polyband/WVG

Weitere TV-Serien

Veep — Der Vizepräsident, sagte John Nance Garner, Franklin Delano Roosevelts erster Vizepräsident, sei nicht mehr wert als «ein Eimer warmer Pisse». Das will Selina Meyer (Julia Louis-Dreyfus), Vizepräsidentin, natürlich nicht sein, und sie treibt sich und ihren Stab in ständige Wichtigtuereien, die Selina oft in politische



Ständige Wichtigtuereien: Szene aus «Veep».

Fettnäpfchen treten lässt. Armando Iannucci Comedy-Serie aus der HBO-Schmiede besticht durch das aufgezwirbelte Ensemble, allen voran Julia Louis-Dreyfus als frustrierte Vize. Ein schrilles Dialogfeuerwerk. Running Gag in jeder Folge: «Hat der Präsident angerufen?» – «Nein.» ☆★★★★

Veep. 1. Staffel. Engl./Deutsch mit Untertiteln und Bonusmaterial, 2 DVDs. Warner

American Horror Story — Ausgerechnet in einem Jugendstilhaus mit schrecklicher Vergangenheit versuchen Vivien (Connie Britton) und Ben Harmon (Dylon McDermott) ihre ver-

fahrene Ehe zu retten, was ihre halbwüchsige Tochter Violet (Taissa Farmiga) nur schwer erträgt. Im Haus findet sie einen Seelenverwandten, der auch noch beim Papa, einem Psychiater, in Therapie ist. Der allerdings wird von anderen Verführungen heimgesucht. Auch wenn im Titel dieser verrückten Serie von Ryan Murphy («Nip/Tuck») von Horror die Rede ist und tat-



Neurotische «Akte X»: «American Horror Story».

sächlich Gruseliges aus dem Keller aufsteigt, ist sie viel mehr, gewissermassen die neurotische Version von «Akte X». Sie bietet einen tiefen Blick in die amerikanische Volksseele, die sich im eigenen Haus mit den Leichen im Keller nicht mehr wohl fühlt. Die Serie wird sogar mit «Lost» verglichen. Hochkomplex ist sie allemal, und sie hat fabelhafte Einsichten. So hält Psychiater Ben Harmon seinen Beruf für einen «Schwindel». Die Kunden «zahlen einen Therapeuten, der sich ihren Schwachsinn anhört und bei dem sie sich besonders fühlen. So können sie ihren verrückten Müttern die Schuld an allem zuschieben. Woche um Woche, Monat um Monat, Jahr um Jahr kassieren wir die Checks, aber tief drinnen wissen wir, es funktioniert nicht.» Die Serie funktioniert fabelhaft, vor allem die Jessica Lang als verwelkte Südstaatenschönheit, die raffigierig Rechte einfordert. ★★★★★

«American Horror Story», 1. Staffel.
Engl./Deutsch mit Untertiteln und Bonusmaterial
4 DVDs. Twentieth Century Fox

Fragen Sie Knorr

Eine Zeitlang wurden in Filmen Szenen ohne Worte mit einer Stimme aus dem Off beschrieben, so dass man die akustische Dimension auch als Hörspiel verwenden konnte. Heute finden wir diesen Stil sehr mühsam, obschon er für die an Sprache interessierten Leute eine interessante Seite zeigt, wegen seiner präzisen Beschreibung. Gibt es für diesen Stil eine besondere Bezeichnung, und von wann bis wann war er beherrschend? *Werner Furrer*

Der Einsatz eines Erzählers (*narrator*) als *voice over* ist ein dramaturgisches Mittel. Er kann

eine ironische Situation verdeutlichen, als *unreliable* (unzuverlässig) oder *reliable narrator*. Klassiker des «unzuverlässigen» ist «Little Big Man». Der «zuverlässige» dient häufig dem Pseudodokumentarischen (COP-Filme). Die Technik fand auch im B-Film aus ökonomischen Gründen Verwendung: Der raffende Kommentar war billiger. Zu Beginn des Tonfilms war der *narrator* praktisch.



Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Die Anwältin der Sozialhilfebezüger

Von Rico Bandle

Es gibt keine Bevölkerungsgruppe, die nicht auf die Hilfe des deutschen Privatsenders RTL zählen darf: Überforderte Eltern («Super Nanny»), verschuldete Familien («Raus aus den Schulden»), unfähige Wirte («Der Restauranttester»). Unter den vielen Hilfesendungen sticht eine heraus: «Helena Fürst – Anwältin der Armen». Auch da geht es in erster Linie darum, den Zuschauern das wohlige Gefühl zu vermitteln, dass es da draussen Leute gibt, die ein noch trostloseres Leben fristen als sie selbst. Und doch arbeitet die «Anwältin der Armen» grundlegend anders als ihre TV-Helferkollegen.

Geht es bei dieser Sendungsgattung sonst darum, den Leuten einen Weg aufzuzeigen, wie sie aus ihrer misslichen Lage herauskommen können, geht Helena Fürst anders vor: Sie begleitet ihren Klienten zum Sozialamt (in Deutschland «Jobcenter» genannt, selbst wenn es nur um die Auszahlung von Sozialhilfegeld geht), haut dort kräftig auf den Tisch, empört sich, dass der Staat bisher nicht oder zu wenig bezahlt hat. Armen Leuten zu helfen bedeutet, ihnen zu zeigen, wie man sich das Geld vom Staat holt. Und wenn der Staat doch nicht bezahlen will, schimpft die «Anwältin», stellt den Sozialarbeiter als schlechten Menschen dar, meldet ihre Ansprüche im Befehlston an («... sonst werden Sie mich noch von einer anderen Seite kennenlernen!»), bis die Beamten nachgeben.

In der letzten Folge tobte Fürst so lange, bis das Jobcenter einem 18-Jährigen die Miete seiner Wohnung bezahlte. Weshalb half sie ihm nicht, einen Job zu finden, der es ihm ermöglicht, auf eigenen Beinen zu stehen? Das ist nicht Konzept der Sendung. Ironischerweise hatte Helena Fürst vor ihrem Engagement bei RTL beim Konkurrenten Sat 1 eine andere Sendung: Als Sozialdetektivin jagte sie in «Gnadenlos gerecht» Sozialhilfebetrüger hinterher. Sie wurde deswegen dermassen angefeindet, dass sie die Sendung bald wieder aufgab. Zu ihrem Seitenwechsel sagte sie: «Es ist ein viel besseres Gefühl, den Menschen zu helfen.»

Helena Fürst – Anwältin der Armen: 19. August, 20.15 Uhr, RTL.

Feiern, bis der Morgen graut

Konkurrenz für die Sommerparty im «Baur au Lac»; Champagner in der «Milchbar»; Schweri glänzt beim Polo. *Von Hildegard Schwaninger*



«A Night at the Lake»: Nico mit Schwester Kiki Maeder.

Das Glück stand auf der Seite der Tüchtigen, als Gastronom Nico Maeder und seine Schwester, Schauspielerin und Moderatorin Kiki Maeder, am Samstagabend «A Night at the Lake» organisierten. Das Wetter passte, das Setting sowieso (direkt am See, beim Campingplatz in Zürich Wollishofen), 450 Leute kamen, alle blendender Laune, sogar ein paar Promis waren da, und die Letzten gingen erst, als der Morgen graute. Es war ein Riesenfest, Konkurrenz für die Sommerparty im «Baur au Lac», die bisher die Herbstsaison einleitete. Mit 180 Franken Eintritt 100 Franken günstiger als das «Season-Opening» im Nobelhotel, wo man den Champagner aus Plastikbechern trinkt. Bei Gastgeber Maeder schlürfte man die raffinierten Drinks aus echten Gläsern. Maeder selbst band die Schürze um und stellte sich hinter den Grill. Das Catering besorgte das Restaurant «Bärengasse», das Maeder mit Partnern betreibt.

Star-Caterer Franz Rhomberg (Franzoli) war mit Familie da und für einmal nicht im Dienst. (Er machte kürzlich das Catering bei Maeders Hochzeit mit der Bankerin Nicole, zu der sechzig Gäste in sein Elternhaus geladen waren).

Im «Fischer's Fritz» gab es ziemlich viel Glanz und Gloria, man sah die aktuelle Miss Schweiz Dominique Rinderknecht mit dem kühnen Haarschnitt, Shawne Fielding mit ihrer Freundinnen-Clique und im Texas-mässigen Look mit Jeans und roter Bluse.

«Fischer's Fritz» gehört zum Imperium des Michel Péclard, der stadtbekannt wurde, als er das Café «Schober» übernahm.

Péclard hat am Vorabend zur Eröffnung der «Milchbar am Bellevue» geladen. Es war eine grosse Sause. Milch wurde keine getrunken, dafür floss der Champagner. Bei dieser Fete sah man die 35-bis-40-plus-Generation der Gastroszene. Alle wirken tüchtig, fokussiert, sehen gut aus und sind charmant. Florian Weber, Absolvent der Hotelfachschule Luzern, ist Péclards Partner in der «Milchbar».



Schnell entschlossen: Gastronom Péclard.

Man sah Reto Candrian und seine Schwester Tina Candrian (grösste Gastro-Dynastie der Schweiz), Pepe Rosenberger vom benachbarten «Sternen Grill», Marco Pero von den

«Drei Stuben» und Patrik Bruderer, Maeders Partner bei «Bärengasse», «Atelier» und «Diagonal». Pero und Bruderer übernehmen ab 1. Oktober als Pächter die «Blaue Ente». Der Chirurg Benno Schleh war da, mit Frau und Töchtern. Ihm gehört das Haus an der St.-Urban-Gasse, wo die «Milchbar» eingemietet ist. Bis vor drei Wochen war es ein Kramer-Betrieb, dann übernahm der schnell entschlossene Péclard, baute um, und alles ging rasant. Die Gastro-Prominenz gab sich ein Stelldichein: Christian Kramer jun. (plant eine Vier-Monate-Südamerika-Reise), Thomas Krebs von der «Seerose», Andreas Wyss von der «Kronenhalle», Christian Frei vom Hotel «Ascot». Man sah Hans-Peter Keller, Experte für Schweizer Kunst bei «Christie's», und seinen Onkel, den Maler Max Zuber, mit Regina Wartmann und deren Sohn Gian Frey (Interior-Design) und dessen Freundin Sonja Brunner (Anwältin). Als Trudie Götz mit Architekt Heinz Müller auftauchte, wurde sie wie eine Celebrity umschwirrt. Die beiden sind nach der Aufregung um das «Täschli-Gate» drei Tage in die Toskana geflüchtet. Erholten sich bei Busenfreundin Inge Steiger und deren Ehemann Theophil Butz, beide früher Werber, heute Weinbauern. Irgendwann tanzten die Gäste zwischen den Tischen zur Musik der Soulmaniacs. Das sind Strassenmusiker, die oft vor der «Pumpstation» (auch Péclard-Imperium) spielen.



«Vielleicht nach dem dritten Kind»: Schweri, Lanz.

Cédric Schweri, Gastronom aus der profilierten Unternehmerfamilie (Grossvater Karl Schweri, Vetter Philippe Gaydoul), verbrachte seine Zeit lieber beim Spiel der Könige. Er spielte erstmals am Poloturnier in Gstaad (Hublot Polo Gold Cup) – und wurde gleich zum besten Amateurspieler gewählt. Schweri, der ein Restaurant in Cancún und in Zürich das «Tinto» hat, verlegt seinen Lebensmittelpunkt von Mexiko wieder mehr in die Schweiz. Seine Freundin, Moderatorin Karin Lanz, mit der er Sohn Henry, 3, hat, erwartet im Dezember das zweite Kind. Wird geheiratet? Lanz: «Vorläufig nicht. Vielleicht nach dem dritten Kind.»

Im Internet

www.schwanagerpost.com

Lohn und Brot

Die Autorin Antje Diller, 39, und der Redaktor Gerd Wolff, 50, teilen sich Hausarbeit und Kindererziehung. Von der Lebensform als sogenannt doppelt belastetes Paar sind sie überzeugt.



«Freude, Sorgen, Ängste»: Wolff und Diller.

Gerd: Viele Männer denken heute wie ich, sie wollen es anders machen als ihre eigenen Väter, die überwiegend zum Gute-Nacht-Sagen am Abend oder am freien Wochenende in Erscheinung getreten sind. Ein Nachmittag pro Woche reicht nicht aus, um ernsthaft am Leben der Kinder teilzunehmen. Meine Frau und ich sind zu gleichen Teilen berufstätig: Weil ich miterleben will, wie meine beiden Söhne aufwachsen, welche Entwicklungsschritte sie machen, und weil ich in ihre Freuden, Sorgen, Ängste eingebunden sein möchte. Ganz Hausmann zu sein, kann ich mir eher nicht vorstellen, aber eine deutlich reduzierte Arbeitszeit, wenn wir finanziell weiterhin über die Runden kommen, ist wünschenswert. Dafür müssen beide ran, in der Familie und im Job. Es kann doch auch nicht sein, dass Frauen jahrelange Ausbildungen absolvieren, um dann als Hausfrau daheimzubleiben.

Antje: Wenn Männer sich entscheiden, die Elternzeit anzutreten, werden sie zuerst als Helden gefeiert, noch bevor sie die erste Windel gewechselt haben. Die Vorschusslorbeeren sind gross. Ein Vater auf dem Spielplatz fällt aber immer noch auf, und jene Männer, die sich entscheiden, Vollzeitväter zu sein, werden von den Geschlechtsgenossen als «Weicheier» bezeichnet.

Gerd: Einem Protagonisten, den meine Frau für ihr Buch interviewte, einem Vertriebsleiter für Norddeutschland, wurde bereits eine Ausstellstelle in Russland angedroht, falls er auf seiner Elternzeit bestehe. Er arbeitet heute in einem anderen Unternehmen. Doch auch Frauen können Männer vergraulen: Aus Krabbelgruppen und Spielkreisen weht nicht selten ein skeptischer und kritischer Wind, wenn die Väter sich ihren Platz in der Mütterrunde erobern wollen.

Antje: Es gibt auch andere Beispiele: Ein Manager erzählte, wie er von heute auf morgen den Beruf aufgab, als das Jugendamt anrief und ein Zwillingssbabypaar adoptiert werden konnte. Seine Frau leitete eine grosse Abteilung, sie blieb im Beruf. Ein Vater in Elternzeit berichtet, wie aus ihm im Anschluss ein Tagesvater wurde, er also in einen neuen Beruf einstieg. Ein Krankenpfleger beschreibt, warum sein Alltag zu Hause mit zwei kleinen Kindern stressiger war, als er es aus der Notaufnahme kannte.

Gerd: Das sogenannte Doppelbelastungsmodell funktioniert nur, wenn Mann und Frau sich hundert Prozent einig sind, und Fragen wie: «Wollen wir nach der Geburt eine Putzfrau einstellen?», sollten vor der Familienplanung geklärt werden.

Antje: Als Verfechter des Gleichberechtigungsmodells muss man sich organisieren, auf vieles verzichten und darf sich nicht unterkriegen lassen: Sich zurückzulehnen, um festzustellen, dass der Kindergarten leider nicht die erwünschten Arbeitszeiten abdeckt, kann nicht das Ende eines Dialogs mit einem potenziellen Arbeitgeber sein. Bei manchen Müttern spüre ich zudem Erleichterung, wenn sie erzählen, dass das mit der Stelle nicht klappt, und dann kleinere Organisationsschwierigkeiten als Grund dafür anführen, dass es mit der Rückkehr in den Job schwierig ist. Auch jene Frauen, die Berufe erlernt haben, die nicht gerade zu den Traumjobs gehören, oder solche, in denen man nicht reich wird, sollten versuchen, in Lohn und Brot zu bleiben, um die finanzielle Eigenständigkeit zu erhalten.

Antje Diller-Wolff: Rabenmütter und Heimchenväter – Von Frauen mit Kind im Beruf und Männern in Elternzeit. Schwarzkopf & Schwarzkopf. 248 S., Fr. 15.90
Protokoll: **Franziska K. Müller**
Nächste Woche: **Teil 2**

Pantoffelgesetz

Von *Andreas Thiel* — Politik wirkt. Parlamentarier werden an den Rand gedrängt.

Hauswart: He, Schuhe ausziehen!

Parlamentarier: Wozu? Im Bundeshaus türmen sich die Müllberge!

Hauswart: Wir haben Reinigungspersonal abgebaut. Aus sozialen Gründen beschäftigen wir niemanden mehr im

unteren Lohnsegment. Damit das Bundeshaus trotzdem sauber bleibt, haben alle Parlamentarier Pantoffeln mitzubringen. Haben Sie die neue Hausordnung nicht gelesen?

Parlamentarier: Neue Hausordnung? Die alte war erst zwei Wochen alt.

Hauswart: Die Massnahme ist notwendig, weil es die Parlamentarier nicht schaffen, weniger Dreck reinzubringen.

Parlamentarier: Soll ich jetzt in Socken durch den Müll zum Nationalratssaal waten?

Hauswart: Die Session findet in der Cafeteria statt. Im Nationalratssaal wurde die neue Hausverwaltungszentrale eingerichtet.

Parlamentarier: Ich dachte, Sie haben Personal abgebaut?

Hauswart: Nur im Putzdienst. Die Verwaltung selber wurde professionalisiert und ausgebaut.

Parlamentarier: Und warum muss die Hausverwaltung im prunkvollen Nationalratssaal untergebracht werden?

Hauswart: Ein Hauswart übernimmt repräsentative Funktionen. Nächste Woche beherbergen wir eine internationale Hauswartskonferenz. Wir haben Delegationen nach Dubai, Jakarta und Nairobi geschickt, die sich mit anderen Parlamentshauswartsdiensten austauschen. Deswegen wird zurzeit nicht geputzt. Das Putzpersonal beaufsichtigt nur die Durchsetzung der neuen Pantoffelverordnung.

Parlamentarier: Und wie finde ich durch den Müllberg zur Cafeteria?

Hauswart: Folgen Sie den Plakaten unserer Präventionskampagne «Vermeidung von Hausstaub durch den Verzicht auf Filz-, Woll- und Strickjacken».

Parlamentarier: Dort herrscht ja ein Menschaufbau.

Hauswart: Damit alle genügend Zeit finden, unsere Präventionskampagne zu lesen, haben wir die Durchgänge verengt.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.



Pro specie rara

Von Peter Rüedi



Es gibt mehr aufregende Weinerfahrungen zwischen Himmel und Erde, als das globale Sortiment Merlot-Cabernet-Chardonnay uns verspricht. Nichts gegen die Leittrauben – wenn sie mit Umsicht in den richtigen Terroirs interpretiert werden (auch der Château Pétrus ist auf Merlot gebaut). Und nicht jede autochthone Vision önologischer Wurzelseppen erweist sich als Offenbarung. Aber unter dem Strich ist die Aufmerksamkeit für alte Sorten, die sich ob des Unbehagens am Einerlei einstellt, ein Gewinn. Und wenn's der ist, dass wir einen tollen Merlot oder einen grossen Chardonnay nicht mehr so als Selbstverständlichkeit wegputzen. Und am richtigen Ort zum richtigen Zvieriplättchen ist ein «kleiner» Wein oft eine helle Freude, wo ein ambitionierter eine deplatzierte Zumutung wäre.

Und dann gibt es im Zeichen des neuen Regionalismus und der Begeisterung für rare Spezies wirklich tolle Wiederentdeckungen. Die Wertschätzung der im Friaul Ribolla, in Slowenien Rebula genannten Sorte, vor zwei Jahrzehnten fast ausgestorben, jetzt beidseitig der Grenze wieder gehegt, ist so eine. Sie macht einen goldgelben, eigenwillig delikaten Weisswein mit guter Säure. In der Version des slowenischen Winzers Marjan Simcic nicht weniger als grosse Weisse. Und zwar aus dem Stahltank ebenso wie in der anspruchsvolleren Form aus dem Holzfass. Den Mergel-Schieferböden verdanken sie ihren mineralischen Charakter, der höherdotierte Ribolla «Opoka» entfaltet, beugt integrierter Säure und schöner, nie aufdringlich parfümierter Frucht, eine fast opulente Fülle. Die Tannine sind präsent, aber nie präpotent, ihnen verdankt dieser Wein Struktur und hohe Lebenserwartung. Simcic ist einer der innovativen Cracks im Weinland Slowenien. Er hat weder die friaulische Konkurrenz zu fürchten noch die aus der Südsteiermark. An die slowenisch beschrifteten Etiketten werden wir uns gewöhnen. Wie überhaupt an die Aussicht, dass aus Mitteleuropa jenseits der Massenware Weine kommen, die uns das Staunen lehren.

Marjan Simcic: Ribolla 2011. 13%.
Boucherville. Fr. 16.90. Ribolla Opoka 2008. 13,5%.
Boucherville. Fr. 39.40. www.boucherville.ch

Ganz schön mysteriös

Von Jürg Zbinden

2



1 — Der Kunststoff Bakelit, 1905 vom belgischen Chemiker Leo Hendrik Baekeland entwickelt, ist ein unterschätzter Alleskönner. So bestanden etwa alltägliche Gebrauchsgegenstände wie der Föhn, das Radio oder das Telefon nahezu vollständig aus Bakelit, und auch Schmuckhersteller fanden früh Gefallen an dem vielseitigen neuen Material. Das Armreif-Trio von Kurz Schmuck und Uhren nimmt die etwas in Vergessenheit geratene Tradition wieder auf und besticht durch schlichte Formen, effektiv gepaart mit Perlmutter, Schmuck- und Edelsteinen: rosafarbener Bakelit und Perlmutter, 18 Karat Gelbgold (Fr. 790.–); brauner Bakelit und Rauchquarz, 18 Karat Gelbgold (Fr. 790.–); silberfarbener Bakelit und blaue Saphire (total 7,87 Karat), 18 Karat Weissgold (Fr. 1300.–). Von Kurz Schmuck und Uhren: www.kurzschmuckuhren.ch.

2 — Inspiriert von der Schönheit der weltberühmten japanischen Lackarbeiten, ist «Lacquer Rouge» der elegante Ausdruck höchster Make-up-Kunst. «Lacquer Rouge» verleiht den Lippen intensive Farbe und ein kraftvoll-glänzendes Finish. Für den Herbst/Winter 2013 bietet Shiseido eine Palette mit sechs neuen Farbnuancen: Sanguine (helles

1



3



Knallrot), Deep Coral (zarter Korallton), Caramel (ein reiches Beige), Truffle (ein raffiniertes Braun), Athena (klassischer Goldton) und schliesslich Diva (ein dramatisches Pink). Jeweils um Fr. 40.–. Ab September im autorisierten Kosmetikfachhandel.

3 — Die «Mysterieuses» sind unter Uhrensammlern äusserst beliebt. Besonders schön ist die auf 500 Exemplare limitierte «B-47 Mysterious Planets» des Schweizer Uhrenherstellers Fortis aus Grenchen. Fünf runde Fenster, stellvertretend für die fünf Planetenbahnen von Merkur, Venus, Erde, Mars und Jupiter um die Sonne, zeigen die Stunde an stets verschiedenen Positionen. Das dreiteilige Gehäuse aus hochglanzpoliertem Stahl hat einen Durchmesser von 47 Millimetern, das Saphirglas ist beidseitig entspiegelt, die Krone trägt das Logo von Fortis. Mit Schweizer Automatikwerk, Fortis Kaliber F-2024, 21 Steine, 28 000 Halbschwingungen pro Stunde, Feinregulierung und Incabloc-Stossicherung. Erhältlich in Schwarz oder Blau mit Armband in diversen Ausführungen. Das abgebildete Modell mit Lederarmband hat einen Verkaufspreis von Fr. 3980.–. www.fortis-watches.com; Bezugsquellen unter «Store Locator».



Auto

Freude am Kurven

Wer weitgehend auf praktischen Nutzen verzichten kann, ist mit dem BMW Z4 sehr fröhlich unterwegs. *Von David Schnapp*

Das Auto ist in den allermeisten Fällen ein Nutzgerät, eine Transportgelegenheit für Menschen und Güter, und so gesehen eine nüchterne Erscheinung. Glücklicherweise ist darum, wer ein Auto ohne jeglichen praktischen Nutzen fahren kann, zum Beispiel einen Supersportwagen wie den Bugatti Veyron Grand Sport Vitesse (*Weltwoche* Nr. 29/2013). Wer hingegen beim Preis und beim Sozialprestige aus Rücksicht auf seine Umgebung etwas vorsichtiger sein muss, der könnte mit einem BMW Z4 glücklich werden, obwohl auch der kein Sonderangebot ist. Aber in der Version mit der umständlichen Bezeichnung sDrive35is ist der kompakte Flitzer tatsächlich «Ausdruck purer Fahrfreude», wie die Werbung verspricht.

Es geht schon los, wenn man den Startknopf drückt und der Motor mit einer lustigen Auspuff-Fanfane erwacht, die vom Leistungsvermögen des Reihen-Sechszylinders mit doppelter Turboaufladung künden soll – einem Meisterstück der BMW-Ingenieure. Nach ein paar Kilometern in der bayrischen Fahrmaschine ist die Stimmung am Lenkrad ausgezeichnet. Bei 1600 Kilogramm Leergewicht

macht der Antrieb aus dem Z4 beinahe einen fröhlichen Gokart, der schon vor jeder Kurve die Vorfreude ansteigen lässt. Wenn man dann noch die Einstellung «Sport+» wählt, wird die Traktionskontrolle gelockert, und das Heck zuckt wie gewünscht am Kurvenausgang.

Dabei sieht man souverän darüber hinweg, dass der Z4 als Roadster mit Metallfaltdach seit 2009 fast unverändert gebaut wird. Das ist bei einigen Bedienelementen sowie dem Display zwischen den beiden Rundinstrumenten sichtbar, bleibt aber ohne Einfluss auf die Lust an der Bewegung, die einen jedes Mal überkommt, wenn man in diesen Wagen steigt.

Röhren, Blubbern, Spritzen

Während die hochgezüchteten M-Modelle mit Achtzylindermotoren von BMW einen fast schon dezenten, basslastigen Sound produzieren, ist der Motorenlärm des 35is erfreulich präsent. Es röhrt laut beim Beschleunigen, spritzt und blubbert beim Runterschalten – der perfekte Soundtrack für schnelle Kurven. Bei Autobahngeschwindigkeit wird es im Innenraum relativ laut, der Motor hingegen arbeitet mit angenehmer Laufruhe.

Ganz ohne Alltagsnutzen ist der Z4 freilich nicht, bei geschlossenem Dach kann man zwei kleine Koffer mitnehmen. Aber eigentlich dürfte ein solches Auto vollständig unpraktisch sein. Man ist mit leichtem Gepäck unterwegs, weil es ja nur um die «pure Fahrfreude» geht.

BMW Z4 sDrive35is

Leistung: 340 PS, Hubraum: 2979 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h
Preis: Fr. 77 600.–; Testwagen: Fr. 90 910.–

Zu Tisch

Jugend kocht

Von David Schnapp



Wohin bewegt sich die Spitzenküche in der Schweiz? Auf diese Frage erhoffte man sich diese Woche eine Antwort am ersten Schweizer Cook-Tank: Bei der Veranstaltung des erfolgreichen deutschen Online-Gourmetmagazins *Sternefresser* mit Unterstützung von V-Zug, trafen sich Spitzenköche zum intimen Austausch über ihre Arbeit.

Ein Koch, ein Gericht – so klar und einfach ist die Vorgabe beim Cook-Tank –, wobei sich die Protagonisten für ein Oberthema entscheiden mussten, entweder «Würzen mit ungewöhnlichen Zutaten» oder «Mehr als Käse». Danach wird in grosser Runde gegessen, und die Kollegen kommentieren, loben und kritisieren die Teller, die ihnen vorgesetzt werden. In der geräumigen Küche des Gourmetrestaurants «Focus» im imposanten «Park Hotel Vitznau» standen am vergangenen Montag einige der besten Köche der Schweiz, die einen modernen bis avantgardistischen Stil pflegen.

Als Gernegutesser kann man erfreut berichten, dass die Weiterentwicklung der Hochküche im Land gesichert ist. Die Vielfalt ist gross, die Ideen sind zahlreich, und von den jungen Köchen darf man sich viel erhoffen für die Zukunft: Fabian Inderbitzin etwa, der Foie gras mit Karotte und Ziegenfrischkäse kombinierte, oder Markus Arnold, der zurzeit mit Milchsäurebakterien experimentiert und ein schönes Käsegericht mit fermentierter Rohmilch, Butterbohnen und Pflirsich zeigte. Der hochtalentierte Nenad Mlinarevic machte aus Ziegenfrischkäse mit Sanddorn, Malz und Cerealien einen weiteren erfrischenden Käsegang, und der junge Gardemanger Patrick Koschnack vom «Einstein» in Aarau zog alle Geschmacksregister, als er geflammten Lachs mit einem geräucherten Eistee-Gelee, Stangensellerie, Gurke, frittierten Radieschen, Ingwer-Biskuit, Apfel-Sauerrahm-Creme und Chili-Kresse zu einem grossen Ganzen kombinierte.

Fazit: Die Jugend kocht gut, und den etwas arrivierteren Teilnehmern wie Tanja Grandits, Andreas Caminada, Rolf Fliegauf oder Peter Knogl scheinen die Ideen zum Glück auch nicht auszugehen.

Cook-Tank Schweiz: Fotos, Videos und mehr auf www.sternefresser.de



«Wer?»: Schauspieler und Musiker Leal, 43, in Los Angeles.

MvH trifft

Carlos Leal

Von Mark van Huisseling — Treffen sich zwei Schweizer und reden über Hollywood – kein Witz, der eine lebt dort.

Was ist deine persönliche Priorität, Musik oder Film und Fernsehen?» (Wir sind nicht bekannt miteinander, reden aber, wie immer, wenn ein Deutschschweizer und ein Romand sich treffen, Englisch, drum das Du.) «Im Augenblick bin ich meine Priorität. Herausfinden, wer ich bin. Und das ist ein grosser Job; für einen Schauspieler ist es auch ein Fortschritt, wenn man das tut.» – «Wolfgang Joop hat einmal gesagt: «Selbstsuche und dieser ganze Quatsch ... Es ist recht ernüchternd, wenn man merkt: Da ist gar nichts.»» – «Ha, ha, ich liebe diesen Satz. Ich denke nicht, dass ich meine Zeit vergeude, es ist auch kein 100-Prozent-Pensum. Ich bin beschäftigt als Schauspieler, das ist meine Priorität. Ich habe Arbeit, gute Arbeit, also muss ich glücklich sein. Und in meinem richtigen Leben, privaten Leben, werde ich erwachsen. Manchmal helfen mir meine Charaktere, die ich spiele, dabei.»

Carlos Leal, 43, aus Renens bei Lausanne, ist Schauspieler («Snow White», «Casino Royale» [Nebenrolle], «Sennentuntschi»). Ausserdem Musiker, mit der Hip-Hop-Gruppe Sens Unik nahm er mehrere gut verkaufende Alben auf. Der Sohn spanischer Einwanderer ist verheiratet mit einer belgischen Schauspielerin/Schauspiellehrerin, sie haben einen Sohn. Nach längerer Zeit in Madrid lebt er seit einigen Jahren in Los Angeles. Dieses Gespräch fand in einem Zürcher Hotel statt, wo er zurzeit wohnt (er spielt in Folgen der Serie «Der Bestatter», die 2014 von SRF gezeigt werden).

«Schauspieler gedeihen durch das Auf und Ab ihrer Laufbahn, und durch viele falsche Hoffnungen sowie gelegentliche Erfolge», schreibt der Schriftsteller Justin Cartwright.» – «Ja, ich bin einverstanden.» – «Interessant, dass man gedeihen kann, wenn es abwärtsgeht. Ist Sicherheit wichtig für dich?» – «Es ist so: Als Künstler muss man annehmen, dass

einen Unsicherheit begleiten wird durchs Leben. Man muss sie zum Partner machen, zum Freund, sonst wird sie der Feind. Und wenn Unsicherheit der Feind ist, muss man aufhören. Letztes Jahres hatte ich eine Zeit der Leere als Schauspieler. Also habe ich wieder angefangen, Liedertexte zu schreiben, daraus wurde ein Musikprojekt ... So, wenn Unsicherheit an meine Türe klopft, bekomme ich Angst. Und daraus die Kraft, etwas Neues zu machen.»

«Noch ein Zitat [und eine lange Frage]: «Sie waren ein Künstler, jetzt sind Sie bloss noch ein Genie», soll Braque zu Picasso gesagt haben. Früher hast du gespielt in «Snow White», «Casino Royale», hast die Musik zum Mathieu-Kassovitz-Film «La Haine» gemacht; jetzt spielst du in diesem Yangzom-Brauen-Film und im «Bestatter» und bist der lustige Mann in der UPC-Cablecom-Reklame ...» – «Ah, erstens, ich liebe und respektiere Genies, und ich kenne ein paar – ich bin nicht sicher, ob ich je so gross sein werde neben ihnen [hält die Hand vierzig Zentimeter über den Boden]; aber wenigstens bin ich mir dessen bewusst. Man muss eine Karriere langfristig sehen, ich weiss, was ich tue. Was ich im Augenblick in Hollywood tue [er zeichnet Anführungszeichen in die Luft vor und nach «Hollywood»], hilft mir in der Schweiz, in Europa. Ich bin kurz davor, ein Riesenprojekt anzufangen, ein europäisches Projekt. Und das nur, weil ich irgendwann aus der Schweiz weggegangen bin. Seit drei Jahren bin ich ein *working actor*, ich bin *in the matrix*; es gibt viele, die keine Arbeit haben. Meine Karriere ist im Moment im Übergang. Den «Bestatter», übrigens, finde ich eine gute, eine richtig gute TV-Serie; es macht mich stolz, dass man mich anfragt, wenn eine solche Produktion gemacht wird in der Schweiz.»

«Ich denke, als Schweizer in Hollywood hat man es noch schwerer, was das Urteil von Journalisten und Beobachtern angeht, seit viele Misses Schweiz plus Nomi Fernandes ...» – «Wer?» – «... ein sogenanntes «Glamour-Model» – nett im Grunde, problematisch vom Entwurf her –, nach Hollywood gingen, um berühmt und reich zu werden.» – «Als Schauspieler muss man Distanz haben zur Sicht der Landsleute, sich loslösen von ihren Erwartungen. Ich kann das nicht auf meinen Schultern tragen, es geht mich nichts mehr an. Und sie sind nicht die, die meinen Kühlschrank füllen.» – «In der Schweiz bist du aber bekannt, berühmt vielleicht, und oft in Zeitungen, Zeitschriften ...» – «Mein Problem: Ich hasse Mittelmass. Doch manchmal mache ich was Mittelmässiges, ich weiss nicht, wieso ... Der Betrieb ist eine Maschine, man kann das nicht kontrollieren. Das Ego ist eine Gefahr für einen Künstler.» – «Aber auch notwendig.» – «Ja, genau wie die Unsicherheit.»

Sein liebstes Restaurant: «Le Verre Volé»; 67, rue de Lancry; Paris (dixième arrondissement), Telefon +33 1 48 03 17 34.



PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.



Wahre Schönheit währt ewig.

Patek Philippe Boutique
at

BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel: +41 (0)44 888 33 88
beyer-ch.com



Damen Nautilus Automatik, Stahl Ref. 7008/1A, Ringe in Weißgold.